

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Lesen, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Pringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6 gespaltene Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 216.

Dresden, Mittwoch den 17. September 1913.

24. Jahrg.

Die Massenstreikresolution der Genossin Rosa Luxemburg und Genossen wurde vom Parteitag mit großer Majorität abgelehnt.

Die händlichen Fabrikarbeiter in Stettin sind in den Streik getreten.

Der Flieger Stiefvater floh von Freiburg i. Br. nach Rönigsberg.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß bei Courtrai (Belgien) sollen 20 Personen verletzt worden sein.

Nach einer Konstantinopeler Meldung verbleibt Sir Kitchener der Türkei.

Die Massenstreikdebatte auf dem Parteitage.

Jena, 16. September.

Fast der ganze Tag wurde von der Debatte über die Massenstreikfrage ausgefüllt. Es war eine würdige großartige Debatte. Die verschiedenen Anschauungen stiegen mit Leidenschaftlichkeit aufeinander, aber wie immer die Meinungen sich trennten und wie scharfe Wendungen auch kamen, aus jedem der Teilnehmer an dieser Erörterung sprach der rechte Eifer, das Beste für die Arbeiterklasse zu erlassen und ihren Ansturm auf die Burgen der Reaktion zu verstärken.

Es handelt sich auf diesem Parteitage nicht darum, ob der politische Massenstreik im Kampfe um das preussische Wahlrecht zulässig sei oder nicht. Darüber, daß die Anwendung jedes möglichen Mittels berechtigt und notwendig ist, um die Schmach der preussischen Entziehung zu befeitigen, gibt es in der deutschen Sozialdemokratie keinen Streit. Die Partei aber mußte durch den Parteitag klar gestellt werden: einmal ob die Massenstreikagitation, die seit einigen Monaten von einem Teil unserer Parteipresse über diese Frage unternommen worden ist, heilsam für unseren Kampf genannt werden kann, im besonderen auch, ob die Formen dieser Agitation gut und wünschenswert oder oft verfehlt und tadelnswert seien. Sodann mußte festgestellt werden, ob die Partei die Absicht hat, zur Verwirklichung des Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampf für die nächste absehbare Zeit zu schreiten.

In der Stellungnahme der verschiedenen Redner zu diesen zwei Fragen zeigten sich mannigfache Abtönungen. Aber aus allen Abweichungen der Meinungen traten zwei große Gruppen hervor. Auf der einen Seite diejenigen, die die Agitation der letzten Monate verteidigten und die für die Zukunft zur weiteren Agitation zu ermuntern wünschten. Auf der anderen Seite diejenigen, die das Vorgehen von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Karl Liebknecht und ihrer Meinungsgenossen mißbilligten und die Anwendung des Massenstreiks in naher Zeit entweder für nicht wahrscheinlich oder aber sogar für durchaus unmöglich erachteten. In den zwei Resolutionen, über die der Parteitag zu entscheiden hatte, drückte sich der Gegenstand der beiden Ansichten aus.

Die vom Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß vorgelegte Resolution spricht sich unzulänglich für den politischen Massenstreik als Mittel der Arbeiterklasse nicht nur zu Abwehrzwecken, sondern auch zur Eroberung bisher verweigerter Rechte aus. Sie wendet sich scharf gegen die preussische Wahlrechtskampagne und ruft zu ihrer unablässigen Bekämpfung auf. Die Resolution weist aber nicht minder deutlich jene ignominiosen, parteiunwürdigen Auffassungen zurück, die den Massenstreik als ein fast beliebig anzuwendendes Hilfsmittel für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse vorzuschlagen. Sie betont vielmehr, daß die sorgfältige organisatorische und ausführende Arbeit unsere wichtigste Aufgabe bleibt, deren Fortsetzung allein die Gewähr gibt, daß kommende große Kämpfe mit Erfolg durchgeführt werden können. Die Resolution aber, die als erste Unterschrift den Namen der Genossin Luxemburg trägt, unterscheidet sich von der Vorstandsvorstellung im wesentlichen dadurch, daß sie „das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks“ ausdrücklich begründet, also die bisherige Agitation billigt. Sie unterscheidet sich ferner dadurch, daß sie, ohne in klaren Worten einen bald einzuleitenden Massenstreik zu fordern, doch seine Vorbereitung in solchen Wendungen empfiehlt, als sei mit seiner Verwirklichung in naher Zeit zu rechnen. Im übrigen bedeutet diese Resolution zweifelsohne eine erhebliche Abschwächung im Vergleich zu den viel stärkeren Worten, die in der Zeit zuvor gebraucht worden sind.

Der interessante Nebenkampf begann mit Ausführungen Eduard Bernsteins, der daran erinnerte, daß er als einer der ersten für den Massenstreik als politisches Kampfmittel eingetreten sei. Aber im jetzigen preussischen Wahlrechtskampf könne dies Mittel nicht in Anwendung kommen, wegen einer Zeitfrage, um die es sich in Preußen jetzt nur handeln könnte, dürfte die Partei nicht alles auf das Spiel setzen. Klaus Berlin ist der Ansicht, daß die Massen für solchen Kampf jetzt noch nicht reif sind, aber dieser Kampf müsse vorbereitet werden, die Massen seien unzufrieden und verlangen ein lebhaftes Vorgehen. Henke-Hamburg dagegen meint, nicht aus der Massen komme diese Massenstreikdebatte, sondern von

einigen Literaten und Akademikern; man könne die Massen vielleicht einmal und zweimal in solchen Streik hineinbekommen, aber beim dritten Male höre es auf. Rosa Luxemburg, als Hauptrednerin mit verlässlicher Redezeit, vernahm zunächst, daß Scheidemann in seinem Referat keine gründliche Untersuchung des Problems gegeben habe; Scheidemann habe die Lage der Partei richtig ausgemalt und wolle von den Hörern nichts wissen; aber in den Massen herrsche tiefgehende Unzufriedenheit, sie seihen nach einem frischen Aufzuge, sie haben den Nichts-als-Parlamentarismus satt; unsere Taktik trage die Schuld an den falschen Stimmungen; man solle nicht Verhigungsgründe suchen, sondern die Massen zu Massenaaktionen erziehen; eine zielklare revolutionäre Taktik sei nötig; nicht einmal eine gewöhnliche Versammlung habe man beim Jahresbericht veranstaltet; die Partei dürfe nicht auf die revolutionäre Situation warten, sie müsse durch revolutionäre Kampfweise die Massen für diese Situation vorbereiten. Gustav Bauer, Mitglied der Generalkommission — ebenfalls mit verlässlicher Redezeit — vertrat in umfassender Darlegung den „gewerkschaftlichen Standpunkt“. Wo sei denn die gründliche Untersuchung des Massenstreikproblems durch Genossin Luxemburg selbst? Sie behalte das Geheimnis, wie der Massenstreik geführt werden solle, vor sich. Was komme denn bei dieser ganzen Diskussion positiv heraus? Nur allgemeine Redereien und der Massenstreik selbst werde dabei nur diskreditiert. Wenn die Verhältnisse reif seien für solchen Kampf, dann bedürfe es gar nicht so langer Diskussionen darüber. Das Vorgehen von Luxemburg und anderen schädige die Organisation, trage erst Unlust und Mißstimmung in die Parteigenossen; das preussische Wahlrecht sei sehr wichtig, aber es ist keine Lebensfrage für das Proletariat, für die es alles auf eine Karte setzen dürfe; wir müssen Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen; es sei gar kein Anlaß zur Mutlosigkeit, wir seien tüchtig vorwärts gekommen und werden weiter vorwärts kommen; die Erfahrungen im Auslande mit dem Massenstreik seien keineswegs günstige; wir hätten nichts von revolutionärer Phrasologie und von revolutionärer Projektionem. Dann verwies Peus auf den Schnapsbottel und den Ausbau der Genossenschaften; das sei wichtiger als die starken Krudrücke der Massenstreikler. Liebknecht erklärte, der Ruf nach dem Massenstreik sei laut geworden, als alle anderen Mittel verfaßt hätten; allerdings sei die Diskussion in eine unglückliche Zeit gekommen; man solle die Freunde des Massenstreiks nicht als Phrasenmacher bezeichnen, es scheine, als ob die andern, obwohl sie sich zum Massenstreik bekennen, im Herzen dagegen sind; wenn es ernst ist um den Massenstreik, müsse für die Resolution Luxemburg stimmen. Genosse Frank führt aus, es sei Ehrensache der Arbeiterklasse, in der Wahlrechtsfrage vorwärts zu kommen; wir müssen die Waffen scharf; revolutionäre Phrasologie sei nicht gut, aber konservative Phrasologie sei noch schlimmer; für die Resolution Luxemburg möge er jedoch nicht stimmen, denn das sei auch schon Dämpfung.

In der weiteren Debatte vertrat hauptsächlich Ledebour, Pannetier, Clara Zetkin die Auffassung der Massenstreikfreunde, dagegen Rose, Schumann, Silberstein, David, Dukemann die andere Auffassung. Scheidemann besprach in seinem Schlusswort nochmals die in der Debatte hervorgetretenen Ansichten und die gegen ihn gerichteten Angriffe. Er zitierte aus den Artikeln der Genossin Luxemburg und wandte sich nochmals mit äußerst scharfen Worten gegen die Methode ihres politischen Auftretens, gegen ihren Versuch, die Partei in eine neue Taktik führen zu wollen.

Unter großer Spannung erfolgte dann die Abstimmung des Parteitages. Genosse Doch beantragte namentliche Abstimmung über die Resolution Luxemburg. Es zeigte sich bei dem Namensruf bald, daß diese Resolution weit hinter der Majorität zurückbleiben werde. Bezeichnend war es besonders, daß die größten Parteiorke Berlin und Hamburg, die Hochburgen unserer Organisation, fast geschlossen gegen die Resolution Luxemburg stimmten. Das noch nicht ganz genau festgestellte Ergebnis der Abstimmung ist: etwa 150 Stimmen für, etwa 350 Stimmen gegen die Resolution Luxemburg.

Durch diese Abstimmung hat eine große, eine zweidrittel-Mehrheit des Parteitages befunden, daß sie nicht einverstanden ist mit der Massenstreikagitation in jüngster Zeit, und daß sie nicht glaubt, daß der Massenstreik in Wäde zur Verwirklichung gebracht werden kann. Einmütig aber zeigte sich der Parteitag in der Bekundung seines festen Willens, den Kampf für das preussische Wahlrecht, wie auch den Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte der deutschen Arbeiterklasse so wichtig und so schlagkräftig fortzuführen wie nur je!

Die Notwendigkeit des Unternehmertums.

Bekanntlich hält sich heute jede Unternehmerrorganisation, angefangen von irgendeinem bedeutungslosen Handwerkermeister-Innungsbund bis zu den gewaltigen und mächtigen Verbänden unserer Industriebranche, einen oder mehrere volkswirtschaftliche Doktrinen. Diese Ungläublichen haben die Aufgabe, „wissenschaftlich“ zu beweisen, daß gerade die Interessen ihrer Auftraggeber im Interesse von Lyron, Alkar und

Vaterland unbedingt beachtet werden müssen, und daß es keine so unentbehrlichen Staats- und Gesellschaftsmitglieder gibt, als gerade die Leute, von denen sie ihr mehr oder minder reichliches Gehalt beziehen.

So bemühte sich am Dienstag in Leipzig auf einer gemeinsamen Tagung deutscher und österreichischer Industriellen der unsere Lesern wohlbekannte Syndikus des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Schweighoffer, im Schweiße seines Angesichts, der sozialistischen Wissenschaft eins auszuwaschen. Der Mann hielt einen Vortrag über: „Das Unternehmertum und seine volkswirtschaftliche Bedeutung für die Gegenwart“. Dabei brachte er es, nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen, fertig, folgende Weisheiten zu verzapfen:

Von der modernen Wissenschaft werde das Unternehmertum als die eigentliche Nährzelle des Volkstums bezeichnet. Allerdings stehe dem gegenüber die sozialistische Wissenschaft, die den Unternehmer für überflüssig halte und die als erstrebenswertes Ziel der Volkswirtschaft erkläre, das Unternehmertum zu befeitigen, indem sie behaupte, daß nur die Arbeit allein Wert schaffe. Diese Ansicht sei aber schon längst widerlegt; geteilt doch nicht der Vertreter dieser sozialistischen Wissenschaft, Professor Sombart, zu, wenn allerdings auch nicht ausdrücklich, daß die Kultur ohne organisierende Leitung nicht bestehen könne.

Die Ausführungen des Herrn Regierungsrats sind geradezu typisch dafür, in welcher Weise die Gelehrten, die im Solde der Herren Kapitalisten stehen, gegen die sozialistischen Anschauungen zu Felde ziehen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Sozialismus wird gar nicht versucht. Man macht sich einen lächerlichen Popanz von den sozialistischen Ideen zurecht, und dann wird frisch und frei daraufgeschlagen. Wahrtlich eine bequeme Kampfesart!

Der Herr Schweighoffer verkündet, daß eine Industrie ohne organisierte Leitung nicht bestehen könne! Der Herr Schweighoffer ist wirklich ein kluger Mann, ein gelehrter Mann. Schade nur, daß er sich so unruhig in geistige Unkosten stürzt. Es hat nämlich bis jetzt noch niemand gegeben, der die Nichtigkeit dieses Sages auch nur im geringsten angezweifelt hätte, am wenigsten unter den Anhängern der sozialistischen Wissenschaft. Daß eine Fabrik wie jeder andere Betrieb eine Leitung braucht, das ist für jedes Kind selbstverständlich. Darüber ist auch noch nie ernsthaft gestritten worden. Aber damit ist noch nicht das geringste für die Notwendigkeit des Unternehmertums bewiesen, und noch weniger, daß den Unternehmern so gewaltige Summen als Profit zufließen müssen, wie das heute geschieht. Was ist ein Unternehmer? Ein Mann, der eigenes oder fremdes Kapital nimmt, um damit Waren zu produzieren, Handel zu treiben und so weiter. Unsere kapitalistische Gesellschaft beruht darauf, daß die wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend in den Händen von privaten Unternehmern liegt. Deshalb müssen in einer kapitalistischen Gesellschaft Unternehmer vorhanden sein. Gäbe es keine Unternehmer, so hätten wir eben keine kapitalistische Gesellschaft.

Sind denn aber die Unternehmer immer die Leiter ihrer Betriebe, leisten sie denn auch die Arbeit der organisierenden Leitung? Tausendmal nicht. Die Leitung der Unternehmungen erfolgt heute sehr oft nicht durch die Leute, die das Kapital für die Unternehmung hergegeben haben, sondern durch Angestellte, Direktoren, Prokuristen usw., die für ihre Tätigkeit bezahlt werden. Man denke zum Beispiel an die Aktien-gesellschaften. Ein Aktionär braucht mit seinem Unternehmen in keiner anderen Beziehung zu stehen, als daß er Eigentümer eines Stückes Papiers, der sogenannten Aktie, ist, auf dessen Vesty sein Anteilsrecht an der Unternehmung beruht, er bezieht als sogenannte Dividende alljährlich seinen Anteil am Ertrage der betreffenden Unternehmung, ohne daß er auch nur die Hand zu rühren braucht. Dagegen, daß die Leute, die wirklich die Unternehmungen leiten, für ihre Arbeit bezahlt werden, hat natürlich die sozialistische Wissenschaft absolut nichts einzuwenden. Ihre Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß heute die Kapitalisten ein völlig arbeitsloses Einkommen beziehen, sei es, daß sie unmittelbar an einer Unternehmung beteiligt sind, sei es, daß sie das Geld in irgendeiner Weise einem Unternehmer geliehen haben und nun dafür als Zinsen einen Teil des Ertrages von dessen Unternehmung bekommen.

Häufig ist allerdings der Leiter einer Unternehmung gleichzeitig Eigentümer der Unternehmung. Das ändert natürlich nichts daran, daß das Einkommen, das auf einen Kapitalist zurückzuführen ist, als arbeitsloses angesehen werden muß. Nur einen Teil seines Gesamteinkommens wird man als den Ertrag seiner in seinem Betrieb geleisteten Arbeit betrachten dürfen. Und nach Befreiung jedes arbeitslosen Einkommens strebt der Sozialismus. Mit dieser Frage hat sich der Herr Schweighoffer aber gar nicht beschäftigt. Auf das Kernproblem der sozialistischen Kritik an der heutigen Gesellschaft aber ist Herr Schweighoffer bei seinem Ritt gegen die sozialistische Wissenschaft erst recht nicht eingegangen: auf die Frage, ob denn nicht die heutige allerdings auf dem Vorhandensein privatkapitalistischer Unternehmerrorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit durch eine andere zweckmäßigere ersetzt werden könne. Der Mangel an Organisation, der im Wirtschaftsleben unserer kapitalistischen Gesellschaft herrscht, ist ja der Punkt, bei dem in erster Reihe die sozialistische Kritik einsetzt. Was heißt Gütererzeugung und -verteilung in der Hauptsache in der Hand

von privaten Unternehmern liegt, die gar nicht übersehen können, wieviel von ihren Erzeugnissen gebraucht wird und die auch häufig sich untereinander nicht verständigen können, werden heute in gemäßigten Mengen Waren produziert, für die kein Bedarf vorhanden ist. Unternehmungen errichtet, die völlig überflüssig sind, wird unter Wirtschaftslieben alle paar Jahre durch schwere Krisen erschüttert, werden Millionen Arbeiter zu unwillkürlichem Witzgang gezwungen, findet eine ungeheure Verschwendung von Gütern und Arbeitskräften statt. Dieser Verschwendung will der Sozialismus ein Ende bereiten. Er erstrebt einen Zustand, bei dem alle wirtschaftliche Tätigkeit einheitlich organisiert und planmäßig auf die Befriedigung des vorhandenen Bedarfs gerichtet ist. Das läßt sich natürlich nur erreichen, wenn sich Gütererzeugung und Güterverteilung in den Händen der Gesamtheit befinden. In einer sozialistischen Gesellschaft würde es natürlich keine Unternehmer mehr geben, selbstverständlich aber Leute, die die auch dann nötige leitende und organisatorische Arbeit verrichten, wenn auch deren Aufgaben wenigstens zum Teil andere wären als die der Unternehmer von heute. Von allen diesen Dingen weiß der Gelehrte des Zentralverbandes nichts oder er will davon nichts wissen. Wozu auch. Seine Auftraggeber verstehen ja auch nichts davon und sind vollkommen zufrieden, wenn ihnen der Herr Schweighoffer erzählt, daß die sozialistische Wissenschaft widerlegt sei und daß sie sehr gewichtige und wertvolle Persönlichkeiten seien, denen der reichliche Wammus, der ihnen jahraus jahrein zufließt, auch von rechts wegen gebührt.

Für die deutschen Arbeiter sind derartige, von Sachkenntnis nicht getriebene „Widerlegungen“ des Sozialismus nichts Neues. Sie sind es seit Jahrzehnten gewohnt, daß alle möglichen und unmöglichen Leute, angefangen vom biedersten Arbeitervereinsvorsitzenden bis zu der mit dem Geheimrats- und Professorentitel gekrönten „Leuchte“ der Wissenschaft ihnen „beweisen“, was für ein törichtes Ding der Sozialismus ist, ohne daß diese mehr oder minder braven Menschen auch nur eine gelinde Annung des Sozialismus haben. Das alles hat auf sie nicht den geringsten Eindruck gemacht, und so wird sie natürlich auch die Rede des Herrn Schweighoffer völlig kalt lassen.

Für die Drenten Kapitalisten vom Zentralverband aber ist es ein geistiges Krampfgeschick, daß es möglich ist, ihnen über die Anschauungen einer Bewegung, die doch nun einmal eine gewaltige Rolle spielt, derartige Zeug zu erzählen, wie das der Herr Schweighoffer getan hat.

Gegnerische Krankenkassenhetze.

Jurzeit finden in ganz Deutschland die vom Gesetz vorgeschriebenen Krankenkassenwahlen auf Grund des sogenannten Verhältniswahlrechts statt. Das ist natürlich für die Gegner der Arbeiterklasse und die Außenleiter der Arbeiter ein Anlaß, alle schon zehnmal widerlegten Lügen und Verleumdungen über angebliche Krankenkassenmishandlung zum ersten Male der Öffentlichkeit aufzutischen nach dem „edlen“ Grundsatze: „Verteufelung nur darauf los, etwas bleibt schon hängen!“ Seit längerer Zeit haben aber die also gewissenlos verleumdenden Krankenkassenverwaltungen ihren Standpunkt, gegen solches Verleumdungsgeländel nicht zu klagen, aufgegeben, und da zeigte sich dann bei gerichtlicher Klarstellung der Sache, wie trivial diese beleidigenden Behauptungen aus den dreifachen Finten der Verleumder oder ihrer Hintermänner geflogen waren. Jetzt ist nun wieder solche Verleumdungs-Eiterbeule vor Gericht aufgetaucht und die Verleumder sind an den Pranger gestellt worden.

Bei der letzten unter dem alten Gesetz stattgefundenen Krankenkassenwahl in Dortmund erhoben die Zentrumschreien gegen die sozialdemokratische Vorstandsmehrheit schwere Vorwürfe der Mishandlung, die sich dann in der berichtigten Merkmalen Tremonia zu folgenden Anklagen verdichteten: „Nachher haben sie (die Genossen) aber gefucht, die Wohltaten dieser sozialistischen Gesetz recht fröhlich für sich auszunutzen und überall die Ehrenämter an sich zu ziehen. Was sage ich Ehrenamt? In Dortmund lassen sich die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse sogar 50 Mark jährlich für dieses Ehrenamt ausgeben, trotzdem die Kasse schlecht, sehr schlecht steht, ja in den letzten Jahren unter der sozialdemokratischen Mehrheit im Vorstande rasche zurückgegangen ist... nach einer Revision des Magistrats fehlten im Jahre 1909 sogar 88.000 M. Also eine Reichswehrschaft fallt immer Art ist eingetrieben, wie wir sie überall dort sehen, wo die Sozialdemokratie ihr eigenes Geschäftsführer ist... Die Dinge bei der Dortmunder Ortskrankenkasse haben sich unter Führung der Genossen allmählich zu einem wahren Skandal ausgebildet... es wäre die Quittung für die Mishandlung in der Verwaltung der Ortskrankenkasse und für die Absicht, den armen Kranken ihre bisherigen Benefizien zu schmälern, um nach sozialdemokratischen Rezepten fortzuschreiten zu können...“

Das Gewerkschaftsstatistik wies in einem weit verbreiteten Flugblatt nach, daß im letzten Jahrzehnt, wo die ehemals christliche Mehrheit den freien Gewerkschaften weichen mußte, die Mitgliederzahl um 27 Proz., die Einnahmen um 41, die Ausgaben gar um 53 Proz. gestiegen seien. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung stiegen um 60 Proz., Arznei 45, Krankengeld 57, Spitalkasse 62 und Wöchnerinnenunterstützung um 140 Proz.; dagegen stiegen die Verwaltungskosten nur um 2 Proz., obwohl ein alter Rentant inzwischen mit 4000 M. pensioniert worden war. So sah also die vielgeschmähte sozialdemokratische Mishandlung aus.

Wegen des Umstandes, daß die christlichen Verleumdungen den Rundgang durch die ganze arbeitserfreundliche Presse machten und weil auch die bürgerlichen Arbeitgeber im Vorstande über die Lügen empört waren, beschloß der Vorstand, gegen die Tremonia zu klagen. Der Redakteur Spanke erhielt 100 M. Geldstrafe, da auch gar nichts bewiesen wurde, was den Vorstand hätte belasten können. Die von ihm eingelegte Berufung wurde von der Dortmunder Strafkammer verworfen. Aus dem sind jetzt vorliegenden schriftlichen Urteil älteren wir folgende Sätze, die der Öffentlichkeit beweisen, wie leichtfertig die schwarze Verleumdung für die schwersten Anschuldigungen in die Welt wirft, um weiter im Krüben zu sitzen. Die Dortmunder Landrichter urteilten also:

„Durch den fraglichen Artikel, insbesondere die hervorgehobenen Stellen (die wir oben abdruckten), wird dem Vorstande der Ortskrankenkasse zu Dortmund, deren Mitglieder die Privatkläger waren, vorgeworfen, daß er mit den Geldern der Kasse Mishandlung treibe, daß er sein Ehrenamt zu eigenmächtigen Zwecken benutze. Endlich enthält der Aufsatz: „und nach einer Revision des Magistrats fehlten im Jahre 1909 sogar 88.000 M.“... Also eine Reichswehrschaft fallt immer Art ist eingetrieben, wie wir sie überall dort sehen, wo die Sozialdemokratie ihr eigenes Geschäftsführer ist.“ unter Berücksichtigung seiner ganzen Fassung einen verächtlichen Vorwurf der Unterdrückung.

Es werden also in Beziehung auf die Privatkläger Tatsachen behauptet, die — wenn sie wahr wären — geeignet wären, die Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme haben sich diese Vorwürfe als gänzlich ungerichtet herausgestellt. Die Zeugen Coken, Waltes und Köhler (bürgerliche Arbeitgeber! Red.) haben übereinstimmend bezeugt, daß von einer Mishandlung keine Rede sein könne. Insbesondere sagte der Zeuge Coken aus, die Mitglieder des Vorstandes hätten sämtlich nach bestem Können ihre Pflicht erfüllt. Ueber den Artikel seien alle höchst empört gewesen. Was den bei einer Revision festgestellten Fehlbetrag von 88.000 M. anlangt, so habe sich nachträglich bei nochmaliger Prüfung herausgestellt, daß das geltende Defizit auf einen Irrtum des Revisionsbeamten zurückzuführen sei, was dieser zugegeben hat...“

Weiter befindet Zeuge, daß ein Lieberkeusch vorhanden war und die Vorstandsmitglieder die 50 M. mit Genehmigung des Dortmunder Magistrats für ihre Ausgaben erhielten. Im Urteil heißt es dann weiter:

„Demgegenüber hat der Angeklagte den Wahrheitsbeweis angetreten, daß tatsächlich bei der Ortskrankenkasse zu Dortmund Mißstände vorhanden seien. Der hierüber vernommene Zeuge Petri (ein auch als Klassenvertreter fungierender christlicher Sekretär. Red.) hat jedoch nach dieser Richtung hin nichts Wesentliches zu bezeugen vermocht. Er hat sogar zugeben müssen, daß es sich mit dem angeführten Defizit so verhält, wie der Zeuge Coken behauptet hat. Es ist aber auch im übrigen nicht das Geringste hervorzuheben, was die Vorwürfe, die in dem Artikel gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse erhoben worden sind, in irgend einer Beziehung als zutreffend und berechtigt erscheinen lassen könnte.

Der von dem Angeklagten angetretene Wahrheitsbeweis ist daher als völlig mißglückt angesehen worden.“

Auch der Schatz des § 193 wurde ihm verweigert, die Revision daher verworfen, ebenso die später eingelegte Revision. Festgestellt muß hierbei noch werden, daß der Zeuge Petri der Tremonia das Material geliefert hat. Da der Chefredakteur des Blattes vorsichtshalber mitangeklagt war, hat dann der verantwortliche Redakteur in einem Schreiben an das Gericht die Verantwortung übernommen und auch die Verurteilung in der ersten Instanz ruhig eingestuft. Bei der zweiten Instanz, wo gegen den wirklichen Täter, den Verleger Albert Lenking, die Sache verjährt war, hat er dann nachgewiesen, daß er an dem Tage verreist war. So wird's gemacht.

Trotzdem ist genügend die völlige Halslosigkeit der zu Wahlfäden aufgestellten Behauptung festgestellt, und das war ja der Zweck der Klage.

Man muß sich natürlich allerorten auf eine gehörige Flut von Verleumdungen vor den Wahlen zu den Krankenkassen gefast machen. Scharfmacher, unzufriedene Kerle Leipziger Couleur und Anarchisten werden da in trautem Verein zusammenwirken. Rügen freilich wird's dieser Gesellschaft nicht viel! Die Arbeiterklasse kennt ihre Pappenhelmer zu gut!

Deutsches Reich.

Gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die Kreuzzeitung läuft wieder einmal gegen die Arbeitslosenversicherung Sturm und sie schließt eine lange Abhandlung mit der Warnung, Staat und Gemeinde dürften nicht die Hand zu einer Maßregel bieten, die allemal eine Stärkung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihrer Streikfonds bedeute. Der Gedankengang des konservativen Blattes ist ungefähr der: Die freien Gewerkschaften haben im letzten Jahre ungefähr 80 Millionen Mark eingenommen. Für Arbeitslosenunterstützung haben sie nur 7,7 Millionen ausgegeben. Ihre Mittel würden ausreichen, die Arbeitslosenunterstützung ganz auf die eigene Kasse zu nehmen. Sie wollen aber ihre Gelder für Streikzwecke ansammeln. Uebernehmen nun die öffentlichen Körperlichkeiten die Arbeitslosenunterstützung, so bedeutet das eine indirekte Förderung des sozialdemokratischen Streikfonds aus den Mitteln der Beschäftigten.

Wir wollen uns mit der Kreuzzeitung nicht darüber auseinandersetzen, daß es Pflicht der Gesellschaft ist, die durch die herrschende Gesellschaftsordnung in Not geratenen Elemente über Wasser zu halten; wir wollen nur darauf hinweisen, daß man mit demselben Recht, mit dem man den Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung aus eigenen Mitteln aufhalten will, ihnen auch zugunsten des Staates und der Arbeitgeber die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung zuweisen könnte. Immer mit der Motivierung, daß durch das Heranziehen des Staates und der Arbeitgeber der Streikfonds gefüllt werde.

Die fürstliche Wehrsteuer.

In der letzten Zeit war mitgeteilt worden, der Wehrbeitrag der Fürsten sei auf 25 Millionen Mark festgesetzt worden. Die nationalliberale Magdeburger Zeitung hat sich schleunigst an amtliche Stelle erkundigt und dort die beruhigende Versicherung erhalten, daß es sich bei dieser Werbung um eine Zeitungsente handele. Die Berechnung des Beitrags der Fürsten sei noch gar nicht erfolgt, es fehlten dazu noch alle Unterlagen, denn die würden erst aus dem Vermögensstand vom 31. Dezember d. J. entnommen. Es konnte sich bei dieser Berechnung also nur um die Privatarbeit irgend eines Beamten handeln. Gleichzeitig aber wird mitgeteilt, daß der Gesamtbeitrag aller Fürsten sich nicht auf 25, sondern auf höchstens 3 Millionen Mark belaufen würde.

25 Millionen wären von den 1000 Millionen, die der Wehrbeitrag insgesamt beträgt, immer noch nicht viel, wenn man bedenkt, daß in den Händen der deutschen Bundesfürsten sich ein ganz gewaltiger Teil des deutschen Vermögens konzentriert. Nun soll sich der Fürstenbeitrag aber gar auf ganze 3 Millionen belaufen, eine Summe, die im schärfsten Kontrast steht zu der Verankerung der Regierung, die Fürsten würden ihre Selbstbesteuerung nach den Grundsätzen des Wehrbeitragsgesetzes einrichten.

Steigerung der Justizgeschäfte.

Nach dem Justiz-Ministerialblatt haben im Jahre 1912 die Geschäfte bei unseren Gerichten wiederum eine Steigerung erfahren. Die Amtsgerichtsprozesse sind von 1.639.432 im Jahre 1911 auf 1.743.815, die Urkunden- und Wechselprozesse im gleichen Zeitraum von 218.642 auf 227.604, die Arreste und einstweiligen Verfügungen von 51.999 auf 55.978 angestiegen; dagegen gingen die Uebertretungssachen von 187.388 auf 182.099 zurück. Die durch die letzte Novelle zur Zivilprozessordnung billiger gewordenen Mahnsachen stiegen von

rund 1,5 Millionen im Jahre 1910 auf rund 2 Millionen im Jahre 1912. Bei den Geschäften der Landgerichte ist eine Steigerung der Ehesachen zu bemerken. Sie umfaßten diesmal 17.869 gegen 16.593 im Jahre vorher. Die Zahl der schurkgerichtlichen Sachen (3189 und 3135) blieb fast unverändert; die Berufungssachen vor den Strafkammern stiegen nur unwesentlich, von 81.070 auf 82.845. Bei den Oberlandesgerichten zeigte sich eine parallele Erscheinung. — Von den 261.303 streitigen Enderurteilen der Amtsgerichte wurden rund 60 Proz. in weniger als drei Monaten gefällt, und zwar 135.203 an der Zahl. Drei Monate bis einschließlich ein Jahr dauerten 108.628, ein Jahr und mehr 14.974 Prozesse. Von den 47.688 streitigen Enderurteilen der erstinstanzlichen Zivilkammern dauerten weniger als sechs Monate bis zu ihrer Verkündung 23.302; bis zu einem Jahre dauerten 14.169 und mehr als ein Jahr fast 22 Proz., nämlich 10.587.

Für Rentner in der Landwirtschaft. Von der Zeitung des Berliner Hofs für Odbachlose war agrarischen Blättern mitgeteilt worden, daß eine ganze Anzahl obdach- und arbeitsloser Arbeiter bereit wären, in der Landwirtschaft Arbeit anzunehmen. Die Deutsche Tageszeitung hatte diese Mitteilung ohne Kommentar abgedruckt. Jetzt sieht sie sich genötigt, auf Zuschriften aus agrarischen Kreisen hin nachträglich zu veröffentlichen, daß sie die Verwendung solcher Arbeitskräfte gar nicht empfehlen wolle. Das habe ihr völlig fern gelegen, da sie genau wisse, daß mit Leuten dieser Art recht schlimme Erfahrungen gemacht worden seien. Welcher Art diese „schlimmen Erfahrungen“ sein sollen, verrät das agrarische Blatt nicht. Aber der ganze Vorhang ist kennzeichnend für das Gerede von der Rentnernot auf dem Lande: wenn sich wirklich Arbeiter anbieten, die den guten Willen haben, nur um sich Unterhalt zu verschaffen, unter jeder Bedingung in der Landwirtschaft tätig zu sein, so weiß man sie zurück, offenbar in der Befürchtung, daß diese Arbeitslosen nicht so ergiebige Ausbeutungsobjekte sein könnten, wie die berufsmäßigen Landarbeiter.

Die Junggesellensteuer. Im Lübeck hat der Steuerausschuß bekanntlich beschlossen, in das neue Einkommensteuergesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach alle ledigen Steuerpflichtigen, die keine Familienangehörigen ernähren und mit einem Einkommen von über 2100 M. eingeklärt sind, sowie alle verheirateten Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 10.000 M. besondere Steuerzuschläge zu zahlen haben. Diese Beschlüsse haben nun die Kulmerkammer aller Steuerzahler erregt. Verschiedene Minister deutscher Bundesstaaten sollen sich die von dem Ausschuss zu dieser Steuer gegebene Begründung erbeten haben. Die Junggesellensteuer dürfte also, wenn diese Meldungen stimmen, auch bald in anderen Bundesstaaten aufkommen. Dabei ist noch sehr fraglich, ob diese Steuer in Lübeck selbst Annahme findet; man befürchtet von ihrer Einführung eine Behinderung des Amtserwerbs, den Lübeck bei seinen gegenwärtigen Verhältnissen sehr nötig habe. Ein Kleinstaat wie Lübeck dürfte nicht den Anfang mit einer solchen Steuer machen.

Rusland.

Holland.

Verfassungsreformen.

Am Dienstag wurde das Parlament der Niederlande mit einer Thronrede eröffnet, in der eine Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts angekündigt wird. Das allgemeine Wahlrecht soll sich zunächst auf die Männer beschränken. Die Einführung des Frauenwahlrechts würde eine weitere Folge sein, sobald sich das allgemeine Wahlrecht eingeführt hat. Die Verfassungsrevision soll schnellstens vorbereitet werden. Die Thronrede kündigte ferner die Einsetzung einer Staatskommission an, der die Regelung der Staatssubventionen für kirchliche Schulen übertragen werden soll. Ferner werden angekündigt eine Reihe Reformen der sozialen Gesetzgebung: des Invalidengesetzes, des Krankenversicherungsgesetzes usw. An Steuerreformen sind in Aussicht gestellt eine allgemeine Einkommensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Zum Schutze der Kolonien ist der Bau eines Seeschiffes in Aussicht genommen. Ferner wird ein Gesetzentwurf über die Trockenlegung des Zundersees angekündigt. Schließlich will die Regierung die letzten Ueberbleibsel von Frontdiensten auf Java und Madura beseitigen und die Erziehung der Eingeborenen fördern, die sich den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Bevölkerungsgruppen von Niederländisch-Indien anpassen und von den Grundsätzen religiöser Toleranz und gegenseitiger Achtung der Rassen geleitet sein soll.

Portugal.

Monarchistische Umtriebe.

Madrid 16. September. Von der portugiesischen Grenze wird berichtet, daß die dortigen Behörden monarchistische Umtriebe gegen die Republik besuchten, da in Oporto täglich Hunderte von Arbeitern Pässe verlangten, um angeblich in Spanien Arbeit zu suchen. Die portugiesische Regierung hat daher beschlossen, die Ausstellung dieser Pässe möglichst zu beschränken.

Valien.

Kirkliche endgültig türkisch.

Konstantinopel, 16. September. Wie verlautet, wurde in der heutigen Sitzung die Frage der Zugehörigkeit kirchlicher endgültig zugunsten der Türkei geregelt; über die Frage der Zugehörigkeit Dimotikas muß noch verhandelt werden.

Das Ende des Lants.

Konstantinopel, 16. September. Das Blatt Lantim, das wegen Veröffentlichung einiger militärischer Kritiken suspendiert wurde, wird überhaupt nicht mehr erscheinen. Der Chefredakteur des Blattes, Hussein Dikavid, ist aus dem jungtürkischen Komitee ausgetreten.

Die albanische Regierung.

Skutari, 16. September. Eine Generalversammlung fand am Sonntag abend in Skutari statt, welcher der Bürgermeister, der Rusli, der Westropolit und verschiedene angehende Männer von Durazzo beiwohnten. Es wurde beschlossen, daß die vorläufige Regierung ihren Sitz in Durazzo nehmen solle. Dazu wurde vorher das Einverständnis der Regierung in Valona und das Eschaf Valchad eingeholt.

Ch.-Afien.

Japan und China.

Tokio, 16. September. Außer den bereits genannten beiden Kreuzern ist in Befürchtung weiterer Uebergriffe des General Changliuen ein Geschwader von Torpedobootgeschützern nach Hanking geschickt worden. Die Entlassung Changliuens wird als wesentlich für die Erledigung der Zwischenfälle angesehen. Antial wird erzählt, daß die Entsendung der Kriegsschiffe auf keine aggressive Absichten gegen China hindeute, sondern lediglich angeordnet worden sei, um Leben und Eigentum der Japaner zu schützen.

Die Das rechtskräftig Strafe in man nicht zelle, hat verhängen, unwillig d...
Paul die durch die urteilt, des Verri die über heilsbräu...
Zöf fassungsb Verbrüche brauch zu die vom rechtskräft mit und das Verh noch grü das And würden d des Anbe Sei beiterpart strafe for schein W fteitung sozialdem die Weste gefordert auch als seiner An nicht das mühe, un Tiej geliebter Oesterreich allgergrät treter der herten Ar soviel Sch neuem M hat in der mein Ant ferner liep gelung u sprochen h gegenüber Im schen Sozi durch wuß und in Ue kraten erf daß die Zo...
Das Die be im Charlotter Auseinander legte Ursache konfessionierte Offiziers. Der von West er im Randwe militärischen Anschlag an Wochenblatt schuldigt, alle genannten zu Professor Hei Nordahl W Horridor des geladen war, bestigen Gek Professor Ma nieber. Der K...
Kritisch Der Erst demachener W Er schritt un bestige m G sag er den Sä Professor Maat K i t m e i s t e r einem Hebelvor den Segue zur Vernehmung hinauf, brach ab gebungen. De sammelten Ebre Verfassung, wo dem Vorgefallten Professor Ma a belte ih...
Berlin, 1 urb die zuskün Tages umfangr allen ihren Ein gebenen Darstell haben, glaubt n steigt. Im Lan richtskommission Professor Waas beztraut fte um habe. Der Gell habe, sei so K Logen und

Parteiangelegenheiten.

Keine Todesstrafe gegen den Mörder!

Die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt: Das Todesurteil gegen den Mörder Paul Kunschak ist rechtskräftig und es würde vollstreckt werden, wenn nicht die Strafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.

Am 20. Mai d. J. wurde vom hiesigen Schwurgericht Paul Kunschak wegen des Verbrechens des Mordmordes, begangen an meinem mit unbegreiflichen, geliebten Gatten Franz Schuhmeier, nach einstimmiger Schuldigsprechung durch die Geschworenen zum Tode durch den Strang verurteilt.

Zu bitte nun Sie, Herr Minister, von Ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Umwandlung der über einen Verbrecher ausgesprochenen Todesstrafe zu erwirken, Gebrauch zu machen.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt: Das Todesurteil gegen den Mörder Paul Kunschak ist rechtskräftig und es würde vollstreckt werden, wenn nicht die Strafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt: Das Todesurteil gegen den Mörder Paul Kunschak ist rechtskräftig und es würde vollstreckt werden, wenn nicht die Strafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt: Das Todesurteil gegen den Mörder Paul Kunschak ist rechtskräftig und es würde vollstreckt werden, wenn nicht die Strafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.

Aus aller Welt.

Das Drama im Landwehroffizierskasino.

Wie bereits kurz gemeldet wurde, kam es am Dienstag im Charlottenburger Landwehroffizierskasino zu einer blutigen Auseinandersetzung: ein Mäler erschoss einen Mitstreiter.

Amlich wird über den Vorfal berichtet: Der Erschossene, der im Alter von 37 Jahren stand, ein hochgewachsener Mann von 1,91 Meter Größe, befand sich in Uniform.

Amlich wird über den Vorfal berichtet: Der Erschossene, der im Alter von 37 Jahren stand, ein hochgewachsener Mann von 1,91 Meter Größe, befand sich in Uniform.

fest worden, so daß er nicht gewußt habe, was er tat. Er habe sich in der letzten Zeit dauernd mit einem Revolver versehen, weil Herr v. Westernhagen ein Gewalttätigkeitsgenosse gewesen sei.

Flug von Freiburg nach Königsberg. Königsberg, 16. September. Der fliegende Stiefvater, der heute früh 4 1/2 Uhr mit Oberleutnant Zimmermann als Passagier in Freiburg i. d. W. zum Fernflug nach Königsberg aufgestiegen ist, ist hier, nachdem er auf dem Flugplatz Johannistal um 11 Uhr 28 Minuten eine Zwischenlandung vorgenommen hatte und um 12 1/2 Uhr wieder aufgestiegen ist, um 6 Uhr 35 Minuten glatt gelandet.

Ein Damm eingesenkt. Mena, 16. September. Der Damm am Kanal von Kommeroual nach Antioch ist auf einer Länge von 12 Meter eingesenkt. Eine ungeheure Wassermasse hat sich in das Land ergossen und ist in die Kohlenwerke und in die Häuser eingedrungen.

Wasserversorgung. Nach einer Witterungsmeldung sind auf der Station Courral zwei Flüge zusammengefallen. Ingefähe 20 Personen sollen verlegt sein.

Ein Opfer des Mörder Schmidt. Reuport, 16. September. Die Polizei hat einen Jahrgang Dr. Murat verhaftet, der im Verdacht steht, zusammen mit dem verhafteten Kaplan Schmidt die Pastamüllerei betrieben zu haben.

Reuport, 16. September. Murat, der in Berlin Johannisstraße studierte, ist geständig, Schmidt bei der Herstellung falscher Banknoten beihilflich gewesen zu sein.

Wien, 16. September. In Oporjet (Galizien) sind zwei neue Choleraerkrankungen und ein weiterer Fall mit tödlichem Ausgang festgestellt worden.

Belgrad, 16. September. Loth er ergriffenen Maßregeln nimmt die Cholera in Risik zu. In der letzten fünf Tagen sollen sich über 90 neue Fälle, darunter viele mit tödlichem Ausgange, ereignet haben.

Ein deutscher Offizier bei den französischen Mandäern schwer verunglückt.

Paris, 16. September. Während der gegenwärtig stattfindenden französischen Mandäer ereignete sich in der Nähe des Dorfes Brenade ein Automobilunfall, bei dem der deutsche Oberleutnant v. Winterfeldt erhebliche Verletzungen davontrug.

Paris, 16. September. Während der gegenwärtig stattfindenden französischen Mandäer ereignete sich in der Nähe des Dorfes Brenade ein Automobilunfall, bei dem der deutsche Oberleutnant v. Winterfeldt erhebliche Verletzungen davontrug.

Vom Parteitag in Jena.

Jena, 17. September, vormittags 11 Uhr. Das genaue Resultat der gestrigen Abstimmung wird verflüchtigt, für die Resolution Luxemburg zum Massenstreik sind 141 Stimmen abgegeben worden, gegen sie 333.

Schulz gibt den Bericht über Reichstagsfraktion; die Steuerfrage bleibt für eine besondere Debatte ausgeschlossen. Schulz bespricht die Kritik wegen des Fehlens einer Anzahl unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über das Proportionalwahlrecht.

Es folgt die Debatte. Rosenfeld-Berlin: Es sind im Reichstag ausgezeichnete Reden gehalten worden, aber eine schärfere Offensive wäre möglich gewesen.

Stengele-Hamburg: Bielefeld hätte man doch die Entscheidung über die Militärvorlage bis über den Herbst hinaus verzögern können.

Deilmann-Emmen: Es wäre besser gewesen, nicht die zweite Lesung der Militärvorlage vor der Streuzvorlage auszulassen.

Luise Riez spricht für die Erweiterung des Kinderschutzes durch Belegung und Verwahrung. Sie ersucht die Parteigenossen, die gegenwärtige Arbeit unserer Kinderschuttskommissionen zu unterstützen.

Redebour bespricht die Teilnahme unserer Vertreter an den geheimen Sitzungen der Budgetkommission. Das Diätengesetz in der jetzigen Form ist äußerst schädlich.

Adolf Hofmann: Es ist allerdings nötig, an den geheimen Sitzungen teilzunehmen, damit unsere Vertreter auch unterrichtet sind. Es besteht die Befürchtung, daß die mit Hilfe der Dämpfung gewonnenen Mandate zu Rückschritten bei den Abstimmungen wegen Gefahr des Mandatsverlustes führen könnten.

Wetterbericht von der Wetterkassette an der Friedrich-August-Brücke vom 17. September, mittags 12 Uhr. Barometer 745. Regen und Wind. Thermometer + 19° R. Thermometergraph: Min. + 8°, Max. + 20°.

Prognose der städtischen Landeswetterwarte für den 18. September. Wölbliche Winde; Zunahme der Bewölkung; Abnahme der Temperatur; zeitweise Niederschlag.

Wetterlage: Ein Teilort bewegt sich gegenwärtig von der Biscaya-See ostwärts und lagert zurzeit über der Schweiz und Norddeutschland. Es wird auf unser Wetter binnen kurzem Einfluß erlangen.

Wasserstände der Elbe und Havel: Sudweis - 14, Forstbach - 59, Brandeis - 8, Melnik + 46, Leitmeritz - 24, Kuffitz + 8, Dresden - 149.

Letzte lokale Nachrichten.

Gemeinschaftlicher schwerer Raub. Das Schwurgericht verurteilt wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, begangen an einer Kassa auf dem Weihen Dirsch und an einer hier wohnenden Privatka, den Berliner Gottlieb Ernst Köhler aus Runnersdorf zu 11 Jahren Zuchthaus, den Vädergesellen Karl Friedrich Dirsch aus Sennsdorf zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, und den Schriftföher Karl Ernst Eckhardt aus Oppach zu fünf Jahren Zuchthaus.

Verunglückte nächtliche Sportfahrt. Der Angehörige einer Firma auf der Leipziger Straße nahm in vergangener Nacht das Automobil seines Prinzipals, ohne dazu die Erlaubnis zu haben. Mit einigen Kollegen wurde dann eine nächtliche Sportfahrt unternommen und dabei verschiedene Restaurants besucht.

Die bulgarisch-türkische Grenze. Konstantinopel, 17. September. Wie versichert wird, hat der Ministerrat gestern nachmittag zum letzten Male den türkischen Entwurf zum türkisch-bulgarischen Friedensvertrage besprochen.

Wie versichert wird, hat der Ministerrat gestern nachmittag zum letzten Male den türkischen Entwurf zum türkisch-bulgarischen Friedensvertrage besprochen. Der Vertrag regelt die Fragen der Kriegesgefangenen und die Entschädigungsansprüche der Türken.

Kus Mexiko. Mexiko, 17. September. General Guerta hat in seiner an den Kongreß gerichteten Botschaft versprochen, er werde keine Mähe scheuen, freie Wahlen durchzuführen.

Reichenbach, 17. September. Bei den gestrigen Divisionsmanövern bei Waldkirchen ist der Oberleutnant beim Jäger-Regiment Nr. 21 v. Rümer bei einer Attacke mit seinem Pferd gestürzt und erlitt einen schweren Bruch des rechten Armes.

Angeschossen und tödlich verletzt. Reuport a. d. Elbe, 17. September. Western nachmittag wurde auf Zimmeldorfer Fluß der 49 Jahre alte Wäckermeister und Geschäftswirt Fuchs am Arnsdöhl, Vater von zwei Kindern, auf der Jagd von einem unbekannten Jäger angeschossen und starb bald darauf.

Ein Stüd Land eingesenkt. Krausa, 17. September. In der Nähe des Dorfes Szandart im Gorbiceer Bezirk sind ein Waldgelände in einem Ausmaß von 50 Morgen und mehrere auf dem Terrain stehende Häuser versunken.

Das heutige Blatt umfaßt 20 Seiten.

Zusammenbruch der Berliner Wein- und Zigarrenfirma... Schlieben u. Ko. zeigt das wieder sehr deutlich.

Ein interessanter Rechtsstreit.

Der Besitzer einer an der Weidertal gelegenen Mühle... Die Mühlenbesitzer nachgesuchten Erlaubnis verpflichtet war.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Klage... Die Entscheidung über das vorliegende Rechtsmittel ist im wesentlichen von der Verantwortung der Frage abhängig.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten... am Donnerstag den 18. September, abends 7 Uhr.

Die Dresdner Nachrichten bringen in ihrer heutigen... Tagesnummer folgende „aufsehenerregende“ und „aktuelle“ Notiz:

Berlin. (Priv.-Tel.) Die am 12. September in Berlin stattgefundenen Generalstreik-Konferenzen...

Zur bequemen Erreichung des Kaditzer Flugplatzes... Die Sächsisch-böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft...

Der Winterfahrplan der sächsischen Staatsbahnen... ist erschienen und kann in Buchform zum Preise von 10 Pf.

Ihren schweren Verletzungen erlegen ist gestern im... Krug-von-Nidda-Verpflegshaus zu Sankt-Hausen die Privata...

Unfälle. Im Pastengebiet stürzte am Sonntag... nachmittags am sogenannten Bauckur ein Dresdner...

Vermissliche Nachrichten. Zu der Nachricht über das... Ausreiten einer Kreuzotter am Ausgange der Werderstraße...

Aus der Umgebung. Wiedruff und Umgegend. Wie schon... Thomas-Busch-Abend, der von der Vereinigung für Volksbildung...

Schmieberg. Die Wahlen zu den Ortskrankenkassen... finden statt. Für die ersten Wahlen der Vertreter...

Die Wahlen zu den Ortskrankenkassen... finden statt. Für die ersten Wahlen der Vertreter...

grimmig, Reinholdshain, Ruppendorf, Sabisdorf, Selba... Schlottwitz, Schmiedeberg, Seifersdorf, Speckwitz, Theisewitz...

Loßwitz. Auf einer Probefahrt befinlich ist der... Chauffeur einer Dresdner Auto-Firma an der Fischhausstraße...

Cittendorf-Ostfeld. Sonntag den 21. September, früh... 7 Uhr, findet vor dem Gasthof zum schwarzen Hahn...

Reichenbach bei Königsbrunn. Die Arbeiterschaft von... Reichenbach und Reichenau wird auf die am Donnerstag...

Sachsenberg-Morsburg. Ein Schadenfeuer zerstörte... die Scheune des Wirtschaftsbefizers Wäber, wobei die gesamte...

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Der achtjährige Schulknabe Donath hatte am 22. April 1913... auf der Landstraße zwischen Glauchau und Niederschönhausen...

Schöffengericht.

Der Geschäftsführer Erich Albert Sohn von der Grundstücks-... verwertungsgesellschaft m. b. H. in Dresden erhielt eine Strafverurteilung...

Diebstahl und Betrug.

wurden dem in Untersuchungshaft befindlichen Altwarenhandler Friedrich... Albert Bessel zur Last gelegt. Der Angeklagte war mittellos...

Berlin-Mitteilungen für Mittwoch.

Bez. Köpenick. Abends 8 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre... im Kumbacher Hof in Köpenick.

Berlin-Mitteilungen für Donnerstag.

Königsplatz, Reichenbach u. U. Abends 8 Uhr Volksversammlung... im Gasthof zu Reichenbach.

Genosse Liebknecht hat die Genossin Luxemburg noch übertrumpft. Sie hielt mich für einen ganz unvollständigen Menschen, er aber sagte, ich sei ein ganz bodenhaftes Luder. (Weiterer Teil.) Er will in mein Inneres geschaut und gesehen haben, daß ich innerlich ein Gegner des Massenstreiks bin. Ich bin aber nur ein Gegner unzeitgemäßer Redereien über den Massenstreik. Ich bin ganz mit Frank überein: Wir werden das gleiche Wahlrecht bekommen über den Massenstreik. (Sehr richtig!) Ich gehe noch weiter. Der Massenstreik ist für uns nicht nur Sache, sondern eine gebieterische politische Notwendigkeit. Das steht deutlich in unserer Resolution drin. Die Resolution 100 steht im Eingang dreispurig auseinander, was früher schon in besserer Form beschlossen worden ist. Sie unterscheidet sich von den Resolutionen von Genoa und Rom nicht nur dadurch, daß sie den Parteivorstand und die Generalkommission als Faktoren bei der Präzisierung des Massenstreiks ausschaltet. Damit beweist sie deutlich, daß es auf die Infragestellung von Streiks und eine sozialistische Aktion hinauskommen soll. (Lebedour: Verdrehung.) Ja, Parteigenossen, wenn das nicht so gemeint ist, dann hat die Erklärung des Parteivorstandes in der Genueser Resolution überhaupt keinen Sinn. Die Resolution Luxemburg ist für diejenigen, die unsere alte bewährte Taktik weiter verfolgen wollen, absolut unannehmbar. (Lebhaftes Zustimmung.) Unsere Resolution sagt ganz deutlich, daß der Massenstreik nicht nur Angriffe auf bestehende Volksgesetze abwehren, sondern auch neue Volksgesetze erheben soll. Sie betont, daß zu diesem Zweck ein unausgesetzter Kampf gegen das Klassenwahlrecht notwendig ist, und der vierte Satz kann nur von denjenigen bestritten werden, die sozialistische Neigungen haben. Die Verantwortung gegen unüberlegte Streiks war angesichts der jüngsten Erfahrungen durchaus notwendig. Auch die Forderung der vollkommene Einheit aller Organisationen der Arbeiterbewegung als Voraussetzung des Massenstreiks muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Mit der vorgeschlagenen Resolution des Parteivorstandes wird der Parteitag der gegenwärtigen Situation gerecht. Es kann jeder für sie stimmen, dem es ernst damit ist, im gegebenen Augenblick zur Waffe des Generalstreiks zu greifen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Resolution bremsen. Sie bekräftigt vielmehr unsere Kampfschlachtfeld.

Nun ist gesagt worden: wir brauchen eine neue Taktik, um die Massen mehr in Bewegung zu setzen. Diesem Wunsch wird jeder Parteigenosse freudig zustimmen. Aber durch bloße Redenarten und Literaturwerke die Massen nicht in Bewegung gesetzt, sondern nur durch Taten. Ich habe an die Taten gedacht. (Lebhaftes Zustimmung.) Kurz bevor ich in den Saal trat, wurde mir eine Nummer der Bremer „Mittagszeitung“ in die Hand gedrückt, in der gefordert wird, daß wir im Reichstag auf steigende Löhne und kürzere Tage ansetzen sollen. Diese Forderung kann an Lebedour, Liebknecht und mich wohl kaum gerichtet sein. (Weiterer Teil.) Soweit ich meine Verantwortlichkeit übernehme kann, werde ich mir Mühe geben, entsprechend der Situation auch weitergehende Wünsche zu befriedigen. Auch Sie sollten sich das zur Not nehmen. Genosse Liebknecht! (Große Ovationen.) Wir wollen alles tun, um die Massen in Bewegung zu bringen und zu erhalten. Aber ich will hier einen Satz von Kautsky zitieren: „Ein gesunder Organismus kann nicht in ununterbrochener Bewegung sein.“ (Sehr gut!) Das wollen wir uns gefälligst merken. Der Arbeiter will auch einmal schlafen, sich Frau und Kinder waschen und ruhig eine Zeitung lesen. Wir haben das Volk monatelang in Erregung gehalten und es war gar kein Wunder, daß es dabei schließlich müde geworden ist. Wir wollen kein unüberlegtes Handeln, keine Politik der Verdorbenheit. Wir sind uns unserer eigenen Kraft bewußt, kennen aber auch die Macht

Schluss des Parteitagberichts aus der Debatte.

unserer Gegner. Wir wollen kein Spiel mit dem Feind. Wir wollen unser Volk trocken halten, damit in dem Augenblick, wo es ernst wird, wir unsere Schuldigkeit tun können. Ein jeder wird wünschen, daß die Partei vorankommt. Wer aber das will, kann mit gutem Gewissen der Resolution des Parteivorstandes zustimmen. Hinter der alle bei Massenbewegungen in Betracht kommenden Körperlichkeiten des Proletariats stehen. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Dr. Liebknecht: Ich habe nicht gesagt, daß die Massenstreik-Debatte ungenügend vom Jaun getragen ist. Ich habe dazugelenkt, daß sie unumgänglich war und mit psychologischer Notwendigkeit aus der ganzen Situation heraus zum Ausbruch kommen mußte. Ich habe aber betont, daß die Debatte in eine ungünstige Zeit, nämlich die wirtschaftliche Depression gefallen ist. Ich habe auch Scheidemann nicht als bodenhaftes Luder bezeichnet. (Weiterer Teil.) Ich habe nur aus der Art seiner Ausführungen geschlossen, daß, obwohl sein Mund sich zum Generalstreik bekennt, sein Herz unterhalb der bewußten Schwelle der Generalstreik verwehrt. Jetzt hat er aus der Schamade eine Kanjare gemacht, und ich kann meine Bemerkung darüber ausdrücken. (Weiterer Beifall.)

Lebedour: Scheidemann hat den Satz unserer Resolution: „Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsorganen künstlich herbeigeführt werden“ ganz falsch ausgelegt. Seine Auslegung enthält einen schweren Vorwurf gegen die Antragsteller, gegen den wir protestieren. Wir wollten mit dem Satz nur den Verdacht entkräften, als ob wir glaubten, daß ein Massenstreik künstlich herbeigeführt werden kann.

Mata Jettin: Ich habe nicht gesagt, nur das Mitgliedbuch trenne die Organisationen von den Inorganisierten. Ich habe vielmehr erklärt, daß die Kritik den Beweis dafür liefert, daß nicht eine feste Mauer, sondern nur ein dünnes Blättchen Papier Organisierte und Inorganisierte trennt, weil manche Organisierte im Handumdrehen durch die Aufgabe in Inorganisierte verwandelt werden. Ich habe gesagt, daß der Sinn meiner Ausführungen trotz der gebotenen Kürze ganz klar gewesen ist. Weder in Stellung habe ich die Partei- und Gewerkschaftsbeamten irgendeine Heruntersetzung noch in der Versammlung in der „Neuen Welt“ mich irgendeine Ungleichheit über die Massen ausgesprochen. Wenn ich betone, daß angesichts des Verfalls von der revolutionären Waffe des Generalstreiks die Durchdringung der Massen mit sozialistischer Erkenntnis notwendig ist, so bin ich heute davon um so mehr überzeugt, wie der Vertreter des Zentralverbandes der deutschen Industriellen beim schließlichen König ein Zustandsgesetz gefordert haben und ihnen verweigert worden ist, man werde die Ziele des Zentralverbandes immer mit Tatkraft unterstützen.

Scheidemann: Ich habe bei dem, was ich sagte, nicht an die Genossin Jettin gedacht. Ich habe absichtlich keinen Namen genannt, weil ich auf die ganzen Ausführungen nur durch einen der letzten Debattierenden gekommen bin und während der Rede der Genossin Jettin überhaupt nicht im Saal war. Wenn mir Lebedour den Vorwurf gemacht hat, daß ich mit meine Angriffe auf die Resolution 100 bis zum Schlusspunkt aufgeschoben hätte, so irrte er sich. Als ich mein Meinetur hielt, lag diese Resolution noch gar nicht vor. Es folgt die Abstimmung über die Resolution 100. Sie ist auf Antrag 904 und Genossen namentlich. Das Resultat der Abstimmung wird das Bureau heute abend schriftlich und morgen früh mitteilen. Nach der bisherigen nicht offiziellen Feststellung haben für diese Resolution 142 und gegen die Resolution 333 Delegierte gestimmt.
Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch früh 9 Uhr verlagert.

Resolution zu Punkt 4: Arbeitslosenfürsorge.

Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Abmilderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf die sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Löhnen zu dringen.
Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Da nun die ständige und veritable stärker auftretende Arbeitslosigkeit eine ununterbrochene Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann eine dauernde Hilfe für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen nur durch entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung erreicht werden.
Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung kann vollständig nur durch die Reichsversicherung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die auf dem achten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 einstimmig angenommene Resolution vorschlägt gemäß dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Reichstages 1912 gestellten Antrage.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.
Zu diesem Zwecke muß überall die Veranlagung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden.
Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die stärkstmögliche Scharfung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.
Timm.

In dem gestrigen Parteitagberichts ist in der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes durch ein Versehen die Wiedergabe der Ausführungen eines Redners unterblieben. Wir tragen sie im folgenden nach:

Clauß-Berlin II: Am den Stillstand in der Organisation entgegenzutreten, ist es notwendig, daß wir uns mehr auf den eigentlichen Grund und Boden jeder Organisation zurückbegeben, das ist die Familie, das heißt, wir müssen die Frauen und die Jugend für unsere Ideen gewinnen, müssen versuchen, überall Einrichtungen zu treffen, welche geeignet sind, die Proletarierfrauen zum Sozialismus zu erziehen. Wenn der Mann im Berufungskampf Interaktion und Beständigkeit in der Familie findet, wird das der Organisation zum großen Nutzen gereichen, und solche Fälle, wo Männer gegen ihren eigenen Vater Streit bruch verleben, werden dann nicht mehr vorkommen. Als Mittel für Aufführung der Frauen kommt in erster Linie die Einrichtung von Frauenlesenden und eine lehrerähnliche Schreibweise der Parteipresse in Betracht. Unser Hauptanliegen muß sein auf die Jugendbewegung richten und nicht in letzter Linie auf die Jugend über 18 Jahre, wo im wahren Sinne des Wortes das gefährliche Alter beginnt. Da müssen wir energisch eingreifen, Mittel bereitstellen und nicht den Spuren des Kapitalismus folgen, der da meint, man könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen. Die erforderlichen Mittel werden reichliche Früchte tragen: wer die Jugend und die Frauen gewinnt, der gewinnt die Zukunft.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Soziales.

Ein Streit, wie er nicht sein sollte

wurde von 16 Kellnern am Sonnabend den 6. September in der Großen Wirtschaft im Königl. Garten unterommen. Der Anlaß dazu war die Kost, die in diesem Hause den Angestellten verabreicht wird.
Abends um 7 Uhr, zu welcher Zeit das Kellnersouper verabreicht wird, waren die Kollegen unter sich ruhig geworden, die Arbeit einzustellen. Nur der Herr Oberkellner Fischer machte eine Ausnahme. Er glaubte es nicht notwendig zu haben, sich mit seinen Kollegen solidarisch zu erklären. Der Pächter, Herr Müller, war nicht wenig überrascht, als sich auf einmal seine Angestellten auf ihrer Rechte besaßen. Sofort wurde der Fernsprecher in Bewegung gesetzt, und der Nachweis des Genker Verbandes lieferte auch ganze vier Mann; denn mehr Arbeitswillige fanden sich nicht. Diese vier Kollegen waren jedoch von dem Nachweis nicht unterrichtet worden, daß in dem Betriebe gestreikt wird, und nahmen demzufolge die Arbeit an. Als dieselben dort ankamen und erfuhr, um was es sich handelte, haben sich dieselben mit ihren Kollegen solidarisch erklärt.
In Gegenwart eines Schummans, der sofort von dem Unternehmer herbeigeholt wurde, mußten die Kollegen abtreten. Aber auch der blanke Schummansheim konnte die Kollegen eines besseren nicht belehren.

Wir bedauern außerordentlich, daß die Kollegen nicht in der Mitte der Saison, wo es ausichtsreicher war, sich auf ihre Interessen besonnen haben. Es hätten dann Forderungen gestellt werden können und der Arbeitgeber hätte dann wohl über über denselben Rechnung tragen müssen. Noch bedauerlicher ist es, daß man die Verbandsleitung von all dem Dingen vollständig im unklaren ließ.
Obwohl die Kollegen unserer Organisation nicht angehören, stellen wir hiermit fest, daß wir ohne weiteres bereit gewesen wären, die Interessen derselben in der ausgiebigsten Weise zu vertreten.
Wenn in Zukunft wieder etwas Derartiges geplant wird, so dürfte es für die Kollegen nützlich sein, sich an die Verbandsleitung, Algenbergstraße 6, III, zu wenden. Derartige anwortbereite würde Streiks schaden mehr als sie nützen.

Verband der Gastwirtsgehilfen (Verwaltung Dresden).

Metallarbeiter!

In bürgerlichen Zeitungen Dresdens, unter anderen in den Dresdner Neuesten Nachrichten, sucht der Arbeitsschlichter der Metallindustriellen Magdeburgs für eine große Maschinenfabrik Norddeutschlands nichtorganisierte former, Formierarbeiter, Schmied, Kupfer, Maschinenhilfsarbeiter, Glendreher und Maschinenarbeiter. Es handelt sich um die Scherlebecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. B. Schmidt u. Co. in Scherleben, wo sich die Arbeiter in einem Abwehrstreik wegen Arbeitsbedingungen befinden. Zugang ist ferngehalten.
Die Ortsverwaltung.

Ausland.

Die Streiks in England und Irland.

Nach den letzten Berichten aus London beläuft sich die Zahl der in Birmingham streikenden auf 4000. In Dublin sind alle Verhandlungen abgebrochen worden.

Versammlungen.

Verband der Gastwirtsgehilfen. (Mit Hotelbdiener.) In der am 11. Sept. stattgefundenen Monatsversammlung wurden 9 Kollegen aufgenommen. Arbeitersekretär Genosse Renke hielt hierzu einen interessanten Vortrag über Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Ueber die bevorstehenden Krankentagswahlen sprachen Kollege Müller und Genosse Wente. Zwei Beschlüsse des Gewerkschaftskartells wird den Gewerkschaften die Zahlspflicht auferlegt. Die Funktionäre haben die Kontrolle vorgenommen. (Eingeg. 17/9)

E. PASCHKY

Bismarckstr. 14	Tel. 13103	Blotzenauerstr. 24	Tel. 8970
Alaunstraße 4	Tel. 2257	Wettinerstr. 17	Tel. 1835
Wismarstraße 13	Tel. 14162	Rosenstr. 43	Tel. 1736
Eingang Hindenburgstr.		Schiffstr. 27	Tel. 14596
Jöllnerstr. 12	Tel. 2808	Torgauer Str. 10	Tel. 1639
Wienstr. 11	Tel. 14871	Trombeterstr. 5	Tel. 2967
Wartbaer Str. 14	Tel. 14050	Neischwitzerstr. 11	Tel. 14114

Kontore und Lagerolen: Wölnitzstr. 1. Tel. 1834.

Große Fänge!
Direkt aus den Tannern heut eintreffend und wieder billiger.

Austernfisch ohne Kopf, in großen delizianen Fischen	12 Pf.
Seelachs ohne Kopf, sehr nahrhaft, in praktischen großen Fischen	14 Pf.
Kabljau ohne Kopf, in großen feinsten Fischen	14 Pf.
Goldbarsch ohne Kopf, hochrote, extrafeine Exemplare	14 Pf.
Schellfisch ohne Kopf, große silberblanke Fische	16 Pf.
Schellfisch, „Belgol“, etwa Fingfinger	20 Pf.

Gedruckte Rezepte gratis. [L 212]
Besonders ermäßigte Preise für Wiederverkäufer bei Entnahme von mindestens 50 Pfund einer Sorte.

Pa. Bratheringe 3 Stück 20 Pf.
8-Pfd.-Dose 120 Pf., 5 Dosen 115 Pf., 10 Dosen 110 Pf.

Neuegrosse Bratheringe
die Strammstapfade 8-Pfund-Dose bei mindestens 25 Dosen a 125 Pf., 10 Dosen a 130 Pf., 5 Dosen a 135 Pf.

Verwand nach auswärts prompt gegen Nachnahme.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands
Zahlstelle Dresden.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Richard Hempel
am 15. September verstorben ist. — Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 8 1/2 Uhr auf dem Volkstücker Friedhof statt. [V 229]
Jahresliche Beteiligung erwartet Die Verwaltung.

KIOS
Cigaretten

Tharandt und Umg.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Versteilerarbeiten, Drucken und Druckarbeiten nimmt jederzeit an.
Paul Fiedler, Freiburger Straße 114.

6. Reichstags-Wahlkreis, Bezirk Striesen
Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied
Dreher Richard Rüger
am 18. September verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Schmiedeburg.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege
Richard Töpfer
Hilfsarbeiter
am 15. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Transportarbeiter-Verband.
Nach langer Krankheit ist unser Kollege der Marktgehilfe
Paul Hermann Goltzsehe
im Alter von 28 Jahren verstorben.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 1/2 3 Uhr auf dem St. Pauli-Friedhof statt.
Die Verwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Dresden.

Nachruf!
Am 18. September verschied infolge eines Schlaganfalls unser Kollege, der Lackierer [V 122]
Max Gündel
im Alter von 87 Jahren. — Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Verwaltung.

Cossebaude und Umgegend.

Donnerstag den 18. September, abends 8 1/2 Uhr [V 52]

Volks-Verfammlung

in Wustlichs Gasthof zu Cossebaude.

Tages-Ordnung:

Die Aufgaben der Volksfürsorge.

Referent: Sekretär **Hänsel**, Dresden.

Debatte.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Einberufer: **Franz Müller**, Cossebaude, Dresdner Straße 90.

Zitzschewig-Naundorf u. Umg.

Sonnabend den 20. September 1913, abends 9 Uhr

Volksversammlung

im Gasthof Drei Binden in Zitzschewig.

Tages-Ordnung:

Die Stellung der Parteien zur Reichstagswahl.

Referent: Landtagsabgeordneter **Robert Wirth**, Dresden.

Nach dem Vortrag: **Debatte**. — Zutritt und Redefreiheit für jedermann über 18 Jahre.

Zahlreiche Beteiligung wünscht

[V 13]

Der Einberufer.

Gemeinnütz. Baugenossenschaft zu Radeberg. (E. G. m. b. H.)

Donnerstag den 25. September, abends 8 1/2 Uhr

Ausserordtl. Generalversammlung

im Restaurant Breitenstein.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Genossenschaft.
2. Beschlußfassung den Kauf von Grundstücken betr. sowie Genehmigung des Bauplanes und der sich hieraus ergebenden Verträge.
3. Beschlußfassung über Aufnahme von Hypothekendarlehen.
4. Geschäftliche Mitteilungen.

[K 385]

Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Aufsichtsrat: **Max Rosenkranz**, Vorführender.

Die Legitimation gilt das Mitgliedsbuch.

Reichenberg Borsdorf

Zwei Volks-Verfammlungen

Freitag den 19. September 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zu Reichenberg
Referent: Reichstagskandidat Arbeitersekretär **Wilhelm Bnd.**

Dienstag den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zu Borsdorf
Referent: **Richard Schmidt**, Reichen.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: **Die bevorstehende Reichstagswahl**

Freie Aussprache. — Jede über 18 Jahre alte Person hat Zutritt.

[V 18]

Einen zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

I. Lenbener Fischhaus

empfiehlt **F. Schellfisch**, Donnerstag eintreffen, regelmäßig jede Woche. [K 151]
Otto Manser, Bahnhofsstr. 37

Die von mir dem Maurer **Paul Fischer** angefertigten Verordnungen nehme ich allenfalls zurück.
Maurer **Max Richter**, Klopfstr. 13/139

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Bezirk Dresden-Neustadt.

Mittwoch den 17. September, abends 8 Uhr

Diskussions-Abend

im **Nichols Restaurant**, Schönbrunnstraße 1.

Tages-Ordnung:

Nachwahl von 3 Delegierten zum Zweigvereinstag.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Schriftleitung.

Mittwoch den 24. September, im „Volkswohl-Saal“

Bunter Abend.

Mitwirkende: **Margarete Walkotz**, Berlin. Am Flügel: **Erwin Fausel**, und **Paul-Michael-Gaarselt**, Leipzig.

Programme a 20 Pf. sind noch bei den Grundstein-Trägern und im Bureau zu haben. [V 82]

Wir empfehlen:

Björnson's Werke

3 Bände, schön gebunden, 3,75 M.

Volksbuchhandlung, Große Zwingstraße 14.

Donnerstag Freitag Sonnabend Messow & Waldschmidt Donnerstag Freitag Sonnabend

Aussergewöhnlich billige

3 Extra-Verkaufs-Tage

Strümpfe und Handschuhe

- Ca. 800 Paar gestrickte Frauenstrümpfe extra stark, nahtlos Paar 55 Pf.
- Ca. 800 Paar drehbrochene Florstrümpfe schwarz, braun und farbig Paar 58 Pf.
- Ca. 200 Paar Damenstrümpfe mit weissen Tapsen Paar 85 Pf.
- Ca. 1200 Paar Schweißsocken nahtlos Paar 58, 38, 28 Pf.

Besonders preiswert!

Ca. 1000 Paar Damen-Hebergangs-Handschuhe Leder-Imitation, in guten Qualitäten Paar 48 Pf.

Gelegenheitsposten in Spitzen

- Einige hundert schwarze, kunstseidene Tüll-Einsätze Meter ca. 8-10cm breit, regul. Wert bis 1.10 Serie I Meter 20 Pf. Serie II Meter 25 Pf.
- Einige hundert Tüllspitzen u. Einsätze, weiß, creme, ecru, regulärer Wert bis 1.25 ca. 4-15cm breit, Serie I Meter 20 Pf. Serie II Meter 35 Pf.
- Ein großer Posten glatte Tülle in schwarz, weiß, doppelbreite, creme, ecru, mit kleinen Fabrikationsmängeln, Wert b. 1.50, Meter 38 Pf.
- Valenciennestoffe Kunstseidene Tüllstoffe 48 Pf. farbig m 95 Pf.
- Ca. 500 St. Unterröck-Schürzen in plissiert. Oberleil, i. schön. Ausführung, 2 1/4 m 95 Pf.

Preiswerte

Schneiderei-Artikel

- Wischeknäpfe, Marke „Rohrhor“, sortierte Größen 7/8-2 1/2-Größe 38 Pf.
- Kunstseid. Rüschen-Gummiband-Abschnitte, 60 cm 22 u. 15 Pf.
- Kunstseidene Halbschuhsenkel, breit, schwarz und braun Paar 17 Pf.
- Auswechselbare Schweißblätter, Baftt oder Double Paar 55 u. 58 Pf.
- Trikot-Schweißblätter, gr. Formen 8 Paar 95 Pf.
- Stahlstecknadeln, in Blechbox, ca. 50 Gramm Dose 15 Pf.
- Falle u. Taffetfutter, 100 cm breit, schwarz und grau Coupon, ca. 2 1/2 Meter, 95 Pf.
- Blusenhalter „Ladoss“, mit verstellb. Gummiploß, St. 45 Pf.
- Blusenhalter „Ladoss“, mit festen Gummiploß St. 30 Pf.

Besonders billige Trikotagen

- Ein Schul-Sweater, gestrickt, mit langem Arm, Posten in vielen Farben, alle Größen Stück 05 Pf.
- Ein Trikot-Einsatz-Hemden, weiß u. normal, Posten in vielen Farben, mit schönen Einlagen Stück 1.45
- Ca. 600 Stück Herren-Normal-Rosen u. Jacken in solider Qualität zum Aussuchen Stück 1.25
- Ca. 600 Stück Kinder-Normal-Anzüge, besonders billig! Größe 50-70 cm Stück 95 Pf., 75-100 cm St. 1.35
- Ca. 1000 Stück Trikot-Untertailen, weiß und grau ohne Arm Stück 68 Pf. mit Arm Stück 95 Pf.

Schuhwaren

- Kinderstiefel, verschiedene Lederfarben, schöne Formen, Größe 21 bis 30 Paar 4.90 Größe 27 bis 30 Paar 3.90
- Damenstiefel in verschiedener Ausführung, darunter beste Qualitäten, wie Chevreau usw. jedes Paar 5.90
- Ein Riefenbohlen
- Damen-, Herren- und Kinder-Hausschuhe und Pantoffeln alle Größen jedes Paar 95 Pf.

Seifen u. Parfümerien

- Day-Rum Flasche 42 u. 65 Pf.
- Frühbranntwein Fl. 48 u. 75 Pf.
- Rou de Guinée Flasche 60 Pf.
- Kleienwurzelsl. Fl. 10 u. 25 Pf.
- Brilliantine Flasche 20 u. 45 Pf.
- Birkenhaarwasser Flasche 80 Pf.
- Kohlensäure Bäder von erzieh. Wirkung Dose 95 Pf.
- Zahnbürsten, dreifach, Pein und Reizl. St. 40, 25, 2 u. 18 Pf.
- Mediz. Lanolin-Fellseife Stück 14 Pf., 3 Stück 40 Pf.
- Zeus, große runde Form Stück 23 Pf., 3 Stück 58 Pf.
- Lanolin-Seife „Pfeilring“ Kosmos-Seife „Guthmann“ je Stück 25 Pf., 3 Stück 65 Pf.
- Mandelblütenseife Stück 20 Pf.
- Weschenseife Stück 8 Pf.
- Blumenseife Stück 25 Pf.
- Lanzolinseife
- Kulturmilchseife „Lanzolin“ St. 18 Pf.
- Lanzolinseife „Lanzolin“ St. 18 Pf.
- Gerigenseife „Adler“ St. 18 Pf.
- Pantl- u. Hygiene Seife 18 Pf.
- Gall- u. Kastoreiseife Stück 8 Pf.
- Frisierkämme, Gummi, St. 48 Pf.
- Zahnschaber 100 Stück 5 Pf.
- Wusch-Handschuhe Paar 10 Pf.
- Lanzolinseife Stück 18 Pf.
- Gummischwämme Stück 8 Pf.
- Sparkernseife, 5 teil. St. 48 Pf.
- Sparkernseife, 4 teil. St. 34 Pf.

Donnerstag, d. 18., bis Dienstag, den 23.



Himbeersaft 1/4 Champagnerflasche 98 Pf. Puddingpulv 20 Pak. 95 Pf. 6 Pak. 35 Pf.

Neue Konserven

Table with columns: Dose, Pfund, and prices for various food items like Stangenspargel, Brochspargel, etc.

Marmelade feine gemischt, 5 Pfund-Eim. 1,50, 1,25 98 Pf.

Edelobst - Marmeladen! Auerfeinstes

Table with columns: 5 Pfund-Eimer, 1 Pfund-Gläser and prices for various fruits like Himbeer, Aprikos, etc.

Rebhühner Brat- u. Kochhühner Pa. junge Tauben zum billigsten Tagespreis

Gemahlener Zucker 5 Pfund 98 Pf. Würfelzucker 5 Pfund 110 Pf.

Lebensmittel extra billig!

Rauchfleisch Mk. 95 Pf., Speck Mk. 82 Pf., Caesler Rippespeer, Pfd. von 1,00 an, Cervelatwurst u. Salami, Pfd. 1,38, Ia. Leber-, Blut- u. Mettwurst, Pfd. 98 Pf., Ia. Schweizer, Edamer, Tilsiter Pfd. 98 Pf.

Bananen, große, gelbe . . . Stück 6 Pf., Pfäumen, prachtl., 10 Pfd. 60 Pf., Tafel-Aepfel, Pfd. 25, 20 und 15 Pf., Birnen, saftige . . . Pfd. 30, 20, 10 Pf., Citronen, prima . . . 10 Stück 55, 45 Pf.

Weintrauben . Pfd. von 28 Pf. an, Fr. grüne Gurken Stck. v. 6 Pf. an, Feinstes Speiseöl Pfd. 1,30, 95 Pf., Pa. alte Sardellen . Pfd. 95 Pf., Neue saure Gurken Stck. 10, 8 Pf.

Bonillen - Würfel 85 Pf. hochfeine Qualität Dtd. 25 Pf., Dose - 50 Stck.

Ananas Ia. aromatisch Madeir. Frücht. gewählt 98 Pf., Cour. 88 Pf., Pfund 78 Pf.

Frisch eingetroffen Pa. Astrachaner Caviar 1,50 Mk. Portions-Dose

Oelsardinen, feinst., Dos. 1,15, 95, 58 Pf., Räucheraale, extragroße vom Auseruchen, Stck. 95 Pf., Lachsheringe, größte, Stck. 20, 15 Pf., Räucherfachs, mild u. fett, 1/4 Pfd. 32 Pf., Kieler Bücklinge, 3 Stck. 25 u. 20 Pf., Kieler Sprotten . . . 1/4 Pfd. 20 Pf.

Kakao, Ia. Qual., Pfd. 1,40, 1,00, 80, 68 Pf., Kaffee, frisch geröst., Pfd. 1,40, 1,20, 95 Pf., Weizenmehl, hochf., 5-Pfd.-Sack 92 Pf., ff. Gemüse-Nudeln, . . 3 Pfd. 95 Pf., ff. Makkaroni, . . . 3 Pf. 95 Pf., Ein Posten ff. Tafelreis, 5 Pfd. 95 Pf.

Mirabellen, Feinste Metzger 82 Pf., Reineclauden . . . 88 Pf., Heidelbeeren . . . 68 Pf., Kaiserkirschen . . . 95 Pf., Ananas in Scheiben . 180 Pf., Erdbeeren, Elsässer . 125 Pf.

Tomaten Einmachen 10 Pf. 1 Pf. 11 Pf.

Fleisch: Kalbfleisch . Pfd. 80 Pf., Ochsenfleisch Pfd. 80 Pf., Hammelfleisch Pfd. 80 Pf., Schweinefleisch Pfd. 80 Pf., Ia. Gewiegtes Rind- und Schweinefleisch Pfd. 90 Pf.

Echte holländ. Blumen-Zwiebeln

nur beste ausgesucht trockene Prima Ware Hyazinthen Größe I II III IV Stück 28 24 18 12 Pf., Tulpen Dtz. 55 Pf., Crocus 2 Dtz. 55 Pf., Schneeglöckchen 2 Dtz. 55 Pf.

Kino Briesnitz.

Deute Mittwoch bis Freitag: Intrigenpiel, 2 Akte. Leo Mieret. Samstag: Das Recht aufs Dasein. 3 Akte. Fräul. Eigensinn. Eine Komödie. (K 207)

Richtige, solide Plattenleger

per sofort gesucht. (B 2827) Schaper & Bergner. Agent gesucht. Vergüt. 300. H. Jürgensen & Co., Cigarren-F., Hamburg 22. (A 125)

Zahlungsfähige Hausierer

für sehr lohnenden Artikel der Nahrungsmittelebranche gesucht. Adressen unter G. 564 an Quastenhein & Wopler, Dresden. (A 177)

Möblierte

Herren-Schlafst. an anständ. Herrn zu verm. Vauhofstr. 17. part., recht. (B 2661) Logis mit Stallung oder zu vermieten. Rogertstr. 10. (K 209) Gitterlee, Dresdner Straße 80.

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus Kleine Oper: Die drei Missethäter. Opern des Jahres: Die drei Missethäter. Opern des Jahres: Die drei Missethäter.

Die Torgauer Heide In einem Akt von Otto Fabry. In einem Akt von Otto Fabry. In einem Akt von Otto Fabry.

Albert-Theater Die fünf Frankfurter. Die fünf Frankfurter. Die fünf Frankfurter.

Resident-Theater Der Frauenfresser. Der Frauenfresser. Der Frauenfresser.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sach, Dresden-K. - Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Königlig. - Druck von Raden u. Komp., Dresden.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Jena, 10. September 1913.

Zweiter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Begrüßungsprogramme sind vom Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei Rumäniens und von der sozialdemokratischen Partei Finnlands eingegangen.

Scheidemann

geht in seinem Schlusswort zum allgemeinen Geschäftsbericht zunächst mit einer Bemerkung auf den Bericht der Kontrollkommission ein. Er rühmt die Evidenz der Sachdarstellung in der Jahresrechnung des Parteivorstandes und u. a. gelobt: „Nachdem der Parteivorstand auf Grund der Ausprüche erklärt hat, eine Regelung der Verhältnisse zwischen dem Genossen Wehring und der ‚Neuen Zeit‘ in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.“

Ziele Annahme der Kontrollkommission stützt sich auf eine unvollständige Forderung des Genossen Gasse, und gegen diese Annahme hat der Parteivorstand sofort Einspruch erhoben. In einem Brief an die Kontrollkommission vom 20. Juni 1913 sagte er: „Der Parteivorstand hat nicht erklärt, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Wehring und der ‚Neuen Zeit‘ in Aussicht zu nehmen, nachdem im vorigen Jahre die Regelung entsprechend dem Wunsche des Genossen Wehring vorgenommen worden ist.“

Wesentlich ist über schlechte Berichterstattung geklagt worden. Auch ich habe, gestützt auf einen mangelhaften Zeitungsbereich, mich auf die Krümmung eines Genossen in Zahlen bezogen, der nach dem „Vorwärts“ geklagt haben sollte, der Mitarbeiter in der Agitation und Organisation des letzten Jahres sei dem Schwanden des Vertrauens der Massen zur Leitung geschuldet. Der betreffende Genosse hat mich verächtlich, daß er sich so nicht ausgesprochen habe. Ich frage mich, daß festhalten zu können. Auf die Einwendungen gegen das Pressebüro will ich des näheren nicht eingehen. Ich vermute Ihnen kein Geheimnis, wenn ich ausdrücklich festsetze, daß der Parteivorstand mit den Leistungen des Pressebüros auch nicht ganz einverstanden ist und sie besser wünscht. Ich gebe Ihnen von neuem die Versicherung, daß wir alles versuchen werden, um auch das Pressebüro etwas leistungsfähiger zu gestalten. Es ist gelungen, ist eine andere Frage. Auch die „Arbeiterjugend“ ist nicht so redigiert, wie es gewünscht wird. Ich glaube, dem hier nicht anwesenden Genossen, der sie redigiert, wirklich schuldig zu sein. Festzuhalten, daß die „Arbeiterjugend“ tatsächlich eine der besten unserer Zeitungen ist. (Sehr richtig.) Es müßte ja hier und da Kritik darin sein, die nicht allen gefallen, aber eine Zeitung, die es allen recht macht, gibt es nicht. Unmögliches kann man von der „Arbeiterjugend“ aber auch nicht verlangen. Stabbe hat angeregt, ob sich nicht eine Abgrenzung der Gebiete für die Parteipresse ermöglichen. Dieser Plan ist sehr alt, ich glaube aber nicht, daß er realisierbar ist. Wir haben eine Anzahl guter, sehr leistungsfähiger Blätter. Die Parteigenossen auch in den entferntesten Gegenden lesen diese Zeitung und würden sich nicht an einem Blatt abfinden, das auf die Hälfte oder ein Drittel reduziert wäre. Das Ideal wäre, daß wir statt der großen Zeitungen eine hier- oder jenseits Anzahl weniger umfangreicher Blätter über das ganze Land verteilt hätten. Das würde der Agitation wesentlich bessere Dienste leisten. Bis zu einem gewissen Grade ließe sich das auch durch Kopialblätter erreichen. Solchen Blättern ist der Parteivorstand entgegengekommen und wir haben mehrfach, allerdings nicht immer, gute Erfahrungen damit gemacht.

Redner bittet, den Antrag Dammeyer, der jedesmal nach Schluß einer Reichstags-Sitzung eine Agitationsbrochure verlangt, dem Parteivorstand zu überweisen, ebenso den Antrag, der statutarische Material über Volkswirtschaft in Broschürenform verlangt und schließlich auch den Antrag 55, der vom Ausbau der „Neuen Zeit“ handelt. Mit den Reformvorstellungen der Genossen Jettim, die eine Geschichte der Parteibewegung in populärer Darstellung in der „Gleichheit“ anfänglich, sind wir alle durchaus einverstanden. Das geplante Familienblatt ist zu einem Preise von höchstens 15 Pf., wie ein Antrag verlangt, nicht heranzubringen. Es ist ganz unmöglich, nach genauer Kalkulation ein wirklich gutes Blatt mit Illustrationen auf anständigem Papier zum Preise von 16- oder gar 20 Pf. zu liefern. Wollig ist nicht immer gut. Man weist auf die Berliner „Illustrierte“ hin. Aber andererseits hat man auch ausdrücklich gesagt: wir wollen keine Interatemplantage machen (Sehr richtig), wie das solche Zeitungen sind. Wir wollen ein gut gestaltetes illustriertes Familienblatt, das das Unterhaltungsbedürfnis befriedigt und die Wünsche, die unterrichtet sein wollen über neue Erfindungen der Wissenschaft usw., erfüllt. Diese Zeitung hat ganz andere Aufgaben als die heute noch vielfach in den Massen verbreiteten Blätter. Sie bitte also, diesen Antrag nicht abzulehnen. Die Versicherung, daß die Wollen 25 Pf. für ein wirklich gutes Blatt nicht opfern würden, ist durchaus unbegründet.

Ueber die Jugendbewegung ist geklagt worden und man hat von Schönfärberei gesprochen. Auf mein Verlangen teilt dieser Vorwurf jedenfalls nicht zu. Ich habe nur festgestellt, daß die Jugendbewegung eine außerordentliche Bedeutung besitzen und alles tun, um sie vorwärts zu bringen. Was den Ausführenden der Genossen Schulz und Rosenfeld, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft der Jugendbewegung widmen, haben wir gehört, daß es voran geht. Bei den Bildungsveranstaltungen für Finanzbeamten streift wird dort sonst allgemein festgelegte Preis bis zur Hälfte herabgesetzt, doch weiter heruntergehen kann der Bildungsausschuß nicht.

Heilmann hat zu seiner Rechtfertigung gesagt, daß er keine Kenntnis von den Flugblättern des Parteivorstandes während der Wahlkämpfe und dem Krupp-Skandal gehabt habe. Er habe das darauf zurückgeführt, daß der Parteiparat zu schwerfällig arbeite. In dasselbe Horn hat dann auch Stengelmann von Hamburg geblasen. Er meinte, es gehe alles schablonenmäßig. Genau das Gegenteil davon hat dann Stabbe übertragen, der eine noch schärfere und noch stärkere Zentrallisation wünschte, meines Erachtens auch mit Recht. Es liegt in der Tat nicht an der Zentrallisation. Es kommt wirklich auf die Menschen an, daß der Apparat arbeitet. Wenn der eine oder andere Bezirkssekretär in eine Sache liegen läßt, so kann dafür die Organisationsform nicht verantwortlich gemacht werden. Dittmann hat bessere Zusammenarbeiten der Präktion und des Parteivorstandes mit dem Parteiauschuß bei der Agitation gegen die Wahlkämpfe vermisst. Was meint er damit? Die drei Körperlichkeiten haben fortwährend in unigster Fühlung zu einander gestanden. Hebrigens hatte Dittmann als Aufsichtsmittel bei den vielen Besprechungen mit dem Vorstande Gelegenheit, und rechtzeitig Anregungen zu geben, wenn er meinte, daß etwas verkannt worden sei.

Die Anregung Dittmanns auf bessere Ausgestaltung unserer Nachrichtenblätter für die Kampfpartei wird im Vorstand weiter behandelt werden. Heilmann beklagte sich darüber, daß die Anträge des Parteivorstandes zu spät veröffentlicht worden seien. Das erklärt sich daraus, daß wir alle Anträge erst dem Parteiauschuß vorlegen mußten, und als der zusammenkam, waren natürlich die übrigen Anträge längst veröffentlicht. Ein Diskussionsredner glaubte, meine Annahme der Partei- und Gewerkschaftskommissionen zurückweisen zu sollen. Er meinte, die Gewerkschaftskommission ver-

bienen es nicht, daß ich sie in dieser Weise verteidige. Ich habe nicht übertrieben, ich führe zum Beweis für die Wichtigkeit meiner Behauptung nur einen Satz aus der Rede eines Genossen in einer Berliner Versammlung an: „Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, sie besitzen keinen Idealismus mehr.“ Wenn man so etwas liest, muß man in so energischer Weise dagegen Stellung nehmen, wie ich es gestern getan habe. Meine Erläuterungen haben ergeben, daß der Redner leider wirklich diesen Satz ausgesprochen hat. Heute, die so sprechen, bringen schließlich das, was andere redigiertere Genossen in feinerer Form und weniger deutlich ausführen, nämlich nur in populärer Form so in den Versammlungen vor, wie sie es verstanden haben und wahrscheinlich auch verstehen sollten. Man muß die angestellten Genossen, die immer zu arbeiten haben, in Schutz nehmen gegen solche Angriffe, die nur dem Reichsverband Rational liefern. (Sehr gut.) Im allgemeinen ist die Kritik am Parteivorstand sehr milde gewesen. Sie haben uns volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und wir werden die Anregungen berücksichtigen, wie wir gewohnt sind, gute Lehren immer zu beachten. (Bravo.)

Braun:

Heilmann meinte gestern, die Anregungen, deren Verwirklichung nach meiner Meinung zu viel Geld kosten würde, könnten im Gegenteil bei ihrer Ausführung der Partei Leberhöflichkeit liefern. Solche Anregungen hätte ich natürlich nicht im Auge, denn Einrichtungen, die Leberhöflichkeit bringen, sind immer schädlicher. Ich habe mich bei der Schaffung einer Interzentrale mit dem Parteivorstand schon vor längerer Zeit beschäftigt, es stehen dem aber soviel Schwierigkeiten persönlicher Natur im Wege, daß wir bisher nicht dazu gekommen sind. Wir behalten die Angelegenheit im Auge, und wenn die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, werden wir über kurz oder lang eine solche Einrichtung schaffen können. Mit meinen Ausführungen über Bayern habe ich keinen Wortwechsel verbunden, ich habe mich in der Abwehr gegenüber den Behauptungen eines Mitgliedes des bayerischen Landesvorstandes auf dem Wähler Parteitag befunden. Die Interzentrale Angelegenheit ist für uns vorläufig erledigt, ich stehe auf dem Standpunkt, daß in Kaiserlautern die Voraussetzung für ein selbständiges Blatt noch nicht gegeben ist und daß man sich vorläufig mit einem Kopialblatt begnügen muß. Kommt die Sache wieder an den Parteivorstand und werden neue Momente ins Feld geführt, dann werden wir erneut die Sache ernstlich prüfen. Wir lassen uns nicht von rein formalen Gründen leiten, sondern berücksichtigen auch die agitatorische Bedeutung solcher Einrichtungen. Freilich muß auch darauf geachtet werden, daß die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang stehen. Von einem Mittlungs-soder Verwaltungsblatt, von einer Art Partei-Reichsanzeiger, wie es Dittmann angeregt hat, verpasse ich mir nicht viel. Die Mittelungen werden in Form von Zirkularen an die Stellen herausgegeben, die die Aktionen auszuführen haben, und wer sich dafür interessiert, kann es stets von den Bezirksvorsitzenden erfahren. Dazu kommt, daß wir die wichtigsten Mittelungen aus praktischen Gründen nicht der Öffentlichkeit unterbreiten. Es kommt lediglich darauf an, daß die Funktionäre Kenntnis davon erlangen. Aber ich bemängelt, daß wir im Bericht geklagt haben, die geringe Mitgliederzahl müsse prägnant an die Genossen. Wir haben keinen Grund, vor offensiblen Zahlen die Augen zu verschließen, und wir haben auch den Mut, das festzustellen und offen auszusprechen. Wir treiben weder Schönfärberei, noch malen wir schwarz. Ebenso wie 1907 die Konstatierung der Tatsache, daß der Erfolg der Wahlen unserer Erörterungen nicht entspricht, die Genossen angefeuert hat zu der intensiven Agitationsarbeit, die den großen Sieg von 1912 vorbereitet hat, so wird auch diese unsere Feststellung die Genossen zu neuer Agitationsarbeit anfeuern. (Sehr richtig.)

Nach einige Worte zum Antrag 56. Ueber die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission auf Agrarfragen besteht kein Zweifel. Auch die Vorschläge über die Art der Zusammenlegung und daß die Kommission das Recht erhalten soll, gemeinsam mit dem Vorstand beforderte Mitarbeiter zur Ausführung der umfangreichen Studienarbeit anzustellen, sind nicht angefochten worden, nur wollte Gottschall, daß nicht der Parteivorstand und der Parteiauschuß die Kommission einsetzt, sondern daß die Mitglieder sofort dem Parteitag gewählt werden. Ich halte die Art, wie und wo die Kommission gewählt wird, nicht für so außerordentlich wichtig. Auch wenn die Kommission dem Parteivorstand und Parteiauschuß gewählt wird, befiehlt sie doch zweifellos das Vertrauen der Parteigenossen, denn diese Körperlichkeiten haben doch auch das Vertrauen der Partei. (Sehr richtig.) Es handelt sich hier doch mehr um eine Zweckmäßigkeitfrage. Es kommt darauf an, sachkundige Leute in die Kommission zu bringen, und ich glaube, das gelingt dem Vorstand und Auschuß besser als dem Parteitag. (Sehr richtig.) Zur Ausführung der Arbeiten wird man schließlich ja doch beforderte Arbeiter zuziehen müssen. Es kommt aber darauf an, daß die Kommission die Grenzen für das Studium absteht und die Dispositionen trifft und dazu ist eine gewisse Sachkunde nötig. Sie können zu Vorstand und Auschuß das Vertrauen haben, daß er geeignete Personen wählt. Die Kommission sollte auch kein Agrarprogramm ausarbeiten, sondern lediglich Material sammeln, damit die Partei später die Richtlinien für ein Agrarprogramm, oder wenn ein solches für überflüssig erachtet wird, die Grundlagen für die Tätigkeit unserer Genossen in den Parlamenten für die Agitation schafft.

Brähne (Schlußwort):

Die Tätigkeit der Kontrollkommission hat nicht einen einzigen Kritiker gefunden. Die Differenz im Maße Wehring ist durch die beiderseitigen Erklärungen von Parteivorstand und Kontrollkommission erledigt.

Dem Parteivorstand wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Es folgen die Abstimmungen. Der Antragtrag Gottschall wird abgelehnt. Der Antrag auf Einsetzung einer Agrarstudienkommission wird angenommen. Abgelehnt werden die Anträge auf Ausmerzung der Fremdworte unter Wägung des Preises des Familienblattes. Alle übrigen besprochenen Anregungen auf Ausbau der Presse, Literatur und Jugendbewegung werden dem Parteivorstand überwiesen. Es folgt die

Diskussion über den Massenstreik.

Hierzu liegen vor die Resolutionen 84 und 100. Gottschall-Königsberg beantragt, dem Begründer der Resolution 100 eine halbtägige Redezeit zu gewähren.

Roske-Gemmy: Das wäre unzulässig, alle Redner haben das gleiche Recht. Wir draten niemand eine Extraparagraph. Die Gewerkschaftsredner könnten das gleiche Recht fordern.

Rosenstein: Wie kann man einen so selbstverständlichen Antrag der Gerechtigkeit widersprechen. Es handelt sich um zwei Auffassungen, die in einer aktuellen Frage gegenüberstehen. Da ist ein solches Bedürfnis vorhanden, die Sache gründlich zu erörtern. In vielen Parlamenten werden Generalredner mit längerer Redezeit gestellt, so wollen wir es auch hier machen.

Dr. David: Der Sinn des Antrages Gottschall ist, der Genossin Lugenburg eine halbtägige Redezeit zu gewähren. Ich empfinde diesen Antrag als eine Ungerechtigkeit. (Zuruf: Aus Angst.) Nicht

aus Angst, wenn aber einem Redner gestattet wird, die dreifache Redezeit in Anspruch zu nehmen, so ist das ungerecht. Die Dinge werden auf den Kopf gestellt, wenn gesagt wird, Scheidemann sei der Angreifer. Der Angriff geht von der Genossin Lugenburg aus. (Sehr richtig.) Sie hat ausgiebige Gelegenheit gefunden, ihren Standpunkt in schärfster Form in der Presse zu vertreten.

Hoch-Damm: Ohne diese Geschäftsordnungsdebatte hätten wir die halbe Stunde schon gewonnen. Wenn zwei Meinungen einander gegenüberstehen, ist es ständige Praxis, einen Referenten und einen Korreferenten aufzustellen. Weiter ist nichts verlangt worden. Es entspricht der Natur der Sache, aber nicht der Natur der Sache entspricht es, wenn David die Frage aufwirft, wer ist es denn, der zum Wort kommen soll. (Sehr richtig.) Ob das die Genossin Lugenburg oder David ist, ist ganz gleichgültig. Wir wollen kein Vorrecht für die Genossin Lugenburg, nur einfache Gerechtigkeit. Wir beschweren uns nicht über die Polemik Scheidemanns. Das war keine Pflicht, aber dann muß auch der andern Seite Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansicht darzulegen. (Sehr richtig.) Was der eine oder andere in der Presse darüber geschrieben hat, kommt nicht in Betracht. Hier ist das Parlament, hier haben beide Parteien ihre Anschauungen darzulegen.

Gottschall-Königsberg: Es handelt sich um tiefgreifende Sachen, nicht um Meinungsverschiedenheiten, deshalb muß auch die Gegenseite zu ihrem Rechte kommen.

Schumann-Berlin: An sich bin ich gegen den Antrag Gottschall. Sollte aber der Parteitag in seiner Mehrheit dafür sein, dann würde ich es für unbedingt notwendig halten, daß auch einem der Redner, der die gewerkschaftliche Auffassung in dieser Frage vertritt, dieselbe verlängerte Redezeit zugestanden wird. (Lebhafter Zustimmung.)

Vorsitzender Herr: Nicht die wertvolle Zeit mit einer so ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte zu vergeuden. (Sehr richtig.)

Dr. David: Wenn der Vorschlag Schumann dem Mehrheitswillen des Partitages entspricht, und das nehme ich an, dann betrachten auch wir die Sache als erledigt.

Lebeaux formuliert die Anregung Schumanns als Antrag. Die Anträge Gottschall und Lebeaux werden angenommen.

Juste-Niederbarnim beantragt, zuerst den Begründern der Anträge das Wort zu erteilen und dann erst in eine allgemeine Diskussion einzutreten.

Vorsitzender Herr: Nach der Praxis der Parteitage ist immer so verfahren worden, daß wenn Anträge größerer Gruppen zur Verhandlung kamen, die eingezeichneten Redner der Reihe nach sprachen. Heute einer der Redner einen selbständigen Antrag zu begründen, so besam er die in der Geschäftsordnung vorgesehene verlängerte Redezeit. Es handelt sich hier um eine Frage, die die Organisationsgleichmäßig interessiert. Es wäre wirklich unverständlich, wenn wir nur einer Reihe der Vertreter der Wahlkreise 20 Minuten Redezeit geben und dann erst in die Diskussion eintreten wollten. (Lebhafter Zustimmung.)

Als erster Redner in der Debatte erhält das Wort

Edvard Bernstein:

Ich bin einer der ersten gewesen, die den Massenstreik als unter Umständen zweckmäßig und vielleicht sogar unabwendbar erklärt haben. Ich stimme für die Vorstandsvorstellung, weiter gehe ich nicht, denn die deutschen Verhältnisse waren und sehr davon, uns in romantische Anschauungen über die Möglichkeit des Massenstreiks hineinzurennen. „Belgisch reden!“ Wir alle bewundern die Leistungen unserer belgischen Genossen in ihrem großen politischen Streik. Es müssen aber die ganz anderen politischen Verhältnisse gewürdigt werden, die diesen Streik und seinen reinen Erfolg ermöglicht haben, daß eine Wahlrechtsprüfungskommission eingesetzt wird. Die belgischen Genossen haben gekämpft, nur um die nach der Verfassung nötige prinzipielle Erklärung der Kammer für eine Revision des Wahlrechts durch ein neu zu wählendes Parlament zu erlangen, was ihnen geglückt ist. Wei uns aber, in Bremen, wird die Frage nach der Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung von niemand als den Konservern verneint. Will man bei uns ins blaue hinein einen Massenstreik inszenieren, ohne zu wissen, womit er enden soll? Wie man ihn anfängt, das wissen wir, aber wie er enden soll -- das möchte ich von der Genossin Lugenburg hören. Wollten wir eine solche Streikbeteiligung wie in Belgien erreichen, so müssen wir 2^{1/2} bis 3 Millionen Arbeiter zum Streik bewegen. Wie soll das ohne gewalttätige Zusammenstöße und ohne Auslaufen eines großen Teils der Streikenden möglich sein? Der schwedische Generalstreik von 1909 hat den schwedischen Gewerkschaften einen Verlust von 80 bis 100 000 Mitgliedern auf über 180 000 Mitglieder gebracht. (Zuruf: Bravo.) Schade, daß uns kein schwedischer Genosse von ihren Erfahrungen erzählen kann. Wir müssen also sehr sorgfältig mit uns zu Rate gehen, bei dem ganz anderen Verhältnissen in Deutschland. Wann wollen Sie mit dem Generalstreik aufhören, vielleicht erst, wenn uns das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bewilligt wird? Dann könnt Ihr gleich sagen: Wir überstehen auf, wenn die rote Fahne über dem Schloß von Berlin weht. Mit einem Dieb gibt uns der preussische Staat nicht das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig.) Wegen einer Teilreform, von der wir gar nicht wissen, wie sie ausfällt, möchte ich es aber auf eine so schwere Sache nicht ankommen lassen. Ich verleihe und empfinde selbst die Empörung der Genossen über den Wahlrechtsfall und würde gern die Hand zu irgend einer Aktion bieten, die dem Willen der Arbeiterklasse für eine Wahlreform in entscheidender Weise als bisher Ausdruck gibt. Die Wege würden sich vielleicht finden lassen, aber die heute gestellten Anträge sind geeignet, bei einem Teil der Arbeiter falsche Auffassungen und Illusionen zu erwecken, die uns den heute zu führenden Kampf erschweren. Und selbst die Tradition großer Revolutionen, aber die deutsche Sozialdemokratie war die erste, die der internationalen Arbeiterbewegung durch die Ausnutzung des Wahlrechts den Kampf im Parlament geleitet hat. Wir haben auf der verschiedensten Gebieten Organisationen aufgebaut und vervollkommen, die in langjähriger Arbeit unsere Bewegung zu einem Staat im Staat gemacht haben. (Sehr richtig.) Der unlexen Siegern viel unangenehmer ist, als wenn wir es auf ein Spiel ankommen lassen. Für ein Spiel ist aber alles das, was wir aufgeben haben, zu wertvoll. Denn an das Wort Auer's in schwerer Situation: „Weiden wir uns selbst treu!“ Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir haben Großes geschaffen. Daraus wir daran fest, bauen wir darauf weiter und lassen wir uns nicht in einer Situation, wie der gegenwärtigen, in eine Bewegung hineindrängen, die, wenn sie einen Sinn haben soll, uns davon abhängig, unteren Heinden zur Freude, zum Schaden des Ganzen. (Beifall.)

Glauz-Berlin II:

Ich will mich nur mit den Ausführungen Scheidemanns über den Massenstreik beschäftigen. Es ist richtig, daß die Scheidemann überzustimmend mit Bernstein ausführte, der Massenstreik eine sehr starke, aber auch sehr zweischneidige Waffe ist. Es ist auch richtig, daß das Proletariat im gegebenen Augenblick noch nicht reif ist für den Massenstreik. Falls aber ist, wenn sich Scheidemann dagegen wendet, legt wieder die Massenstreikfrage auf dem

Parteilag zu erklären. Die Vorbereitung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Der Arbeiter muß seine Waffen kennen, wenn er sie gebrauchen will. Es ist auch falsch, daß die Akademiker oder Theoretiker die Schuld an der Propaganda des Klassenkampfes tragen. Das kann ich bezweifeln, der ich aus der Welt ist. Die Genossen in den Werkstätten sagen überall: Was nützen die Resolutionen und Beschlüsse! Unabweislich empfinden die Arbeiter die Notwendigkeit der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiter. (Sehr richtig!) Wenn ein großer Teil keinen Abfluß hat, hängt er an zu gehen und zu drohen. Ich meinerseits betrachte die Arbeiter nicht als Fremde, aber in den Werkstätten und Fabriken steht es, unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen nicht zu sehr genähert. Sie versuchen zu bremsen. (Unruhe und Widerspruch.) Bebel hat an dieser Stelle 1906 gesagt, daß es nichts Schlimmeres gäbe, als eine Stagnation und so viel Rücksichtnahme auf die Gegner, aber nicht das sage Umstürzen. Das verstehen die Arbeiter, aber nicht das sage Umstürzen. Allerdings sind die Arbeiter liberale, daß es noch ganz anderer und lehrreicher Organisation bedarf, um die Masse des Klassenkampfes und vielleicht noch andere Mittel zur Anwendung zu bringen. Wir müssen den Massen sagen, daß wir sie zu dem großen Freiheitskampf organisieren. Der 16. März 1910, als Tagow durch die huge Taktik des Berliner Zentralvorstandes vor aller Welt blamiert wurde, war ein Tag der Warnung für uns. Da hätten sie einmal sehen sollen, wie die Welt herumgejagt wurde, wie hoch und lustig die Stimmung der Massen war. Ich begrüße es, daß die Frage des Klassenkampfes jetzt ausgiebig diskutiert wird. (Beifall.)

Hesse-Darmstadt:

Unter den gegenwärtigen Umständen konnten die Hoffnungen nicht erfüllt werden, die an die große Zahl der Reichstagsabgeordneten und Stimmen geknüpft wurden, da unsere Partei immer noch die Minderheit im Reichstag und im Volk bildet. Wegen dieser gestiegenen Erwartungen wurde die Frage des Klassen- oder Generalstreiks nicht von den Massen der Parteigenossen, sondern von einigen Literaten und Akademikern (Kamen) die nicht viel mehr zu tun haben (große Unruhe) in die Debatte geworfen. Genosse Fannemel irrt sich, wenn er glaubt, daß die Arbeiter leichter politische als wirtschaftliche Forderungen stellen werden. Es wird vielleicht einmal gelingen, die Massen in einen Streik hinein zu bekommen, wiederholt einmal, aber beim ersten Mal werden sie keinen Fuß unter dem Stein hervorholen. Man wird gefast, man sollte den Klassenstreik heute noch nicht anwenden, man sollte ihn aber diskutieren, um die Massen vorzubereiten. Ich bedauere die ganze Sozialdemokratie und die ganze Gewerkschaftsbewegung, wenn wir eine Unterbrechung jahrelang herbei diskutieren müssen. Ich habe mitten in der Nacht und verurteile es entschieden, wenn einzelne Personen eine Diskussion wollen, die im Dienst der Partei und Gewerkschaften arbeiten, und den Massen zu schaden tun. Dadurch untergräbt man ganz Schaden der Partei das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Welsa Luxemburg:

Als ich gestern die große Rede des Genossen Scheidemann hörte, da beschlich mich ein wunderbarer Gedanke an unsere Revolutionäre. Ich am Sonntag und an die dort gehaltenen Reden, die ich in unserer Partei auszusprechen habe. Da sind die Vertreter unserer Gewerkschaften aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns eine nach dem anderen erklärt: Was uns als wichtigste in dieser Tagung erregt, ist die Debatte über den Klassenstreik; für uns alle in Holland, Belgien, der Schweiz und anderen Ländern war diese Frage schon brennend. Aber wir sind eingedenk dessen — obwohl ich und die Massenstreikfrage schon rassistisch geworden ist — daß dort, wo es gilt, eine Weltanschauung, eine theoretische Behandlung dieser Frage zu erreichen, da muß man zur deutschen Sozialdemokratie gehen, die die Vorhut der internationalen ist. — Dann kam die Rede Scheidemanns über den Klassenstreik. Ich bejahte, wenn unsere ausländischen Genossen von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, nicht einseitige jüdische Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hinsetzen, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Klassenstreik die besten in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarten, seine Richtlinien in Bezug auf die nächste Zukunft über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Hölle gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in Bezug auf das Problem des Klassenstreiks war alles andere, als eine ernste sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, orientiert auf den Ton des russischen Kommandos Wagner: Seht, wie herrlich wir es in allen Beziehungen gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Bürger, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hört, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei beizufügen, er findet alles im höchsten Grade. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Arbeit, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Massenpartei, einer Massenpartei wie die unsere sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. (Sehr richtig!) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. (Sehr richtig!) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Verdienste von den Parteiveranstaltungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner der Masse hier herüberstreuen und behaupten, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Aufbruch in Parteileben suchen, daß sie einen frischen starken Ton in unseren Kampf hineingetragen haben wollen, daß sie es satt haben, den Massen als Parlamentarismus als das alleinige Mittel immer vorzubringen zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von allem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können ja nur Schwarzgelehrer erfinden, und Schwarzgelehrer duldet der Parteivorstand nicht in der Partei. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße vorwärtsdrückt, daß wir einen teilweisen Stillstand und Rückgang der Abonnentenzahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preussischen Wahlrechts und des schmachvollen Ausfalls der letzten preussischen Landtagswahlen erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigem Maße sich aufbauen und zum Kampf herausrücken. Und Scheidemann sagte: Man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst festgestellt, daß ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage. Auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und demütigste Erklärung: Zustand der Organisationen und der Presse? Oh, die Kritik ist es, die Schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Kritik wieder die Massen erschüttert, die wir in der Zeit der Propaganda mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preussische Wahlrechtskampf ist nicht aufgetaucht, wie Scheidemann es für selbstverständlich hielt, nach dem schmachvollen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß darüber. Es würde näher liegen, zu fragen, so denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerbittlichste Zustimmung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Er-

klärungsgründe: erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens: nachdem die Reichstagsabgeordneten schon festgestellt, da mußten sich die Massen sagen, so hat Scheidemann wirklich gesagt, nun war das schlimmste überwunden! Ich möchte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zutrifft, wenn die Massen sich sagen konnten, daß nach der Annahme von Reichstagsabgeordneten das schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Anreiz gegeben für die Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgestellt. (Sehr richtig!) Wenn das zutrifft, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet, zu alarmieren, die ganzen Massen mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir Verhöhnungsgründe auf allen Gebieten.

Somit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu ansetzen, Führer einer Massenpartei zum ersten Mal denken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien — eine neue Konstellation — gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wahl- und Landtagsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen in unseren Reihen wachgerufen haben, nicht etwa unserem Kampfe angeschlossen, sondern sie haben sich zu dem famosen schwarzblauen Block zusammengeschlossen. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Einige Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen. Da weiß man hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel der „Reichlichen Zeitung“ über die preussische Wahlreform gesagt hat: „Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform“ — das schreibt ein feinsinniges Blatt — liegt jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollten die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen.“ Und was ist für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abstimmungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Konstellation? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Forderung mit den Sozialisten bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, sich noch mehr in der Verbindung zu verankern, erproben will, um mit dem Zentrum eine Allianz gegen uns einzugehen. (Sehr richtig!) Was ist das andere, Genosse Scheidemann, als der schmachvolle Zusammenbruch unserer ganzen Kampfkraft seit dem letzten Reichstagswahltag. (Zuruf vom Parteivorstand: Ach Mann!) Parteigenossen, wenn unsere oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann sieht es traurig um die Sicherheit in der Vorbereitung der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll. — Dazu kommen ja noch höchst unerwartete wirtschaftliche Momente. Wir sehen am Anfang einer Krise, die Arbeiterklasse wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker und zu sagen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unermüdliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Wache regt, durch diese Situation auszuweichen lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielstrebige, starke, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen halten (Sehr richtig!), die durch die Krise getroffen werden. Anstatt alles dessen stellt es Genosse Scheidemann für die dringende Aufgabe auf diesem Parteitag, den Kampf gegen die Arbeiter in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich förmlich die Unzufriedenheit sähen und an die Hand legen, zu führen. Die Unzufriedenheit gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann maßlos vergrößert. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die vorgeschriebenen Kritiker und Ankläger gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Hitler St. Georg den Tränen freudig zu erliegen, den er selbst erst aufgedrückt hatte. (Große Heiterkeit.) Das, was Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Unzufriedenheit der Reichlichen des Klassenstreiks sich gewandt hat, war ein Herabwürdigen der kritischen Ansichten, die wir vertreten. (Sehr richtig!) Speziell was meine Meinung anbelangt, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung dieselbe mich zu treffen wählte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geiß, den Du begriffst. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterstellungen in unserer jüngsten Politik hinweisen, wenn wir betonen, daß z. B. eine Partei von unserer Größe und unserer politischen, revolutionären Stellung bei solchen ereignisreichen Vorfällen wie das Kaiser-Regierungsjubiläum, wie den Jahresfesten in Deutschland nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgend einen Protest und eine Aktion und Reden rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, Ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, Ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden, und man hat förmlich eine rote Wutstille auf den Straßen Berlins entstehen, bei der Niemand Anrede, gegen den Parteivorstand eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in Berlin selbst und in Deutschland vor drei Jahren gewaltige Straßen Demonstrationen erlebt hätten, bei denen nicht Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen sind, als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten vorher so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Klassenstreik sogar hätten entstehen sehen! Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigungen dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts“, so steht es förmlich um Ihre Ohren.

Ein zweites Beispiel: Wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventuellen Anwendung des Klassenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Volkswertes geleistet haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben stehen, die Organisation der Partei unorganisierte Massen mitzurechnen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verfehlt und falsch ist, das Mitgliedsbuchlein als die ausreichende Legitimation für einen Klassenkampf, für eine revolutionäre Agitation des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angehen sein, um die nötige Vorbereitung und Opferbereitschaft in den großen Volkswerten auch außerhalb der Organisierten zu werden, dann nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schaar der Unorganisierten mitziehen und für die Organisation gewinnen. Dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: Das heißt ja, die Organisation herunterzuziehen. (Sehr richtig!) Das heißt ja, die Disziplinlosigkeit, das heißt das Nichtwachen gegen die Funktionäre hervorzuheben. Genosse Scheidemann hat in seinen Reden gegen uns ein paranoisches von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Stumpfheit gesprochen. (Sehr wahr!) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir, zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Bekämpfung der Ansichten des Gegners haarsträubend an Demagogie grenzt. (Scheidemann: Und das sagen Sie!)

Ein drittes Beispiel für die völlige Verdrängung unserer obersten Führer gegenüber dem, was wir wirklich erleben und fordern. Man sagt uns: wenn Ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Klassenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt

Ihr uns ja nur, zu sagen, daß wir heute noch nicht imstande dazu sind, so zwingt Ihr uns, die Schwäche unserer Position vor den Gegnern preiszugeben (Sehr wahr), und wie verfehlt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: ich habe ein mächtiges Schwert gegen Euch in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Er, Parteigenosse, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größten Volksempörungen der Weltgeschichte meistern kann; redet ja nicht so laut, ich bitte Euch, daß wir noch eine gewaltige Schaar Unorganisierten haben, sonst könnten es unsere Gegner erkalten, redet ja nicht so laut, daß wir gelbe Gewerkschaften haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Unruhe.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner (Sehr richtig!), und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkte des Klassenkampfes gesprochen und erörtert werden muß, im geschlossenen Kreise unter Anständen geheim behandeln soll. Man wirkt und vor allem in der „Neuen Zeit“ wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja beinahe Pathetiker (Sehr richtig!), wir seien Verführer. Das sagen Leute, die die typische Verdrängungstaktik auf den modernen Klassenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausdruck des Klassenstreiks muß eine Überforderung sein, er muß im geheimen im geschlossenen Kreise von einer Handvoll Anhängern ausgeübt werden. (Unruhe.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1906 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden. Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Klassenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen Bebel. Er sagte: „Hier ist nun der Vorstoß des politischen Klassenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns, den politischen Klassenstreik macht man, aber man spricht nicht davon.“ Und darauf antwortet Bebel: „Es ist eine Torheit, zu glauben, eine solche Diskussion dadurch befähigen zu können, daß man so tut, als wäre man es nicht. Das ist Sozialdemokratie. Wenn diese Frage uns an allen Ecken und Enden entgegensteht, muß gleichwohl es nun in richtiger oder verkehrter Weise gelöst, sich jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Klassenstreik einmal diskutiert.“ (Sehr richtig!) Lediglich Zustimmung“ heißt es im Protokoll. (Scheidemann: Das ist auch damals geschehen.) Wenn große Massen in Frage kommen, kann man die Maßregeln, bei denen die Masse eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen nicht unbesprochen lassen. (Sehr richtig!) Wollen die Massen mit Unterstützung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangen sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu erkennen. (Sehr richtig!) Das ist ihr gutes Recht. Außerdem folgen aufgeführte Massen nicht ohne einen gewissen Befehl. Das wäre eine erzwungene Partei, die sich durch den Staatskonflikt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließ, ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen.“ Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig“, (Unruhe.)

Obert: Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitag eine solche Unterbrechung gemacht wird. (Zuruf: Es kommt auf eine Handvoll nicht an! — Welsa Luxemburg: Das war gar keine Unterbrechung.) Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig“ ruft, der tut das aus voller Überzeugung. (Sehr große Zustimmung.)

Welsa Luxemburg (fortsetzend):

Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschätzen. Sie vergessen bloß, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1906. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem man einmal auf einem Parteitag prinzipiell den Klassenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußens schon erledigt. Ja, wie sollen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig“, wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Klassenstreik zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1906 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? (Sehr richtig!) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? (Sehr richtig!) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Massen durchzusetzen, durchzusetzen, verhandeln und abgelehrt werden müssen. Also wenn Sie „Sehr richtig“ rufen zu dem, was Bebel 1906 gesagt hat, dann ist es eine Anwesenheit und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Klassenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta causa finita! Rom hat gesprochen, ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Klassenstreik in Deutschland, wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Klassenstreik kann nicht, ohne es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen befehlet werden. (Sehr richtig!) Er kann aber ebenfalls nicht von den Führern abkommandiert werden, wenn er erfolgreich sein soll. (Sehr richtig!) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erledigt, denn wir wollen, daß der Klassenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an politischen Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüttelung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen, und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt. Das heißt, daß wir uns auf diese historischen Ereignisse demütig vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen gesteuert zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in starker Offenheit die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehoberer Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Kurza zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. (Sehr richtig!) Und was wir wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Hebergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir schärfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)

Genoss Bauer-Berlin:

Ich glaube, die Rede des Genossen Luxemburg hat den besten Beweis dafür erbracht, wie unnötig es war, die Redegelt zur Begründung der Resolution 100 auf eine halbe Stunde zu verlängern. (Sehr richtig!) Ich habe vergeblich gemartet, ob sie auch nur einen Satz zur Begründung bringen würde. Sie ist darauf gar nicht einzugetreten, sondern hat sich weitschweifig mit dem Parteivorstand über die Taktik der Partei auseinandergesetzt. Das ist doch aber nur eine Nebenfrage. Wir wollen uns heute doch darüber unterhalten, unter welchen Voraussetzungen der Klassenstreik durchgeführt werden kann. Genoss Luxemburg ist es ja, die mit großer Empfindung davon spricht, daß wir eine tiefe Analyse dieses Problems vornehmen müssen. Wo ist denn in ihren Ausführungen die tiefe Analyse jetzt geblieben? (Sehr gut!) Ich habe begierig darauf gewartet, endlich auf diesem berufenen Runde beiseite zu werden, wie der Klassenstreik analysiert und durchgeführt werden soll, das ist aber ein Geheimnis, das diese guten Genossen und Genossen nicht von sich geben. (Sehr richtig!) Sie behalten das in ihrem Organ und jeder denkt sich die Analyse und Durchführung auf eine andere Art. So viele Medien wir darüber gehört haben, so viele verschiedene Ansichten über die Art und Möglichkeit der Durchführung sind schon laut geworden. Da wäre es allerdings sehr verständig gewesen, wenn ein Genoss Luxemburg eine authentische Interpretation gegeben hätte. Es ist dazu nicht gekommen, und wir müssen uns damit abfinden. Es ist dazu nicht gekommen, und wir müssen uns damit abfinden.

Es wird fortgesetzt betont, und auch Genossin Luxemburg hat es wieder betont, daß gegenüber den Versumpfungstendenzen in der Partei und in den Gewerkschaften eine eingehende Diskussion des Massenstreikproblems notwendig sei. Ich möchte die Frage aufwerfen: Was kommt denn nur heraus bei dieser Diskussion, was haben wir bisher an positiven Ergebnissen zu verzeichnen? Eine große Menge von Redereien, allgemeine Behauptungen und Gemeinplätze, revolutionäre Phrasen, an denen einige Genossen sich gern herausheben, aber sonst nicht. (Sehr richtig!) Der Massenstreik wird durch diese Diskussion, das unterrichte ich besonders, lediglich diskreditiert. (Sehr wahr!) Wenn wir einmal die Waffe des Massenstreiks brauchen und unsere Massen soweit sind, dann garantiere ich Ihnen, geht der Streik auch ohne diese lange Diskussion voran. Die jetzt geübte Art von Strategie widerspricht der gewerkschaftlichen Taktik und Erziehung auf das Allerschlimmste. Ich glaube, die Gewerkschaftsführer haben auch ein klein wenig Verständnis von Streik und Massenkampfen. Dort, wo man den Streik nicht vor, indem man auf den Markt tritt und fortgesetzt streikt, demnach werden wir etwas machen! Man arbeitet in den Gewerkschaften vielmehr in aller Stille, und wenn die Zeit gekommen ist und die Massen geschossen sind, dann geht man ganz leise auf den unvorbereiteten Gegner, sonst reizt der Gegner allmählich die Angst, und er sagt sich, die drücken zwar viel, aber es steht nichts dahinter. (Sehr gute Zustimmung.)

Die Gewerkschaften wissen aus der Diskussion vor und auf dem Parteitag, daß einseitig ein Massenstreik in Deutschland nicht zu denken ist. Das ist das ganze Ergebnis. Deshalb glaube ich mit Recht sagen zu können, der Massenstreik wird durch diese Diskussion nur diskreditiert.

Es ist hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften sich charakteristisch ausweisen in dieser Diskussion bisher gar nicht beteiligt haben. Die ganze Frage ist ja auch keine Gewerkschaftsfrage. Auch ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, sondern ich sage meine Meinung als Parteimitglied. Die Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, sich mit dieser Diskussion zu beschäftigen. (Hört! hört!) Wenn einige Genossen die ewig unzufrieden sind mit der Entwicklung der Partei und der Tätigkeit der leitenden Instanzen, wenn es denen gefällt, irgendein neues Mittel zu entdecken, mit dem endlich die Taktik in wirklich revolutionäre Bahnen geführt werden soll, dann soll natürlich sofort alles hinterher sein und sich an der Diskussion beteiligen. Genossin Luxemburg war ja sehr enttäuscht darüber, daß in ihrer Versammlung in Berlin IV keine anderen Gegner antraten als schlichte Arbeiter. Wenn die Genossin sich einbildet, daß die Gewerkschaftsführer in die Luxemburg-Versammlung gehen und dort mit ihr über ihre Theorien streiten, dann kann sie lange warten. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: „L. S.“ — heißt (schweigen!) — (Hört! hört!) Solche Debatten jenseits zu treiben, bedeutet eine Herabwürdigung, sondern eine Schädigung der Organisation, und dazu haben natürlich die verantwortlichen Leiter der Organisation nicht die geringste Veranlassung. Ich glaube, daß die Gewerkschaften dabei getrappt werden von dem Gefühl der Zurücksetzung. Wenn sie sich ihrer Macht bewußt sind und die Verantwortung kennen, deshalb machen sie derartige allgemeine Redereien nicht mit, bei denen nichts Positives herauskommen kann. Genossin Luxemburg gibt ja selbst an, daß die Möglichkeit, den Massenstreik zu machen, jetzt nicht vorliegt. Wenn wir zur Frage des Massenstreiks Stellung nehmen, so fragt es sich, ob denn für absehbare Zeit das Objekt des Kampfes weit ist die Opfer, auf die wir mit Bestimmtheit dabei rechnen müssen. Es soll der Kampf geführt werden, wie jetzt allgemein betont wird, zur Erringung des preussischen Wahlrechts. Das preussische Wahlrecht ist zweifellos eine außerordentlich wichtige politische Frage, aber ist sie denn jetzt wirklich so dringend geworden, daß es zu einem Stillstand der Bewegung kommen würde, wenn es uns nicht gelingt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen? Ich sage nein. Und da halte ich auch ein wenig fest an der Erziehung, die wir erhalten haben, als wir als junge Leute in die Partei traten. (Sehr richtig!) Damals war es ja ein Verbrechen, wenn wir nur für die Beteiligung an den Landtagswahlen eintraten. Viele der Genossen und Genossinnen, die damals diejenigen als Vertreter der Brandmarken, die für eine Landtagswahlbeteiligung eintraten, die sind es, die jetzt nicht Wahlrecht für dieselben Landtagswahlen fordern. (Sehr gut!) Das zeigt, wie wenig gefestigt die Ansichten dieser Kreise sind.

Ich gehe den Mittelweg. Ich sage, das Wahlrecht ist zwar außerordentlich wichtig, aber bei uns in Deutschland ist es keine Frage, die zu einer Lebensfrage des Proletariats in der Gegenwart geworden ist. Wir haben durchaus die Möglichkeit, uns organisatorisch zu stärken, unsere wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen. Das Reichstagswahlrecht bietet auch ein ausreichendes Mittel und ermöglicht dem Proletariat seine Schritte zu wagen und politisch zu betätigen. Wir haben in einer ganzen Reihe von Einzellandtagen doch ein einigermaßen freies Wahlrecht, und da liegt kein Grund vor, alles auf eine Karte zu setzen, geradezu va banque zu spielen, um mit dem Massenstreik das freie Wahlrecht für Preußen zu erkämpfen. Wenn wir die bisherigen Taktik weiter folgen, am Ausbau der Organisation arbeiten, Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Erfüllung unserer Wünsche einfach unausweichlich ist. Darin werden wir wohl alle übereinstimmen mit Ausnahme derjenigen, die gern schöne revolutionäre Reden halten. Arbeiten wir doch zunächst erst an der Stärkung unserer Vertretung in den Landtagen, die ein freies Wahlrecht haben, sorgen wir dafür, daß eine viel härtere Vertretung der Partei in den Reichstagen einzieht. Dann erst werden andere politische Forderungen geschaffen sein, dann erst wird man zu der Frage Stellung nehmen können, ob man bei der offensivsten Wählstellung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet nicht irgend welche Schritte unternehmen kann, um den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen. (Sehr wahr!) Der Einfluss der organisierten Arbeiterklasse wächst von Tag zu Tag. Wir haben gar keinen Grund davor zu fürchten, daß die Partei vorwärts zu gehen verweigert. Sie steht alles auf einer anderen Welle an, aber diese Welle geht nicht auf deutsche Verhältnisse. Wir können zufrieden sein mit der Entwicklung. Die Organisationen haben eine ständige Entwicklung genommen, und wie die Lage der deutschen Arbeiterklasse ohne Vorzweigungen betrachtet, wird gegeben müssen, daß wir überall gute Fortschritte gemacht haben, daß die deutsche Arbeiterklasse heute einen großen wirtschaftlichen Einfluss ausübt durch ihre Gewerkschaften und sich eine Erhöhung der Lebenshaltung erkämpft hat, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Das zeigt den politischen Einfluss der Arbeiterklasse dank der organisatorischen Tätigkeit ständig im Wachstum begriffen ist, kann niemand mehr bestreiten. Um so weniger brauchen wir uns in Klagen zu ergehen, wenn einmal in der Organisation ein Rückschlag eintritt. Rosa Luxemburg sagt, wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß die Kräfte fortgesetzt unsere Organisation schwächen. Sie hätte uns lieber sagen sollen, was wir zu tun haben, um diese Schwächung unserer Organisation durch die Kräfte zu verhindern. (Sehr gut!) Solange wir aber in der kapitalistischen Gesellschaft leben, wird es immer unausweichlich sein, daß durch die Kräfte auch die Organisationen der Arbeiterklasse geschwächt werden. Wenn Rosa Luxemburg etwas besser in unsere Gewerkschaftsverhältnisse hineinschauen könnte, dann würde sie wissen, daß gerade die festgelegten zentralistischen Gewerkschaften die Kräfte von 1907 bis 1909 verhältnismäßig günstig überstanden haben, und daß kaum eine Erschütterung eingetreten ist. (Sehr richtig!) Das war nur möglich durch gute organisatorische Arbeit und vor allem durch die Unterstützungseinrichtungen in den Organisationen. Dadurch, daß man die Massen mit schönen Worten begeistern, bekommt man allerdings Weisheit in den Versammlungen, aber wenn am nächsten Tage das ganze Blend wieder

vor die Massen tritt, dann laufen sie auseinander. Das wichtigste ist, daß ihnen materielle Hilfe zuteil wird. (Sehr richtig!) Da steht in erster Linie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Das ist eine viel dringendere Aufgabe, als alle Diskussionen über Massenstreik. (Sehr gute Zustimmung.)

Wenn wir die Möglichkeit des Massenstreiks und seine Wirkungen untersuchen wollen, dann müssen wir die Erfahrungen aus denjenigen Ländern betrachten, in denen der Massenstreik bereits zur Tatsache geworden ist. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Der erste Massenstreik von größerer Bedeutung wurde in Holland geführt. In der Frankfurter „Kollisionsfrage“ haben sich eine Reihe von Kennern über seine Wirkung ausgesprochen und Anker mit Amsterdam erklärt ausdrücklich, daß der Streik keine andere Wirkung gehabt hat, als eine verärfelte Pege gegen die Arbeiter herbeizuführen. Der Streik wurde geführt zur Abwehr der Verschlechterung des Koalitionsrechts der Eisenbahner und Staatsarbeiter, und die Folge war, daß 1906 in die Gewerbeordnung außerordentlich reaktionäre Bestimmungen gegen die Arbeiter aufgenommen wurden, u. a. auch ein Verbot des Streikpostens. (Hört! hört!) Eine weitere große Massenbewegung hatten wir in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften, die durch das Unternehmertum in den Kampf hineingezogen wurden, verfaßten damals über ausgezeichnete agitatorische Einrichtungen. Es war ein heroischer Kampf, der dort geführt wurde, der aber nur geführt werden konnte, weil diesem kleinen Land die Solidarität des Auslandes zur Seite stand, vor allem die Solidarität Deutschlands. Ohne die Millionen ausländischer Unterstützung wäre der Streik längst zusammengebrochen und geradezu zu einem Debakel für die schwedischen Arbeiter geworden. Wie wird es uns aber in Deutschland in gleicher Situation gehen, wenn wir haben wir Unterstützung zu erwarten? Deutschland ist das Land, das in der gewerkschaftlichen Internationale am praktischsten Solidarität auf der Spitze steht. Außer von Österreich und Skandinavien hätten wir in einem solchen Kampf keine weitere Unterstützung zu erwarten, als die berühmte Depeche aus Frankreich, die alle Sympathien ausdrückt und dann noch 20 Frank heißt. (Hört! hört!) In Schweden war die Folge des Massenstreiks die Desimierung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Auf Jahre hinaus ist dadurch jede größere gewerkschaftliche Aktion unmöglich gemacht und die besten Kräfte der schwedischen Arbeiter sind zur Auswanderung gezwungen worden. Wenn wir diese Verhältnisse aus der Lehre ziehen können, dann werden wir nur mit aller Vorsicht daran gehen können, ein solches Kampfmittel in ernsthafter Erwägung zu ziehen. In Belgien ist der Generalstreik verhältnismäßig günstig verlaufen. Er ist auch keineswegs über die Köpfe der Führer beschritten, sondern sorgfältig vorbereitet worden. Er war eine wohlüberlegte Bewegung, die dem belgischen Proletariat nur zur Ehre gereichte. Die Genossen, die im Vordertreffen der Partei in Belgien stehen, bezeichnen den Erfolg im allgemeinen als günstig. Die Meinungen darüber gehen aber auseinander. Wir haben von einem Dutzend der hervorragendsten belgischen Gewerkschaftsführer Informationen eingeholt, und die urteilen ganz anders als die Parteiführer. Sämtlicher vom Deutschen Rohrarbeiterverband, der in Belgien selbst den Streik beobachtet hat, kommt zu einem noch unangünstigeren Urteil als die belgischen Gewerkschaftsführer. Diese Gewerkschaftsführer erklären ohne Ausnahme, daß die Zahl der Mitglieder nach jetzt eine so große ist, daß der Jura der gewerkschaftlichen Organisation auf lange Zeit hinaus lediglich die Unterjüngung der Gewerkschaften sein kann und daß durch den Massenstreik die Gewerkschaften ein Rückschlag auf viele Jahre hinaus eingetreten ist. (Hört! hört!) Zu beweisen ist, daß der Erfolg eines Massenstreiks in Deutschland irgendwie in Einklang zu bringen ist mit den Risiken, die er fordern würde. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen nicht dafür, daß wir in Deutschland ohne weiteres dieses Experiment nachmachen können. Rosa Luxemburg und andere Genossen verweisen gern mit dem Hinweis auf Russland. Ja, wenn wir russische Zustände, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten, dann würde es wohl seinen unter uns geben, der einen Massenstreik vermeiden wollte, auch wenn er nur einen Schein von Erfolg versprechen würde. Aber in Deutschland liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wir haben ungeheuer viel zu verlieren, eine Arbeit von Jahrzehnten, in der eine Menge von Werten steht. (Sehr richtig!) So wäre es geradezu verbrochen, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineinredet, die den Verhältnissen nicht angepaßt ist, wenn man Wünsche erweckt, die gegenwärtig nicht erfüllbar sind. Die fortgesetzte Organisationsverdrängung, die aus den Reihen der Genossin Luxemburg herauszuheben ist, schädigt unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert. (Sehr richtig!) Da wird gesagt: wenn ihr etwas erreichen wollt, dann laßt diese Kräfte nicht weiter wirken, dann überrennt ihr einfach, der Massenwille muß zur Herrschaft kommen! Der kommt immer zur Herrschaft, nur in organisierter demokratischer Form, nicht durch wilde Geschichten und dadurch, daß man die Empörung eines kleinen Häufchens als berechtigt anerkennt. Rein innerhalb der Grenzen der Organisation wird das erledigt. (Hört! Wer will etwas anderes?) Sie, der Sie die Revolution unterschrieben haben. (Hört! wieder!) Wenn Sie nichts anderes wollen, dann nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes mit Dank an, dort ist alles gesagt, was zu sagen ist. (Sehr richtig!) Ihre Resolution bringt nichts anderes zum Ausdruck als die Resolution des Parteivorstandes. Sie unterschreibt sich nur durch eine harte revolutionäre Phrasologie. (Sehr richtig!) Das ist alles. Der Schlußsatz ist interessant. Er stimmt mit einer Resolution überein, die die Genossin Luxemburg in einer Generalversammlung des Streiks niederzulegen vorgelagert und zur Annahme gebracht hat. Dort steht aber noch ein anderer revolutionärer Satz, der hier vorgegeben ist. In diesem Satze wird nämlich eine Kampfstreik gefordert, die vor seiner Konjunktur zurückweicht. (Hört! hört!), das ist ja erschrecklich, diese Konsequenzen, die die Genossin Luxemburg hier vordringen wird. Was ist das anders als eine Wortspielerei? (Sehr richtig!) Damit machen wir keinen Eindruck. Unsere Arbeiter sind in ihrer Weisheit viel zu vernünftig, um auf diese Phrasologie und dieses Phrasengeklapper Wert zu legen.

Genossin Luxemburg sagte, der Parteivorstand wisse nichts von der Unzufriedenheit, die in zahllosen Parteiverfassungen zum Ausdruck gekommen sei. Wenn Genossin Luxemburg nicht bloß die Berichte lesen, sondern häufig solche Versammlungen auch besuchen würde, dann müßte sie wissen, daß diese Resolution von Versammlungen oft in Orten, wo mehrere tausend Organisierte sind, nur von 100 Männern und Frauen besetzt werden, und daß dort einige Phrasen, die von der Partei nicht ernst genommen werden, einen großen Eindruck machen. (Sehr gute Zustimmung.) Da stellt sich der eine dann hin und verlangt, daß fünf Jahre keine Kinder gemacht werden sollen. (Große Heiterkeit.) So unangenehm diese Dinge sind, die sich in der Luxemburgischen revolutionären Phrasologie herausheben. Es sind nicht die Massen. Das ist die Massen in Deutschland diskreditiert sind, daß sie völliges Verständnis für einen organisierten Kampf haben, beweisen die Vorgänge beim Westarbeiterstreik. Das hat auch eine allgemeine Erregung bei einzelnen Parteigenossen betrogen, daß die Westarbeiter die Unterstützung der Organisation nicht fanden. Aber die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit 600 000 organisierten Arbeitern hat einstimmig die Maßnahmen des Vorbesandes gut geheißen. Damit sind Organisationsgrundsätze festgelegt, die längst in anderen Organisationen bekannt sind. Diese 40 000 Westarbeiter sind nach demokratischen Grundsätzen verpflichtet, ihre 600 000 Kollegen zu fragen, die die Organe für den Kampf aufzubringen haben. Die Gesamtfrage des Westes muß berücksichtigt werden. Solche wilden Schemata lehnen wir ab.

Genossin Luxemburg propagiert den Einheitsaktivismus, fortgesetzt diese Punkte, Aufregung, bald hier ein wilder Streik, bald dort. Diese Dinge sind in Deutschland unmöglich. Dafür haben die Gewerkschaften geforgt. Wohin hat die syndikalistische Taktik in

Italien geführt? Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind aufgelieben worden, die Arbeiter sind machtlos geworden und in Frankreich, wo man auch den Massenstreik propagiert, sind sie ganz ungeschädlich den Unternehmern gegenüber. Diese Punkte haben gar keinen praktischen Wert. Sie führen nur auf eine Verschärfung der Gesetzgebung gegen die Arbeiter herbei. Bleiben wir auf dem Boden, den wir bisher bearbeitet haben. Wir halten fest an dem methodischen Ausbau der Organisation. Wir lehnen diese revolutionäre Projektion ab. Lediglich die Disziplin und die Schulung der Massen in festgelegten Organisationen sind dazu führen, die Lage der Arbeiterklasse wirtschaftlich wie politisch zu verbessern. Von dieser alten Kampfmethodik abzuweichen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. (Sehr guter Beifall.)

Schred-Vielefeld:

Scheibemann hat sich nach seiner Erklärung, daß wir hier nicht Selbstverständlichkeiten auszusprechen haben, selbst nicht geäußert. Auf die Betonung einer Sache kommt es an. Das Aussprechen dessen, was wir im Augenblick nicht können, ist nicht falsch, und schwächt auch nicht unsere Position. Wir haben das immer getan, und das Eingeständnis der augenblicklichen Schwäche hat noch immer dazu gedient, energischer vorwärts zu dringen und so unsere gesteigerte Stärke und Größe mit herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Ankündigung von Mitteln, die das Proletariat nach Erreichung größerer Macht anzuwenden gedenkt, wirkt auch auf unsere Genossen erzieherisch. Da die gesamten Verhältnisse auf den politischen Massenstreik als ein Mittel zum Kampfmittel hinweisen, müssen wir auf seine Anwendung — ab zum Angriff oder zur Abwehr — die Massen vorbereiten. In Berücksichtigung unserer zunehmenden Einflüsse auf den Reichstag und die Reichspolitik kann der Zustand der erbärmlichen politischen Rechtslosigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in Preußen, unmöglich noch allzulange ertragen werden. Den Reichsherrn darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das Proletariat letzten Endes bereit ist, alles einzusetzen, um der schamvollen politischen Rechtslosigkeit in Preußen ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Weitaus die Herrschenden Preußen als das feste Bollwerk ihrer Macht, dann gilt es auch für uns, unsere Kräfte auf den entscheidenden Schlag hiergegen zu konzentrieren. Für den Sozialisten darf es ein Unmögliches nicht geben. (Sehr richtig!) Die Verabsicherung unserer bisherigen Tätigkeit und unserer Erfolge schädigt uns, bei aller Selbstkritik dürfen wir niemals unterlassen, auch unter Fortschritten zu betonen, denn das stärkt unsere Genossen bei der Erfüllung ihrer schweren Pflichten. Die deutsche Arbeiterklasse verdient die Befreiung ihrer Lebenshaltung, ihren ganzen Anstand ihrer Organisation. In dieser liegt auch die Gewähr für die Durchführung großer politischer Massenstreiks. Strategische Fragen haben wir heute nicht zu entscheiden, man sollte deshalb auch das fliegende Feuer nicht mit einer Handbewegung abtun. Von der Disziplin hängt die Form mit ab. Es gilt in erweiterter Maß zu rufen: mehr Zusammenschluß der Massen, strengere Selbsterziehung zur Tatkraft, Opferwilligkeit und Disziplin. Schluß! Dann ist das Proletariat kampfbereit und es wird seine Mission erfüllen. (Beifall.)

Wend-Deifan:

Es ist niemand unter uns, der nicht an die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines Massenstreiks in Zukunft glaubt. Etwas anderes aber ist es, ob wir selbst alles tun müssen, um einen solchen Massenstreik herbeizuführen, nicht etwa überhaupt in irgend welcher Zukunft, sondern jetzt. Ich sehe einen Massenstreik in Deutschland als eine Katastrophe an, aus der wir als Sieger hervorgehen, aber auch ganz außerordentlich geschädigt werden können. Ich erkläre in den Reihen der Massenstreikentscheidungen eine schädliche Angelegenheit und eine Herabwürdigung unserer Macht. Wir haben doch schon manche Verluste gehabt, die durchführbar wären, aber noch nicht durchgeführt sind, die viel weniger erfordern und doch an der Zubereitung der Massen scheitern. Der Schicksalslot ist heute schon vollkommen abgekauft, man kann nicht sagen, daß wir in dieser verhältnismäßig unbedeutenden Frage einen wirklichen Erfolg erzielt haben. Wären wir ein Massenstreik in möglichen Dingen! Wären wir mal einen Massenstreik gegen den Schnaps, aber nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat, machen wir einen Massenstreik gegen die Kirche, soweit wir innerlich mit der Kirche verfallen sind! (Sehr gut!) Vor allem muß unsere Taktik so sein, daß sie für die Partei, für die Gewerkschaften und für die Genossenschaften paßt. (Sehr richtig!) Und wie verhalten sich diese beiden Bewegungen zum Massenstreik? Die Gewerkschaften haben geschwiegen, und der Ausdruck von Bauer „Loh Schwagen“ deutet darauf hin, wie die Gewerkschaften urteilen. Die Genossenschaften gehen ihre eigenen Wege, die Genossenschaften würden auch einfach ausweichen, wenn wir mit ihnen zusammen den Massenstreik machen wollten, denn der Massenstreik wäre das sicherste Mittel, die Genossenschaften mit einem Schlag bankrott zu machen. Wer immer noch die geringfügige verächtliche Auffassung über die Konsumvereine hat, der schlägt der Wagburger Resolution ins Gesicht und erkennt nicht die gewaltige Macht gerade dieser Bewegung an. (Sehr richtig.) Das Schicksal an der ganzen Debatte ist, daß dadurch die Arbeit für die Gewerkschaften, für die Genossenschaften und auch die Keimarbeit für die Partei selbst auf das allerschwerste gehemmt wird. Ich begreife nicht, wie man in den Massen den Gedanken hervorheben kann, ein Tag muß es bringen. Wie wird es ein Tag bringen. In der Resolution Luxemburg und Genossen stehen nichts als harte Ausdrücke und Superlative. Große Energie, entschlossene Taktik, konsequente Taktik, Kampfesmut, Idealismus! Ja, was man uns das erst empfehlen? Liegt das nicht ganz von selbst in allen unseren Bewegungen? Sorgen wir dafür, daß hinter den Worten Taten stehen, wirtschaftliche Taten. Wir haben heute ein erhebliches Stück politischer Macht, aber dieser politischen Macht entspricht nicht ein gleiches Stück wirtschaftlicher Macht. Gegenüber dem Massenstreik, von dem wir hier reden, empfehle ich den Massenstreik der Konsumvereine. Erst dann wird der dauernde Erfolg sich an unsere Fahnen heften, wenn wir über eine entsprechende wirtschaftliche Macht verfügen. Ich wundere mich, daß man das unter Sozialdemokraten noch so hart betonen muß, wir haben doch immer gesagt, politische Macht ist eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen Macht. Wenn wir allmählich weiter gehen und wenn dann eines Tages dieser Weg organischer Entwicklung seitens der Gegner mit Gewalt gehemmt wird, dann wird der Massenstreik angebracht sein, dann wird es auch nicht an dem Motiv fehlen, dann werden wir in diesem Kampfe nicht allein stehen, und dann wird der Kampf siegreich sein. (Beifall.)

Wendrecht:

Im Jahre 1910 war die ganze Partei der Auffassung, daß die Frage der Erringung eines freien Wahlrechts für Preußen die dringendste zentrale politische Frage für Deutschland sei. Wer sich der Stimmung auf dem Parteitag erinnert, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit der preussische Wahlrechtskampf propagiert wurde, wer weiß wie sich damals die Sozialdemokratie im Sandumdrehen das Recht auf die Straße erobert hat, wer sich dessen entsinnt und nun heute hier hört, daß das Wahlrecht von Preußen einen allzu frühen Kampf eigentlich gar nicht lohnt; ja, Genossen, ich kann nicht so schnell umlernen, und ich weiß, daß draußen von den Genossen viele auch nicht so rasch umlernen können. (Sehr richtig!) Das ist der Grund, weshalb, nachdem die letzten Landtagswahlen alle Hoffnungen auf eine preussische Wahlrechtsreform vernichtet haben, der Ruf nach dem Massenstreik spontan aus dem Lande herausgekommen ist. Der mangelhafte Versuch mancher Versammlungen ist kein Beweis dafür, daß die Massen nicht vom Massenstreik wissen wollen. Wie kann man es so hinstellen, als ob diejenigen, die nach dem Massenstreik rufen, alles Phrasen wären. Nicht aus irgend einer Laune irgend eines Akademikers heraus, sondern aus der gesamten Situation heraus ist der Ruf nach dem Massenstreik ertönt. Allerdings

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Dr. David: Wie jede öffentliche Sparte, so können auch die Genossenschaften den Mitgliedern, wenn sie in Not sind, ihre Hilfe anbieten lassen. Für die ersten zwei Wochen im politischen Generalstreik dürfen die Partei- und Gewerkschaften gar nicht in Anspruch genommen werden. Wir wollen die politische Macht erobern und auf diesem Wege liegt auch die Erörterung des preussischen Wahlrechts. Wir lassen hier die Agrarfrage an. Wenn wir die Massen auf dem Lande für uns gewinnen, so bedeutet das die Erhebung der politischen Macht. Die Arbeit in derselben Richtung wie früher mit aller Macht fortzuführen, das ist unsere Pflicht und nicht die Einschlagung einer Kapitulation, die zu schweren Niederlagen führen muß. Deshalb verweigere ich durchaus nicht, auch ohne Massenstreik vorwärts im rechten Sinne zum Sieg! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Ordnungs-Vorlesung:

Fassen wir die bisherige Diskussion zusammen: Niemand hat gesagt „sofort“ und niemand hat gesagt „nie“. Alle zusammen, sowohl die Massenstreikpartisanen, wie die anderen, sind sich der ungeheuren Schwierigkeiten eines Massenstreiks in Deutschland wohl bewußt. Revolutionäre Propaganda wurde nicht in übertriebener Weise gebraucht und selbst dort, wo die Forderung ihre stärkste Formulierung fand, war man sich sehr wohl bewußt, daß in Deutschland ungeheure Arbeit durchzuführen ist, ehe wir einen Massenstreik mit Aussicht auf Erfolg beginnen können. Früher wurde ein Buch von Rudolf Hilferding mit Sympathie begrüßt, in dem erklärt wurde, in Deutschland könne der Massenstreik nur ein direkter und zwar der letzte entscheidende Zusammenstoß zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein. Heute sieht niemand mehr auf diesem Standpunkt, sonst wäre es ja ein Verbrechen, jetzt schon den Massenstreik als zu propagieren. Die Mahnungen Davids waren tief begründet, wenn auch seine Schlussfolgerungen zu weit nach rechts gehen. Wir alle tragen diese Mahnungen tief in uns. Der Massenstreik kann erst ein Mittel sein, um Reformen durchzuführen, dürfen wir uns aber, zu rasch vorwärts zu gehen. Wir gelten in den anderen Ländern für sehr glücklich, für einen gewaltigen Dynamismus, in dem der elektrische Strom immer in sich selbst herumfunkt, statt nach außen zu gehen. Wäre es so — nun, wir müssen dafür sorgen, daß dieser Strom der Energie nicht zu früh und nicht fast losgerissen wird, damit er nicht richtige Leistungen verbrannt und damit nicht die losbare Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften geschädigt wird. Der doch in Frankreich die Frage des Generalstreiks, die Spaltung zwischen Gewerkschaften und Partei mitterständlich. Jetzt ist diese ungelöste Spannung im Schwaben begriffen und zwar in dem Augenblick, in dem die sozialistischen Gewerkschaften von dem Repetier-Generalstreik abkommen. In Deutschland sind die politischen Verhältnisse unangünstig und auch der politische Charakter des einzelnen Arbeiters ist es, in dem Augenblick, in dem wir heute schon in die Aktion eintreten. In Deutschland ist uns nicht die Revolutionierung der einzelnen Arbeiter in dem Sinne genommen, daß sie in einem persönlichen politischen Selbstbewußtsein, das unbedingt die Basis abgeben muß zur wahren bürgerlichen und sozialistischen Demokratie. Für uns aber haben wir unsere Organisation und Disziplin. Der Massenstreik darf nicht die Revolutionierung der Masse herbeiführen wollen, während er nur das Resultat der erfolglosen Revolutionierung sein darf und sein kann. Darum heißt es, für diese schärfste Masse die nötigen Vorbereitungen zu schaffen. Jedem etwas mehr geschoben, das die Bahnhöfe der deutschen Massen befestigt. Es ist nicht die Behauptung des Parteivorstandes, der Führer, der Gewerkschaften. Mühselig die Massen wirklich den Generalstreik, dann würde kein Geringeres helfen. Beweis Belgien. Die Massen müssen reif gemacht werden, um in Preußen möglichst bald eine Umwälzung herbeizuführen durch die Verwirklichung der preussischen Wahlreform. Wir müssen uns hundertfach überlegen, ehe wir dieses Schwerkstein ziehen, aber wenn wir es ziehen, dann müssen wir zum sicheren Siege kommen. (Beifall.)

Schumann-Beitrag:

Manche Redner verkennen völlig die wirtschaftlichen Kräfte sowie das gesamte Kräfteverhältnis der sich in Preußen-Deutschland gegenüberstehenden Partein und manche Redner beweisen eine außerordentlich geringe Kenntnis der Schwierigkeiten, die sich unserer organisatorischen Arbeit entgegenstellen. Massenstreikdiskussion ist erst in die Massen hineingetragen worden. Von der allgemeinen Unzufriedenheit, die Frank Konstatiert hat, habe ich nichts verstanden, abgesehen von den Arbeitern in engster Fühlung stehen. Es sind nur die geschändeten Erscheinungen bei jeder Stelle hervorgerufen und vergrößert durch das Ausschreiben der erwarteten Wirkung unserer politischen Erfolge. Es war richtig, daß wir den Massen auseinanderzusetzen, daß wir trotz dieser Erfolge noch nicht fast genug sind, unseren Willen auf politischen und gewerkschaftlichen Gebieten durchzuführen. Die ganze Massenstreikdiskussion hat großes Ansehen in den Organisationen angenommen (Oertel hört!), weil den mitsprechenden Arbeitern, die wenig verdienen und zum Teil arbeitslos sind, die Luft an der einzig berechtigten und Erfolg versprechenden Organisationsarbeit zum großen Teil genommen worden ist. (Oertel hört!) Wenn wir die Leute in den Versammlungen zur intensiven Mitarbeit auffordern, um unseren Organisationen über die Krise ohne große Opfer und ohne Rücksicht hinwegzuhelfen, so muß die natürliche Folge von Ausführungen, wie die der Genossin Luxemburg (die nicht die organisierten, sondern die unorganisierten Massen und gegebenenfalls zum Siege führen würden) sein, daß unsere überlebenden Kräfte in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlahmen und daß diejenigen, die noch nicht tot sind und gehören, so, wenn die dies Hilfsmittel haben, dann ist ja die ungeheure Mitarbeit unendliche Energievergeudung. Die Leute sagen, daß dann die ganze Frage mit einem Schlage zu lösen sei und man sich mit der Aufklärung der Indifferenz über die Notwendigkeit der Organisation nicht aufhalten braucht. Daß Rosa Luxemburg in der Tat der Meinung ist, daß selbstgeleitete Organisationen nicht unbedingtes Erfordernis zur Erreichung von Erfolgen sind, beweist ihr Hinweis in der „Neuen Zeit“ darauf, daß der Metallarbeiterkampf in Opper von 20 000 Arbeitern geführt wurde, von denen 17 000 unorganisiert waren. Sie führt aus, daß der Kampf tadellos geführt wurde und nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch die Zahl der Organisierten verdoppelt habe. Obgleich sie selbst von einer Ausdehnung spricht, zeigt sie sich auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes so wenig erfahren, daß sie nicht weiß, daß die 17 000 unorganisierten Arbeiter von den Unternehmern durch die Ausdehnung in den Kampf hineingezogen worden sind. Solche Dummheiten der Unternehmern sind über vorgekommen und haben wieder Organisation genützt. Aber aber in den Arbeitern den Glauben erweckt, daß die selbstgeleiteten Organisationen im Kampf gegen das Unternehmertum nicht nötig seien, sündigt schwer an der Arbeiterbewegung. (Zuruf: Wer sagt denn das?) Diese Tendenz geht sich wie ein toter Haken durch die Ausführungen mancher Genossen und Genossinnen. Die Wirkung der bisherigen Massenstreikdiskussion ist eine äußerst unangenehme und es ist dringend zu wünschen,

wenn mit diesem Parteitag der Sache ein Ende gemacht wird und wir wieder zusammenfinden würden auf der bisherigen bewährten Grundlage der unermüdeten Organisations- und Agitationsarbeit. Nach den Ausführungen Schumanns könnte es so scheinen, als ob uns ein freies Wahlrecht in Preußen nicht den Kampf lohnte. Ich möchte diese Ansicht nicht aufkommen lassen, weil wir alle wissen, daß Preußen der Ort der Reaktion gegen freiheitliche Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in Deutschland ist. Wenn aber die preussische Wahlrechtsfrage auch eine wichtige Frage ist, so ist sie doch nicht eine Lebensfrage in dem Sinne, daß man jahrelange Erfolge auf das Spiel setzt und einen Kampf führt, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist. Wir sind im Moment nicht so stark, um den Kampf gegen die preussische Reaktion wagen zu können und deshalb bleibt uns nichts weiter übrig, als nach dem bisherigen Kampf dafür zu sorgen, daß anstatt 25 Proz. 30, 40, 50 Proz. und mehr der Arbeiter organisiert werden. Daß die Bilanz für einen zukünftigen Kampf mehr und mehr geschlossen wird. Wenn wir diese Arbeit leisten, dann haben wir, um mit David zu reden, die Munition geschaffen, die zu einem solchen Kampf notwendig ist, und dann haben wir den Erfolg vorbereitet. (Beifall.)

Rosa Zettin:

In den Jähren und Sündern, die Scheidemann gestern wegen unbedingter Kritik an den Schanplan angenommen hat, gebore auch ich. (Oertel hört!) Zwei Rednerungen, die er hielt hat, von der gewerkschaftlichen Erhaltungstrategie und von dem Organisationshochmut stammen von mir her. Ich halte sie in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind, durchaus aufrecht. Von der Erhaltungstrategie habe ich gesprochen in einem Artikel im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geschichtliche Entwicklung in Deutschland und allmählich zwingt, aus der Defensive, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, herauszutreten zu einer frohwilligen immer schärfer vorwärts dringenden Aggressivität auf der ganzen Linie nach dem allerbüchsten Grundgesetz: der Dieb ist die beste Verteidigung. Reines Erachtens gingt uns die im Zeichen des Imperialismus stehende wirtschaftliche und politische Situation dazu, zu einer solchen scharfen Aggressivität überzugehen, nicht nur um den Gegnern gegenüber gewachsen zu sein, sondern auch um in immer größerer Maße die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren. Es ist nicht das sanfte Säufeln einer noch konzeptionellen linken Politik und Taktik, die diese Massen weckt, sondern vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir selbst anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weckt das Klassenbewußtsein und spürt es dort, wo es bereits erstickt worden ist. Eine solche Taktik mündet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene stolze Banner der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, daß meines Erachtens sowohl der Kampf gegen Militarismus und Dekadenzvorleser wie auch die preussische Wahlreform nicht den vollen Erfolg erzielt hat, den wir gerade auf Grund der mildernden und aufrechten Kleinarbeit erwarten durften. Von Organisationshochmut habe ich vorwörtlich so gesprochen: ich erklärte, ich begreife nicht nur, sondern finde gerechtfertigt den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre maßvolle Organisation. Die Theorie ihres Kampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten, die Organisation ist ihr eigenes stolzes Werk, und sie hat sie aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die vielleicht das Proletariat keines anderen Landes. Ich habe ferner erklärt, das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse eine stolze und umfassende Organisation, weil das Proletariat in seiner Gesamtheit einer organisierten Macht gegenübersteht, weil der einzelne im Proletariat schwach ist. Dieser Umstand macht es notwendig, daß wir die Organisation nie genug schaffen können. Und wird die Pflicht auferlegt dadurch, bis zum letzten Atem der Kraft zu arbeiten, als können wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineingehen. Aber wir dürfen uns nicht entsinnen lassen, daß und das nicht gelungt, und wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten drücken absetzen. (Anruf.) Das dürfen wir uns so weniger, weil die Krise uns immer daran erinnert, daß es nicht eine die Frau ist, sondern ein ein dünnes Mädchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt. Ich habe daran die Mahnung geknüpft, unermüdet an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Die Organisation darf sich auch nicht der Erkenntnis verächtlich machen, daß die organisierte Elite nicht allein die schwereren vorübergehenden Kräfte durchzuführen vermag, sie bedarf auch der Unorganisierten dazu. Bei den künftigen Massenbewegungen wird die organisierte Elite das denkende, leitende Gehirn der Bewegung sein, das seine organisatorische Mittelkraft. Obgleich es die Organisation in ihrer Bedeutung unterschätzen, wenn man es spricht? Wenn man es tut, dann muß man der Organisation mehr, als wenn man sie recht und links komplimentiert über das bereits Erzielte macht. (Beif. Zustimmung.) Ich stelle fest, daß in der geschlossenen Mitgliederversammlung, in der ich das ausführte, mit einer einzigen Ausnahme die Gewerkschaften und Parteimitglieder erklärt haben, daß sie meinen Standpunkt völlig teilen. Aber was würde unser Freund Scheidemann sagen, wenn ich nach seinem Rat aus seinen verschiedenen Reden, geführt auf unbedingte Weise. Worte herausgreifen würde und sagte: hier hat Scheidemann geäußert, was ein Verächter der allerersten Organisationspolitik! Und wenn ich morgen sagen würde: er war nach seinen Ausführungen der feinste Verächter einer proletarisch-revolutionären Klassenpolitik! Ein Diktator würde dann vielleicht erklären der Scheidemann ist ein ganz Schöner und ganz Geschickter. Seine Dand rührt die Trümmer der Dämpfungstheorie, aber sein Wand hat kräftig die Revolutionisanfänger. (Große Beifall.) Gerade in dem, was ich kritisiert habe, darin stimme ich Franz zu, liegt meines Erachtens das Wesen der Resolution des Parteivorstandes. Da wird auch unter Hinweis auf die früheren Resolutionen die Organisationskompetenz geboten, aber gleichzeitig auch die Trümmer der Dämpfungstheorie gerührt.

Mit Franz mit Recht sagte, in dieser Resolution finde er nicht den Geist der Sympathie für den Massenstreik, nicht den Willen zur Tat, da antwortete Scheidemann durch einen Zwischenruf: „Das ist eben besorgsam!“ Es heißt ja, die Frauen seien besonders neugierig. So wird man mit der beidseitigen, diskrete, ganz leise Frage erlauben: Wie ist es denn gekommen, Genosse Scheidemann, daß aus der Resolution das herauskam, was Franz darin bemerkt hat? (Sehr gut!) Ein einziger Roete zu den Ausführungen der Genossen Bauer und Schumann, die insofern große Bedeutung beanspruchen können, als beide der Generalkommission der Gewerkschaften angehören. Bauer hat begonnen mit einem Bekenntnis zu der Vorhandlungsjahres und den Resolutionen von Jena und Wuppertal, er hat aber damit geendet, den Massenstreik überhaupt zurückzumeisen und ihn in des Altersfächer zu verweisen. (Sehr wahr!) Ich stelle fest, daß das, was er hier über die Folgen des Massenstreiks in Belgien erklärt hat, den lebhaftesten Widerspruch der belgischen Delegierten hervorgerufen hat (Oertel hört!), die bereits eine offizielle Erklärung dagegen eingereicht

haben. (Oertel hört!) Wenn Sie ferner den Bericht über den Generalstreik in Holland nachlesen, so steht dort etwas ganz anderes als das, was Bauer gesagt hat. Dort steht, daß die politische Entwicklung nicht gelitten hat, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch den Streik den Anstoß erhalten hat zu einer ersprießlichen Auseinandersetzung mit den Anarchisten und zur Bildung genossenschaftlicher Gewerkschaften. Bauer hat auch die guten gesetzgeberischen Folgen des Generalstreiks nicht erwähnt, daß a. B. die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbediensteten, die Privatangestellte sind, gesetzlich festgelegt worden sind. Im ganzen lautet der Bericht durchaus nicht absperrend über den Streik, sondern er hebt den allgemeinen guten Einfluß auf das Klassenbewußtsein hervor. David hat von dem Hunger der Arbeiter gesprochen. Wüssen die Arbeiter in der Krisenzeit nicht unheimlich hungern? (Sehr wahr!) Er sprach auch vom Blutergerichten. Eine fast disziplinäre Organisation wird wahrhaftig auch eine Massenbewegung ohne Blutvergießen durchführen können. Denken Sie daran, daß in sechsundzwanzig Jahren reichlich 100 Millionen auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen sind. Deshalb sage ich Ihnen: Lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, stellen Sie sich auf den Boden der Gegenresolution unter der Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! (Lebhafte Beifall.)

Ringel-Beitrag:

Die Frage des Massenstreiks ist aktuell geworden, weil sich die Partei in den letzten Jahren viel zu sehr mit der sogenannten Gegenarbeitsarbeit beschäftigt hat. Die politischen Erfolge aber sind ausgeblieben und darum der Ruf nach schärferen Kampfmitteln, nach dem Massenstreik. In den Massenstreik für das preussische Wahlrecht glaube ich vorläufig noch nicht. Es ist doch viel schwerer, die Massen von seiner Notwendigkeit zu überzeugen, als die Arbeiter eines Betriebes von der Notwendigkeit einer Lohnbewegung. Das ist schon schwer genug. Wenn wir den Arbeitern sagen werden, ihr müßt streiken zur Erreichung des Reichstagswahlrechts in Preußen, so wird uns die große Masse fragen: ja, was hat uns denn das Reichstagswahlrecht schon gebracht, daß wir einen Kampf aufnehmen sollen um Sein oder Nichtsein. Trotz des Reichstagswahlrechts ist dem Volk eine Wirtschaftskrise ausgebrochen worden, die ihm jedes Jahr 2 1/2 Milliarden kostet. Ich glaube nicht an die Vereinerlichung der Masse für ein solches Wahlrecht zu kämpfen. Aber da man auch auf den Austritt aus der Landeskrise und die Strukturveränderung hingewiesen hat, so frage ich mich, ob es mit einem Wählereinstreik zur Erreichung des Wahlrechts möglich ist. Wie wäre es, wenn wir durchzuführen würden, von einem gewissen Zeitpunkt an begabten alle diejenigen, die ein anderes Wahlrecht wollen, keine Wohnungsverträge mehr. (Große anbauende Beifall.) Bei einem solchen Streik werden die Streikenden mindestens längerer Dauer härter und die Gegner immer schwächer. Ein Viertel, mindestens ein Fünftel des Arbeitsverdienstes muß für Wohnungsverträge ausbezahlt werden. Wenn diese Summen dem Wirtschaftslieben entzogen werden (anbauende Anruf), so wird das gewiß auch eine Wirkung ausüben. Unsere Nationalökonomien sollten diese Frage einmal untersuchen. Der Gehalt eines Wählereinstreiks darf bei den künftigen Wahlrechtskämpfen nicht außer acht gelassen werden.

Vorsitzender Oertel: Es ist weiter das Wort erteilt, habe ich eine

Erklärung der belgischen Delegierten

zur Kenntnis des Parteivorstandes zu bringen. Sie lautet:

1. Die belgischen Gewerkschaften haben im allgemeinen an Mitgliedern infolge des Generalstreiks nicht verloren. (Oertel hört!) Die Zahlen der organisierten Arbeiter drei Monate vor und drei Monate nach dem Streik beweisen dies vollständig. Wenn man von Verlusten in gewissen Gewerkschaften oder Organisationen spricht, so muß man auch die Gewinne in anderen Gewerkschaften und anderen Organisationen nicht vergessen. (Oertel hört!) 100 weniger 10 ergibt 90, aber 90 plus 10 ergibt wiederum 100. (Sehr richtig!)

2. Es ist unrichtig zu behaupten, daß die Gewerkschaften in Belgien heute den größten Teil ihrer finanziellen Kraft zur Unterhaltung der Opfer des letzten Generalstreiks aufwenden müssen. (Oertel hört!) Die Sammlungen zur Unterstützung der Opfer sind seit mehr als 2 Monaten geschlossen. (Oertel hört!) Die wir auch der belgischen Presse gegenüber beweisen haben, daß der Generalstreik die Gewerkschaften finanziell nicht gefährdet und noch weniger gefährdet hat. (Oertel hört!) In Brüssel allein brachte die am Sonnabend abgeschlossene Subskription für die ausgeschriebenen Bogenblätter, welche 6 Wochen ausschließlich aus der eigenen Masse unterhalten wurden und fast mehr als 3 Monate aufgespart sind) mehr als 100 000 Franc an freiwilligen Unterhaltungen auf. (Sehr wahr!) Das beweist die belgischen Gewerkschaften als feindlos, und sie bereiten sich zu einem Kampfe vor. (Oertel hört und Beifall.)

3. Die Konflikte bei den Brüsseler ausgeschriebten Bogenmachern, bei den Brüsseler ausgeschriebten Holzmachern und bei den Antwerpen Metallarbeitern (deren 2000 ohne Arbeit sind) weil die Industrie schwer unter der Krise leidet) sind rein ökonomischer Natur. Die zwei ersten entstanden schon vor dem Generalstreik, und was die Metallarbeiter betrifft, so nahmen sie im Hinterland mit den Arbeitnehmern am Generalstreik teil. Es kann also von keiner Maßregelung die Rede sein. Diese Verhältnisse beweisen keineswegs, daß die belgischen Delegierten zu deutschen Angelegenheiten irgendeine Stellung nehmen wollen. Jede Nation hat ihre eigene Taktik zu bestimmen, aber es war die Pflicht der hier anwesenden belgischen Delegierten, einer Deputiertenbildung über den belgischen Massenstreik entgegenzutreten.

Rosa-Chemnitz:

Daß es noch als möglich empfunden werden könnte, nur für prinzipielle Auffklärung von Parteitagdelegierten zu veranlassen, habe ich bis vor wenigen Minuten nicht geglaubt. In dieser Beziehung bin ich eines Besseren belehrt worden. Die Genossin Luxemburg wunderte sich über unsere geringen Erfolge im Kampfe gegen die Militärökologie und meinte, sie hätte besonders auf die feinen Regungen der Volkseele. Dann hätte sie aber einen sehr wichtigen Grund für die Erfolglosigkeit unseres Kampfes gegen die Militärökologie in den außerordentlich rückständigen russischen Verhältnissen finden müssen, die dazu führten, daß während der Weltankreise hunderttausende russische Soldaten an der deutschen Grenze standen, wovon die Folge förmliche Kriegspannen in einem großen Teil der Grenzbezirke war.

Die Genossin Zettin meinte, vor blühigen Zusammenstößen brauchen die Arbeiter nicht zurückzuführen. Genieß, wenn es an Kopf und Krone geht, wird die Arbeiterklasse ihr Leben in die Schanze zu schlagen wissen. Aber wenn schon Mut stehen soll, ist es der deutschen Arbeiterklasse unmöglich, daß sie sich nicht zu Wehr setzen kann und daß die Möglichkeit, gegen Schumannsdiel andere Waffen anzuwenden, vorläufig außer Acht gelassen ist. Ich möchte das Schlußwort nicht wiederholt sehen, daß ich bei Wahlrechtsdemonstrationen schon mehr, daß aufrechte deutsche Arbeiter wie eine Schar geschauelter Hämmer haben davonlaufen müssen vor Schutzleuten, die den Säbel geschwungen haben. Darüber herrscht allgemeine Übereinstimmung,

Handel und Industrie.

Prüfungen.

In weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist es bekannt, in welcher Notlage sich gegenwärtig die deutsche Kali-Industrie befindet. Diese an sich hervorragend lebensfähige und in hohem Maße zukunftsbereiche Industrie, in welche ca. 1 1/2 Milliarden Mark Kapital hineingesteckt worden sind, und die mehr als 30 000 Arbeiter wohl allein in den Bergwerken beschäftigt ist, durch das vollkommen verfehlte Kaligesetz des Reiches und durch die durch dieses bedingte Ueberproduktion und Gründungslosigkeit in eine arge Stille geraten.

In letzter Zeit war viel davon die Rede, daß dem Reichstag eine Kalinobelle vorgelegt werden soll, die die Entziehung weiterer unnützer Werke verhindern und die Stilllegung der bereits im Bau befindlichen jungen Werke ermöglichen soll. Das einzige, was man bisher von dieser durchaus notwendigen Rettungsaktion gehört hat, ist, daß beabsichtigt sein soll, die Verlängerung der heute fünf Jahre befristeten Karenzzeit (in der die Werke noch nicht die volle Quote, die ihrer Leistungsfähigkeit entspricht, erhalten) auf alle die Werke auszudehnen, die mit dem ersten Spatenstich nach dem 15. Januar 1913 begonnen hätten.

Daß eine derart wichtige Nachricht unter die Leute kommen dürfte, noch lange, bevor dieser Termin verstrichen war, ist unüberantwortlich. Deshalb ist einem Artikel beizufügen, in dem jetzt im Verle. Tageblatt dafür plädiert wird, anstatt des 1. Januar 1913 lieber den 1. Oktober 1912 zu wählen. Bedauerlicherweise schließt sich die Redaktion dieses Blattes dieser Ansicht nicht an, sondern glaubt, daß man ruhig an dem ursprünglichen Tage, der vom Reichstag in einer Resolution festgelegt wurde, festhalten könne. Da scheint es denn doch von der Zeit zu sein, einmal folgendes in der Öffentlichkeit zu erörtern: Einige besonders schlaue Kalinobeldesigner haben nämlich den Sinn des projektierten Gesetzes gründlich mitverstanden; sie nahmen an, daß es nur für diejenige bestimmt ist, die nicht gleich ihnen ihre auf irgend welchen Umwegen erlangte Kenntnis der Details des Gesetzeswertes, resp. der gepflogenen vertraulichen Vorbesprechungen ausnützen können, nicht aber für sie selbst. Flugs also begannen sie noch in den letzten Tagen vor dem 1. Januar, dem fröhlichen Termin erster Ordnung, mit neuen Schachbänken und riefen sich nun die Hände, weil sie glauben, daß diese so bewonnenen Schächte nun unter allen Umständen noch nach der kurzen Zeit der knappen Post sofort in den vollen Futtertag schlüpfen können. Von den Unternehmungen, die sich auf solche Weise noch schöne Quoten gesichert haben, seien genannt die Gewerkschaften Helsenitz, Desdemona, Hermannsberg, Heimbaldshausen und Kanabach. Außerdem kommen noch vier bis fünf eifässige Schächte in Betracht, die meist zum Konzern der Deutschen Kaliwerke gehören. Man hat es hier also aller Wahrscheinlichkeit nach mit Erfolg verstanden, dem Gesetzgeber mit der neuen Zahl von zehn Schächten ein Schnippchen zu schlagen. — Der Reichstag wird sich daran tun, bei Veranlassung einer Kalinobelle dieser Angelegenheit seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn die Gesetzesmacher in der Kali-Industrie nicht noch gar zum Gedächtnis werden soll, wird das Parlament nicht umhin können, den Werken, die auf ihre pfiffige Handlungsweise besonders stolz sind, man ebenfalls einen Strich durch die Rechnung zu machen und, was nur den Interessen der gesamten Kali-Industrie entgegensteht, den Termin, von dem an die befristete Karenzzeit eintritt, einfach auf den 1. Oktober 1912 zurückzuverlegen. Soll schon einmal in der Kali-Industrie mit all dem Gründerwahn, der dem deutschen Publikum Summen gekostet hat, von denen sich der Käufernachwuchs keinen Begriff machen kann, aufgeräumt werden, dann aber auch gründlich! Und mit eisernem Wesen! Jemand, welcher Maßnahmen verbietet die Leute, die bei der gegenwärtigen Lage der Kali-Industrie mit solchen spekulativen Wägen die ohnehin sehr spät einsetzende Rettungsaktion noch um ein gut Teil ihrer so schon vorausichtlich nicht überwältigenden Wirkung berauben wollen, ist einfach nicht.

Börse. Die Berliner Börse läßt sich noch immer nicht von der Hoffnung abbringen, daß der Herbsttermin eine Ermäßigung des Bankdiskonts bringen wird und steigt deshalb am Dienstag wieder die Kurse auf den meisten Markttiteln darauf. Insbesondere erlebte die dreiprozentige Deutsche Reichsanleihe eine seit langer Zeit nicht gesehene Aufwärtsbewegung. Ferner kamen der Kursbewegung der Bergwerksaktien günstige Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt zugunsten.

Die Halbjahresergebnisse unserer Banken.

Das Jahr 1912 hat bisher in allgemeinen der deutschen Finanzwelt wenig Freude bereitet; der Weltkrieg hat an den Börsen wahre Verheerungen angerichtet und sowohl das in Industrieaktien spekulierende Kapitalistenpublikum als auch der kleine Mann, der Kuponpapiere zur Anlage erwirbt, haben schwere Verluste erlitten. Im Handel und Gewerbe sowie in den meisten Industriezweigen haben sich die Unternehmungen und der Geschäftsgang abgewandelt, die Zahl der Zahlungsstörungen und Konkurse ist gewachsen. Nach alledem sollte man annehmen, daß vor allem auch die Banken, die doch einerseits an der Börse arbeiten und zweitens auch an zahlreichen industriellen und Handelsunternehmungen maßgebend beteiligt sind, in ihrem Geschäftsergebnissen unter der Ungunst der Weltlage und der rückgängigen industriellen Konjunktur zu leiden gehabt hätten. Dies um so mehr, als ihnen die ungünstige Weltlage die Unterbringung dieser großer Summen nicht erlaubt hat und daher große Summen auf unbestimmte Zeit festgelegt werden mußten. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen, und zwar ist es vor allem dem Betrag der weitgehenden Risikobereitstellung, das in der Geschäftspolitik unserer Banken zutage tritt, zu danken, wenn die Institute, die bisher der Öffentlichkeit die Resultate ihrer Geschäftsbilanzen mitteilen konnten, zu berichten wissen, daß die Ergebnisse hinter denen des Vorjahres nicht zurückgefallen. Es ist nämlich den Geschäftsbanken nach ihren Angaben fast durchwegs gelungen, die Ausfälle, die sie im Wertpapiergeschäft und durch ihre Verbindung mit insolvent oder schwach gewordenen Firmen erlitten haben, durch vermehrte Einnahmen auf dem Zinseinkonto auszugleichen. Dies erscheint glaubhaft, wenn man bedenkt, daß die Reichsbank seit Beginn des Weltkrieges an dem außerordentlich hohen Diskontsatz von 8 Prozent festgehalten hat. Das bedeutet, daß Handel und Industrie wie auch das auf Kredit verfallende Publikum für Kreditzinsen in der Höhe von mindestens 7 bis 7 1/2 Prozent zu zahlen haben, wozu sich noch Umlagsprovisionen u. a. mehr gesellen, so daß in Wirklichkeit im Durchschnitt das Geld bei den Banken wohl mit 8 Prozent und oft noch darüber bezahlt werden muß. Würde doch längst in der Generalversammlung einer Kali-Kreditgesellschaft mitgeteilt, daß der Bankkredit gegenwärtig auf 10 1/2 Prozent zu stehen komme! Bei solchen Zinssätzen können allerdings die Banken, selbst wenn auf anderen Gebieten die Geschäftstätigkeit flaut, erblühen. Insofern empfiehlt es sich doch, den

Angaben der Bankleiter, daß alle Verluste aus der Konjunktur durch die vermehrten Zinsüberschüsse ausgeglichen würden, mit etwas Reserve gegenübersehen. Stehen doch anscheinend in manchen Bankbetriebsstellen bei weiterer rückläufiger Entwicklung der Konjunktur noch manche unentbehrliche Ueberlassungen in Form von Zahlungsstörungen und Sitzungen schwacher Firmen bevor und nicht alle unsere Banken stehen in dem Maße, durch sehr solide Bilanzierung sich von vornherein gegen alle solche Vorkommnisse genügend geschützt zu haben.

Brauerkreditbündeln. Die Ueberlassungen der meisten deutschen Brauereien werden diesmal keine sonderlichen Ueberlassungen bringen und sich größtenteils auf der Höhe des Vorjahres halten. So wird die Reichsbrauerei A. G. in Rulmbach wieder 11 Prozent und die Wilsdorf-Käppler Brauerei A. G. in Elberfeld wieder eine Dividende von 7 Prozent zur Verteilung bringen.

Abschluß einer 4 1/2-Millionen-Hypothek in Berlin. Die Berliner Wälder berichten, ist der Barbara S. m. b. H. für ihr Grundstück Barbarahaus, Friedrichstraße 180, von einem aus ausländischen Hypothekensystemen und Verschönerungsgesellschaften bestehenden Konsortium eine erste Hypothek von 4 1/2 Millionen Mark zugesagt worden. Die Garantie für die „Spitze“ der Hypothek in Höhe von 1 Million Mark hat die Baugesellschaft, die Kommerz- und Diskontbank, übernommen.

Ausführung oder Einigung? Im Rheinisch-Westfälischen Zementhandel ist seit geraumer Zeit ein bestiger Kampf. Zu wiederholten Malen sah es, da sich die verschiedenen Interessen der beteiligten Werke ansehend nicht unter einen Hut bringen lassen, als ob die Ausführung Todsünde geworden sei, aber immer wieder kam es zu probatorischen Kompromissen. Nächstes werden die Werke über das Fortbestehen des Syndikats am 29. September entscheiden. Auf diesem Tag ist eine Gesellschaftsverfassung einberufen worden, der der Antrag des Vorstands vorgelegt werden soll, daß die Zeit, bis zu der Verläufe für 1914 nicht vorgenommen werden dürfen, vom 1. Oktober bis zum 1. Dezember hinauszuschieben sei. Fällt der Antrag, dann soll über die Ausführung des Syndikats abgemittelt werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Kein Friede in Dublin.

L. K. London, 13. September.
Unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung des ganzen Reiches haben sich die Schornacher von Dublin dazu bequemen müssen, in Gegenwart der Deputation des britischen Gewerkschaftskongresses mit den Arbeitern zu verhandeln. Die erste Konferenz fand am Montag statt, führte aber zu keinem Ergebnis und wurde auf den nächsten Montag vertagt. Aber die Schornacher konnten ihr wahres Gesicht nicht lange verbergen. Weiterhin fand eine Versammlung der Dubliner Arbeitgeber statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, alle weiteren Verhandlungen abzubrechen. Die für Montag einberufene Konferenz wird also nicht stattfinden. In einem an die Delegierten des britischen Gewerkschaftskongresses gerichteten Briefe erklären die Arbeitgeber, daß es unmöglich sei, mit einer Arbeiterorganisation zu verhandeln, die sich von einem Individuum wie Karl L. in Dublin leiten lasse. Einige Stichworte aus dem Briefe werden zeigen, mit welcher Art von „Individuen“ die Dubliner Arbeiter den Kampf aufnehmen haben. Es heißt in dem Briefe:

„Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß keine Vereinbarung erreicht werden kann, wodurch verlässliche Garantien vom irischen Transportarbeiterverband erlangt werden könnten, um dem Zustand der periodischen Paralyse des Handels unserer Hauptstadt durch „Sympathie strikes“ ein Ende zu machen. Die Arbeitgeber bezweifeln, daß sie nicht einer Gewerkschaft in dem Sinne, wie dieser Ausdruck in England und Irland bisher verstanden worden ist, gegenüberstehen, sondern einem Syndikalisten, der durch seine Organe und seine Organisatoren ungebildeten Arbeitern mit kontinentalen Theorien über Kapital und Arbeit den Kopf verberben will, die überall zusammenschwören sind, wo sie in Europa oder Amerika verdrängt worden sind. Sie fühlen, daß der Kampf, sich und ihre Angehörigen vom Joch der Einkümmung und der Unmännlichkeit (durch die allein die Streikbewegung aufrecht erhalten werden soll) zu befreien, für sie und die Bürger der westlichen und zentralen Welt ein Kampf ist, der nicht ohne eine andere Alternative bleibt, wenn sie nicht ihre Industrien der Gewalt eines Individuums ausliefern wollen, das durch die Diktatur seiner Karren bereits mit dem Kriminalrecht in Konflikt geraten ist. Eine solche Tyrannei werden sie nicht länger dulden, sollte es, was es sollte.“

Das „Individuum“, das durch seine „Vetägrerien“ bereits mit dem „Kriminalrecht“ in Konflikt geraten sein soll, ist natürlich der wegen seiner Verjüngungsreden gerichtlich verfolgte Streikführer Genosse L. K. L.

Unter diesen Umständen ist jede Aussicht auf einen baldigen Frieden wieder verschwindend. Inzwischen breitet sich der Kampf weiter aus; gefehert sind weitere 500 Fußleute in den Kampf getreten. Mehrere Firmen entziehen eine Anzahl Fußleute, weil sie sich weigerten, „Streikbrechern“ zu handhaben, worauf die übrigen Fußleute dieser Firmen in den Streik traten. Was die bei den Schornachern so grenzenlos verhassten Sympathie strikes betrifft, so erklären die Dubliner Arbeiterführer, daß diese bei den fürchterlichen etenden Lohnverhältnissen der Stadt ihre einzige wirksame Waffe sind, mit der sie schon sehr beträchtliche Erfolge erzielt haben. Diese Löhne werden von den Unternehmern noch schonungslos herabgedrückt, und sie suchen sich regelmäßig die schwächsten Arbeiterkategorien zu Opfern aus, die durch ungelernete Arbeiter aus den ländlichen Hochbergsgebieten leicht ersetzt werden können. Unter solchen Umständen bleibt den Arbeitern kein anderer Weg, als andere Firmen zu zwingen, mit solchen schornacherischen Lohnverhältnissen keine Geschäftsbeziehung zu unterhalten. Die Unternehmer spezifizieren auf die Auslösung der Arbeiter, aber diese sind entschlossen, den Kampf bis zum bitteren Ende durchzuführen und werden sich an die organisierte Arbeiterschaft des Großhandels und der Handelsgüter wenden. Karl L. ist bis zur nächsten Verhandlung seiner Straffache unter Hausung auf freien Fuß gesetzt worden. Mit Ausnahme der Schornacher scheint in Dublin jeder davon überzeugt zu sein, daß Karl L. der einzige Mann ist, der die Arbeiter dazu bewegen kann, sich nicht protegierten zu lassen und eine maßvolle Haltung einzunehmen.

Inland.

Streikbrecherermittlung en gros.

Die Firma Reichstein, Brennaborwerke, Brandenburg a. S., hat in Berlin in der Dörfener Straße 17 ein Streikbrecherermittlungsbureau errichtet. Durch Inserate in der Berliner Morgenpost und dem Lokalanzeiger wurden Arbeitswillige verlangt. Schon lange bevor die Ermittlung beginnen sollte, waren Massen von Arbeitslosen in der Dörfener Straße versammelt. Gegen 8 1/2 Uhr wurde unter polizeilicher Aufsicht das Bureau eröffnet. Wohl an die zehn Polizisten mit Wachtmeister und Polizeioffizier halfen dienstwillig, die circa 400 Arbeitslosen dem Bureau zuführen. Man sah es den Leuten an, daß sie keine vorurteiligen Streikbrecher waren und daß sie sich lediglich von dem Arbeitsangebot haben verleiten lassen. Die Verbandsleitungen der Organisationen, welche an der Brandenburger Aussperrung beteiligt sind, ließen an Ort und Stelle Handzettel verteilen, durch welche den Arbeitslosen mit wenig Worten der Sachverhalt mitgeteilt wurde. Sehr viele schrien infolge dessen um und melbten sich nicht, trotzdem dem interessierten Seite verbreitet wurde, daß den Angeordneten gute und dauernde Arbeit zugesichert werde. Mit Recht sagten viele der

Arbeitslosen, wenn die Firma solche Löhne zahlen wollte und würde, so hätte sie keine Veranlassung, die alten Leute auszusperren. Daß die Firma mit den maßlos engagierten und an Zahl und Qualität völlig ungenügenden Arbeitswilligen ihren Betrieb aufrechtzuerhalten oder weiterführen kann, wird uns als völlig ausgeschlossen erklärt. Im übrigen kommt es ja auch noch darauf an, wie sich die Verhältnisse selbst in Brandenburg gestalten werden. Wir machen nochmals die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß die Arbeitsnahme nach Brandenburg gleichbedeutend ist mit Streikbruch.

„Grober Unfug.“

Der Geschäftsführer des Transportarbeiterverbandes in Erfurt, Genosse Otto Schulz, hatte der Erfurter Arbeiterschaft in einem Inserat mitgeteilt, daß das Rodemarsenhaus von H. Reichstein in Erfurt konfiskiert worden sei, weil dort beschäftigte Hausdiener ohne Kündigung entlassen wurden, weil sie nicht in Arbeitsbeschützungen einwilligten. Durch das Inserat soll Sch. großen Unfug verübt haben, weshalb er ein amtsgerichtliches Strafmandat über 50 M. erhielt. In der Schöffengerichtsverhandlung über den Einspruch gegen diese Verfügung wurden vom Amkatammalt zwei Zeugen vorgeführt, die sich durch das Inserat „beunruhigt“ fühlten. Beide hatten das Inserat nicht gelesen, aber sie waren beunruhigt, weil es ihnen schließlich auch einmal so gehen könnte, wenn sie mit ihren Arbeitern in Differenzen kämen. Auch der Inhaber der Firma Reichstein war „beunruhigt“, außerdem sei er auch geschädigt. Er sagte aus, daß Arbeiterfrauen einigen seiner Verkaufserlöse gefügt hätten, sie dürften es ihren Männern nicht merken lassen, daß sie bei Reichstein gekauft hätten. Während sonst nur Lohndienste vor Gericht gefügt werden dürfen, genügen hier die Bemerkungen der Zeugen und die unkontrollierbaren Aussagen Dritter, eine „Beunruhigung des Publikums“ zu konstruieren, die dann dazu herhalten mußte, die Strafe von 50 M. zu bestreiten. Natürlich ist gegen dieses Urteil Berufung eingelegt worden.

Durch Urabstimmung abgelehnt

Ist der Anschlag des Schiffszimmererverbandes an den Deutschen Holzarbeiterverband. Die im Mai dieses Jahres in Domburg tagende 13. Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands hatte den Verbandsvorsitzenden mit der Aufgabe einer Urabstimmung über den Anschlag beauftragt. Diese Urabstimmung ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Von den 315 Mitgliedern haben sich 278 an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 499 für den Anschlag und 221 dagegen. 68 Stimmen mußten für ungültig erklärt werden. Der Anschlag ist also mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verband wird in der bisherigen Form weiter bestehen bleiben.

Die Lohnforderungen der sächsischen Arbeiter in Meitlin.

Nachdem der Magistrat Ende Juli den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht, beschloßen die Hafenarbeiter, die Lohnbewegung bis zum Jahresende zu vertagen. Am 11. September sollten diese sich mit dem Beschluß des Magistrats befassen. In Aussicht waren gestellt: die Erhöhung des Tagelohnes der unehelichen Hilfsarbeiter um 20 Pf., die Erhöhung des Vorkühnenlohnens von 11 Prozent auf 20 Prozent, oder eine Lohn-erhöhung allgemeiner Art, falls die dem Wünschen der Arbeiter mehr entspricht und die in der Höhe der Kosten gleichkommt. Außerdem aller Lohnveränderungen vom 1. August dieses Jahres. Darüber hinaus mußte der Magistrat nicht gehen zu können, bevor die gewerkschaftliche Arbeiterschaft sich nicht ausgesprochen hat. Die Erhöhung der Lohnveränderungen brachte aber den Arbeitern eine herbe Enttäuschung. Die Lohnkommission hat in aller Eile eine Sitzung abgehalten, in der dem Antrag des Magistrats zugestimmt wurde. In der Verhandlung trat der Anschlag des Arbeitgeberverbandes klar zutage, der nicht will, daß sächsische Arbeiter, etwa gar in seinen Tarifverträgen, Löhne festlegen, die in ihrer Industrie nicht üblich sind. In der Urabstimmung fand der Antrag des Magistrats Annahme. Die Hilfsarbeiter erhalten demnach 20 Pf. Zulage, der Zuschlag für Ueberstunden wird für alle Arbeiter erhöht.

Diese Erledigung der Lohnbewegung kann die Arbeiter keineswegs befriedigen; das Gros der sächsischen Arbeiter geht leer aus. Nichts hätte man nun den Feinern im Juli weiter in Aussicht gestellt. Die Arbeiter sind nicht von dem durch die Arbeiter eingeleiteten Tarifvertrag. Wenn die Unternehmer und deren Anhang glauben, durch ihren Nachdruck dem Magistrat gewisse Zugeständnisse zu erzwingen, so werden die Arbeiter versuchen, aus diesen Kampf zu führen. Sie wissen jetzt, daß nicht der Magistrat, sondern der Deutsche Arbeitgeberverband der Gegner ist, der sich den Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen widert in den Weg stellt.

Inland.

Hafenarbeiterstreik in Nikolajew.

Die Hafenarbeiter haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern die Aufhebung der Verladung am Sonntag und die Einhaltung der Arbeitslohnkarte seitens der Exporteure. In der Frage des Arbeitslohn wurde eine Einigung erzielt, wobei die Verladung an den Sonntagen bisher noch nicht. Eine große Anzahl von Waggons mit Getreide steht unausgeladen da.

Strohkammer- und Schwurgerichtsurteil über Landfriedensbruch.

Der Hofberkeil in Friedlingen-Basel hat noch immer gerichtliche Nachspiele. Am Freitag verurteilte die Strohkammer Richter u. St. vier weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruchs, weil sie am 20. Mai d. J. Arbeitswillige, die frühmorgens per Auto in die bestreite Fabrik gebracht werden sollten, angeblich beschimpften und mit Gewalt zum Aussteigen aus dem Auto veranlaßten. Auch hätten sie eine Eisenstange quer über die Straße gelegt, um das Streikbrecher-Fuhrwerk am Weiterfahren zu hindern. Drei Angeklagte wurden zu je 3 Monaten, einer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die etwa sechsmonatige Untersuchungshaft wurde allen Angeklagten abgerechnet.

Dieses Urteil merkwürdig hat von dem ab, daß das Freiburger Schwurgericht in der gleichen Angelegenheit — nur die Angeklagten wählten — am 20. Juli d. J. gefaßt hat. Das Schwurgericht bezug, die Geschwornen v e r z i c h t e n das Vorliegen des Landfriedensbruchs und demzufolge betrug die Höchststrafe (wegen gegen den § 153 der Gewerbeordnung) für die damaligen Angeklagten nur 3 Monate 2 Wochen, die Mindeststrafe 14 Tage. Die Punkte der Strohkammer oder konstatieren Landfriedensbruch, wenn auch nur einfach, als vorliegend und demgemäß mußte auf mindestens drei Monate für die Angeklagten erkannt werden. Wieder ein Beweis, wie sehr sich die gelehrten Richter von dem Rechtsempfinden des Volkes entfernen.

Der Verteidiger stellte übrigens in dem Freiburger Prozeß vor Gericht fest, daß die vier Angeklagten seit ihrer Ende Juli erfolgten Haftentlassung keine Arbeit mehr gefunden haben, weil sie von der bestreuten Fabrik — übrigens dieselbe, die jüngst den Oberbarmen 1000 M. anbot, deren Annahme die badische Regierung aber den ihr unterstellten Beamten nicht gestattete — auf die schwarze Liste gesetzt worden sind.

Lohnbewegungen.

Die gesamte Arbeiterschaft der Firma Delphin, Schussfabrik in Strausberg, ist am Montag nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausstand getreten, da bisher ein Entgegenkommen des Fabrikanten auf die Wünsche und Forderungen seiner Arbeiter nicht zu erzielen war.

Victoria-Salon
Das Amerikaner Mr. Niblos drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) **sprechende Wunder-Papageien** und das **große September-Programm**.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Theater-Tunnel Künstler-Ensemble „Schadt“.
Anfang 1/8, 8, Sonntags 1/8, 8 Uhr.

Eröffnungs-Anzeige!



Zum Hirsch am Rauchhaus

Scheffelstrasse 19 Anno 1492 Webergasse 24

Morgen Donnerstag den 18. September 1913
Einweihung des vollständig renovierten Grand-Restaurants nach Art
Aschinger-Berlin.

Warmes Frühstück zu kleinen Preisen von früh 7/9 bis 11 Uhr
Reichhaltigen guten billigen Mittagstisch von 12 bis 4 Uhr
Vorzügliche Abendkarte bis nachts 1 Uhr

Zum Ausschank gelangen **Biere der weltbekanntesten Brauereien**

- Löwenbräu - Münchner
- Reichelbräu - Kulmbacher
- Radeberger - Pilsner
- Feldschlösschen - Lager

Restaurant - Großbetrieb

Eigene Bäckerei Eigene Fleischerei

Kage spielt!

Es laden hierzu ergebenst ein

Otto Köhne und Frau.

Bleiben Sie ehrlich

in Ihrem Urteil und Sie werden nach einmaligem Versuch zugeben, dass Sie

nie besser gewaschen

haben, wie mit Persil. Millionen Hausfrauen brauchen und loben es täglich!

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paket.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
Der große Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Nach Fabrikanten der ältesten



Henkel's Bleich-Soda.

Englisch Anfangs-Kurse

Sofortige Anleitung zum Sprechen [B 2650]

Beginn Anfang Oktober vierteljährlich 5 Mk.

Anmeldung bei der Lehrerin des Volksbildungs-Vereins

Bluchmannstraße 18, 2. oder Stundenlokal Serrestraße 2, I.

Billigste Bezugsquelle für Brautleute!

Möbel

in jeder Holzart, echt und imitiert, kompl. Wohn- und Schlafzimmer Büchen- und Vorsealmöbel empfiehlt solid und billig unter Garantie Gustav

Hesse

Dresden [A 108] Rosenstraße 45

part., I., II. u. III.

Rundbahn 26, Galtef. Rosenstr.

Vortrefflicher Versand.

Teilszahlung gestattet.

Mutterspritzen



mit 2 Kanülen von 1.25 Mk. an, Spülkannen, Seibbind., Ventri-

lionspulver, Korfallbind. u. hygien.

Frauen Artikel

Bestandteile gratis. Bis Sept. 10 Proz. Rabatt

Frau Heusinger

37 Am See 37 000

Erster Laden vom Dippoldiswaldaer Platz.

Genau auf Namen und Hausnummer achten.

Sonder-Angebot!

Zirka 25 000 Meter

Kleiderstoff-Reste!

Kostümstoffe, Samte, Mäntelstoffe und Herrenstoffe [K 267]

bedeutend unter Preis.

Serrestr. 10, I.

Hygienische Frauen-Artikel

Gewinnwaren, Menstruationspulver, Leibbinden, Mutterspritzen usw. Auskunft gratis, 10 Proz. Rabatt.

E. Pietzsch, Riemlingstr. 2

Wurgwitz-Niederhermsdorf (Galtefelle). [K 341]

In den nächsten Tagen treffen 2 Waggons Salon-Briketts ein und nimmt Bestellungen entgegen Gustaf Niederhermsdorf.

Achtung, Vereine!

Theater- u. Reigen-Vereine, Vereins- u. Verbandsvereine, Vereinsvereine, Dresdner 28, Freiberger Str. 97, I. Straßenbahn 7, 13, 22. [B 2687]

Frauen-Artikel

Spritzen, Spülkannen, Wallstraße 4.

Patroleum- u. Gaslampen aller Art [K 342]

Robert Walther Dresden-A.

Pillnitzer Straße 38

Vorsprecher 17393.

Leibbinden, Monatsbinden

Spritzen jeder Art [B 2487]

Brau J. Grunewald, Dresden-Mieske, Eichhörnchenstr. 80.

Wir empfehlen:

Der gute Schriftführer und Berichtskatter

Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen von Wilhelm Kiepehoff. Preis 60 Pf. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.

Central-Theater

Gastspiel
Severin Serene Nord
mit ihren beiden Wassernymphen.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachmittags 3 1/2 Uhr ermäßigte Preise.
Abends 8 Uhr gewöhnliche Preise.

Wettiner Säle

Keglerheim
Friedrichstraße 12
empfiehlt seine 3 Säle mit elektr. Licht und stehender Theaterbühne.
Neue Bewirtschaftung.

Frauen

Bei Beschwerden, Unregelmäßigkeiten u. verlaufen Sie bitte sofort meine echten [L 1207]
Frauen-Tropfen
a. Flasche 4.-, extrafort 6.00, Doppelflasche 10.- Mk.
Speziell empfehlenswert in Verbindung mit Präventee, a. 1.25.
A. Blombel Nachfolger.
Wilsdruffer Str. 36, gegenü. Anhalt.



Frauen u. Mädchen erst. Zuschnitten u. Schneider bei Fr. M. Fiedler, roman Str. 11, 3. Nov. 10. W. - u. - Str. 11.

Engl. Bettst. m. Staubfr. Matratz., auch nach Maß, beste Polsterung.
Sofas, einzelne Möbel
kauft man billig und solid bei
Br. Rößler, Schillerstraße 12
(Teilsahl. gestatt., auchn. auswärts)

Echt Münch.
Eberl-Brau
in Flaschen
Eifer-Flaschen
Prarimen Toms
die im Januar 21

Eberl-Brause
Eberl-Sprudel

Gutnäh. Nähmaschine b. 12 Mk. an, schöne Bettst. m. Federmatr. u. 10 Mk. an, Bettst. m. Wärmehohl. 22 Mk., Nachttisch, m. u. ohne Warm. Bestell. Kleid., Küchen/Ger. Sperrb. 3. Welt, Piepfen, Leinwandger. 26.

ein dem Stauf der Gröden und Wäner überlicher Apparat, der sonst Beforsers und gilt unter anderem als unentbehrliche Saub-
tig oder doch sehr nützlich sind, sind in einem wichtigen
spunt ausgeführt. Es wurden nämlich viele Verbesserungen für positive
und folgende für negative Folgen benutzt, die also auch für die
Augen sofort sichtbar gemacht wurden. Das Bedenken ist, dass die
jeden Allertums wird auch nicht zum Weggehen mit gemeinen Gröden
geeignet und vermehrt nicht einmal. Die
über, bedenkliche, Gröden haben, aber, die
[A 42]

